ISSN 1430-6646
Verkaufspreis 2,30 €

ödp

Das ÖDP-Journal
Nr. 156 November 2012

Kein Atommüll-Endlager in der Region Neu-Ulm/Ulm 8

Sinn und Unsinn des Bruttoinlandsprodukts 22

Die Vereinten Nationen und die UNO-Charta 24

ÖkologiePolitik

Termine

Sa – So. 10. – 11.11.2012	ÖDP-Bundesparteitag (in Erding)
Sa 19.01.2013	Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (in Worms)
So 20.01.2013	Landtagswahl in Niedersachsen
Sa 02.02.2013	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Bad Windsheim)
Sa – So 23. – 24.02.2013	Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (in Köln)
Sa 13.04.2013	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)
So 26.05.2013	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
Sa 15.06.2013	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Nürnberg)
Herbst 2013	Landtagswahl in Bayern
Herbst 2013	Bundestagswahl
Herbst 2013	Landtagswahl in Hessen
Frühjahr 2014	Wahl zum Europäischen Parlament (voraussichtlich im Juni 2014)

Vortragsprogramm der ÖDP München

Di 13.11.2012 „Monsanto auf Deutsch"
Rosi Reindl, ÖDP-Beauftragte für Agro-Gentechnik

Di 11.12.2012 „Mit Steuern gerecht steuern"
Willi Reinbold, Dipl.-Finanzwirt, ÖDP-Bundesschatzmeister

Beide Termine: von 17:00 – 19:30 Uhr Informeller ÖDP-Treff
von 19:30 – 22:00 Uhr Vortrag mit Diskussion

Teilnahme: kostenfrei
Veranstalter: ÖDP München, www.oedp-muenchen.de
Veranstaltungsort: Hansa-Haus, Brienner Straße 39/Rgb.

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP

Alle weiblichen ÖDP-Mitglieder (die einer Mitgliedschaft in der BV Frauen in der ÖDP nicht ausdrücklich widersprochen haben) sind herzlich eingeladen zur Jahreshauptversammlung 2012 am 1. Dezember 2012, 12:30 Uhr.

Ort der Versammlung:
Altmünchner Gesellenhaus (Gaststätte im Kolpinghaus), Adolf-Kolping-Str. 1, 80336 München, nähe Hauptbahnhof und Karlsplatz/Stachus.

Tagesordnung:
1) Begrüßung, Beschluss TO, Nachlese Protokoll
2) Rückblick
3) Satzungsänderung bezüglich Einladungen zu den Versammlungen
4) Diskussion Gleichberechtigung, Quoten, Aktuelles aus der Politik
6) Anträge, Verschiedenes

Wir würden uns sehr freuen, viele ÖDP-Frauen bei unserem Treffen begrüßen zu dürfen. Wegen der Reservierung bitten wir um Anmeldung per E-mail: roswitha.bendl@t-online.de oder Telefon (0 81 22) 9 26 32.

Für den Vorstand:
Roswitha Bendl, Vorsitzende

Abrechnungen 2012

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis spätestens 10. Dezember bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Weihnachtsurlaub 2012/2013

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:
Büro Berlin: 21. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013
Büro Mainz: 21. Dezember 2012 bis 6. Januar 2013
Büro Würzburg: 21. Dezember 2012 bis 6. Januar 2013

Ausschreibung Organisationsunterstützer/-in Nürnberg

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Kreisverband Nürnberg Stadt, ist derzeit mit einem Mandat im Nürnberger Stadtrat vertreten. Das wollen wir bei der nächsten Kommunalwahl im Frühjahr 2014 deutlich steigern und unsere erfolgreiche Politik im Stadtrat Nürnberg fortsetzen.

Daher suchen wir für die Organisation der Kommunalwahl 2014 eine(n)

Organisationsunterstützer/-in auf 400-Euro-Basis

Ihre Aufgaben:

- Unterstützung bei Konzeption, Aufbau und Durchführung von politischen Kampagnen
- Erstellung und Verteilung von Werbemitteln für Wahlen.
- Terminkoordination und -überwachung
- Unterstützung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit in Sozialen Netzwerken (Web 2.0)
- Einbindung und Mobilisierung der Mitglieder und Parteigliederungen

Unsere Anforderungen:

- Sie haben Organisationstalent und -erfahrung.
- Sie pflegen einen sicheren Umgang mit dem PC und Web 2.0.
- Sie können Menschen motivieren.
- Sie arbeiten zuverlässig, selbstständig, engagiert und strukturiert.
- Sie haben Interesse an der politischen Arbeit (insbesondere der ÖDP).

Wir bieten:

- Eine befristete Anstellung auf 400-Euro-Basis
- Zusammenarbeit mit einem kleinen, aber sehr aktiven Team von Ehrenamtlichen
- Gute Kontakte in verschiedene Bereiche der Stadtgesellschaft
- Beste Referenzen in direkter Demokratie
- Gute und nachhaltige Konzepte für eine lebenswerte Zukunft

Der Aufgabenbereich ist zunächst bis 30. April 2014 befristet. Beginn möglichst zum 1. Februar 2013.

Ihre Bewerbung mit Referenzen über Ihre bisherige Arbeit richten Sie bitte bis 31.10.2012 an:

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
Kreisverband Nürnberg
z. H. Manuela Forster – Kreisvorsitzende
Postfach 51 02 52, 90216 Nürnberg
Tel.: (07 00) 09 11 63 37
Fax: (09 11) 817 13 48
E-mail: info@oedp-nuernberg.de

ödp

Liebe Leserinnen und Leser,

die schwarz-gelbe Bundesregierung hat nach dem Atomunfall von Fukushima die Energiewende zu einem ihrer großen Projekte erklärt. Knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl interessiert uns, was aus den hochfliegenden Plänen geworden ist. Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) besticht durch Aktionismus, hat sich aber bisher mit konkreten Vorschlägen zugunsten Erneuerbarer Energien zurückgehalten. Stattdessen ließ er Ende August in einem Interview verlauten, nichts von einer Öko-Abgabe für energieintensive Betriebe zu halten, weil man an die Arbeitsplätze denken müsse. Solange das K. O.-Argument „Arbeitsplätze" gegen die Energiewende ausgespielt wird, ändert sich lange nichts.

Rainer Brüderle, Fraktionsschef der FDP im Bundestag, forderte kürzlich, die Erneuerbaren Energien mit einer Zwangsabgabe zu belegen und notfalls einen Baustopp auszusprechen. Da drängt sich die Frage auf, in welche Richtung die Wende gehen soll? Wieder in Richtung Atom, Gas und Kohle? Um die großen Energiekonzerne zu unterstützen? Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat in einer Studie für Greenpeace errechnet, dass in den Jahren 1970 bis 2012 die Steinkohle mit 311 Mrd. Euro subventioniert wurde, die Atomenergie mit rund 213 Mrd. und die Braunkohle mit 87 Mrd. Euro. Erst seit Ende der 90er-Jahre profitieren die Erneuerbaren Energien von nennenswerten Förderungen, die sich bis heute auf rund 67 Mrd. Euro belaufen.

Die großen konventionellen Energiekonzerne haben im Grunde überhaupt kein Interesse an einer Energiewende und malen stattdessen Schreckensszenarien mit überbordenden Strompreisen an die Wand. Strom werde so teuer, dass ihn sich Bürger mit niedrigen Einkommen nicht mehr leisten können, und schuld daran sei die Energiewende. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und die Universität Leipzig haben hingegen in einem Gutachten errechnet, dass die Strompreise bis 2030 moderat steigen und dann wieder auf das Niveau von 2010 fallen werden.

Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit der Energiewende, dann muss jetzt gehandelt werden: Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung, mehr Energieeinsparung und – wie Prof. Claudia Kemfert im Interview mit unserem Magazin sagt – ein „Bewusstsein für den ökologischen Fußabdruck". Wir sollten nicht länger auf politische Entscheidungen warten – jeder von uns kann selbst handeln. Ob Sie regionale Produkte kaufen, zu einem Ökostromanbieter wechseln oder den Stecker bei Geräten mit Stand-by-Schaltungen ziehen: Es gibt viele Möglichkeiten, die Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen.

Gute Unterhaltung beim Lesen wünscht Ihnen

Florence von Bodisco

Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche Redakteurin

INHALT

Politik aktuell

Frankenberger: „Nur mehr Bürgerbeteiligung stoppt den Wachstumswahn"
ÖDP zum ESM-Urteil 5

Albert Schweizer Stiftung geht gegen Stopfleber vor
Tierschutz 6

Demo für Tierschutz in Berlin
ÖDP in Aktion 7

Kein Atommüll-Endlager in der Region Neu-Ulm/Ulm
Atompolitik 8

Titelthema: Energiewende

Verpassen wir die Energiewende?
Dezentralisierung der Energieversorgung 10

Atomausstieg beeinflusst Strompreise kaum
Greenpeace-Studie 12

Fracking gefährdet die Umwelt
Erdgas-Förderung 13

„Photovoltaik-Förderung führt zu falschen Anreizen"
Contra EEG 14

„Der Emissionshandel erzeugt zu schwache Impulse"
Pro EEG 15

Falsches darf nicht zum Recht werden
Contra CO_2-Budgetierung 16

Es kommt auf die Lebensstile an
Pro CO_2-Budgetierung 17

Gebäude sind die größten Energiefresser
Architektur, Städtebau und Regionalentwicklung 18

Essay gegen das Ausbrennen
Über äußere und innere Energien 20

Wirtschaftspolitik

„Das BIP ist nur ein Indikator, eine Kunstgröße"
Interview mit Samuel Drempetic 22

Verteidigungspolitik

Die Vereinten Nationen, Deutschland und die UNO-Charta
Wirtschaftsinteressen contra Weltfrieden 24

***Ökologie**Politik intern (Auszug)*

Ökolumne 4
Presseticker 4
Impressum 7
Neue Bücher 9
30 Jahre ÖDP 26
Pressespiegel 27
Leserbriefe 29
Landesverbände 33
Pro & Contra 35

Titelfoto: Luise – pixelio.de

ÖKOLUMNE

Zum ESM-Urteil

von Ulrich Brehme

Das Bundesverfassungsgericht lässt den Beitritt Deutschlands zum ESM nur unter dem Vorbehalt zu, dass eine Haftungsbegrenzung bis zur Höhe von 190 Mrd. Euro eingehalten wird. Ohne Zustimmung des Bundestages dürfen keine über die Haftungsobergrenze hinausgehenden Zahlungspflichten entstehen.

Das Gericht stellte fest, dass die bisherigen Beschlüsse des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) bezüglich der Annahme oder des Aufkaufs von Staatsanleihen europarechtswidrig sind, da sie das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung umgehen. Den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank wird das Gericht dann ausführlich im Hauptsacheverfahren prüfen.

Außerdem kippte das Bundesverfassungsgericht die Geheimhaltungsregel des ESM-Vertrages und verbietet, dem ESM eine Bankenlizenz zu geben, denn der Europäische Stabilitätsmechanismus zählt zu den in Art. 123 Abs. 1 AEUV genannten Institutionen, an welche keine Kredite durch die Europäische Zentralbank vergeben werden dürfen.

Der Vertrag sieht zwar kein Austritts- oder Kündigungsrecht für die Vertragsstaaten vor. Es sei jedoch völkergewohnheitsrechtlich anerkannt, dass der Austritt aus einem Vertrag immer bei einer grundlegenden Veränderung der bei Vertragsschluss maßgeblichen Umstände möglich ist.

Durch das Urteil wurden sowohl die aktuellen Grenzen der europäischen Zusammenarbeit sichtbar als auch, wie in der EZB ständig EU-Recht gebrochen wird. Das liegt zum einen am systematischen Demokratie-Defizit in der EU. Andererseits sind strukturelle Reformen nötig, denn der EZB-Rat ist eine Fehlkonstruktion. Die Politik des EZB-Präsidenten Mario Draghi, der über Target-2-Salden und Anleihekaufprogrammen die Zinsen am Kapitalmarkt manipuliert, ist vertragswidrig und unglaubwürdig. Wenn die EZB nicht die Inflationsgefahr durch die immer weitergehende Verschuldung stoppt, dann wird der Euro eine Währung des Übergangs werden. Die Option der Einführung einer Zweitwährung in Nordeuropa bleibt immer noch.

Mit einer ordnungspolitischen Rahmensetzung für den Finanzsektor kann die Entgleisung der Finanzmärkte unter Kontrolle gebracht werden. Statt der Finanzierung maroder Banken sollte eine konsequente und wirksame Umstrukturierung des Wirtschaftssystems durchgesetzt werden. Nötig ist ein Trennsystem im Bankensektor zwischen Sparanlagen und risikoreichen Investitionen, um die gefährlichen spekulativen Teile des Finanzsystems von den ungefährlichen Teilen abzutrennen.

Einer der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist das Haftungsprinzip für das eigene wirtschaftliche Handeln der Marktteilnehmer. Die hoch verschuldeten Staaten im Süden der Eurozone und die Eigentümer von Kapitalgesellschaften im Finanzsektor müssen vollständig in Haftung genommen werden. Bei Unterschreitung der Eigenkapitalquoten sollten Bankanleihen automatisch in Aktien umgewandelt werden.

Überschuldete Banken, Versicherungen und Fonds in der Euro-Zone müssen konsequent zerschlagen und in kleinere überlebensfähige Einheiten aufgeteilt werden. Überschuldete Eurostaaten müssen ein Insolvenzverfahren durchlaufen, an dessen Ende ein Schuldenschnitt steht.

Mit einheitlichen und hohen Steuersätzen auf Kapitaleinkommen in der Euro-Zone, einer Finanztransaktionssteuer für kurzfristige Anlageformen und der Tobinsteuer könnte die Blasenbildung im Finanzsektor verhindert werden.

POLITIK AKTUELL

PRESSETICKER

ÖDP macht Vorschläge zur Beseitigung der Eurokrise

„Dem Finanzsektor in der Euro-Zone fehlt ein ordnungspolitischer Rahmen." Aus diesem Grund glaubt Ulrich Brehme, Finanzexperte der ÖDP, dass sich die aktuelle Situation in der Euro-Krise weiter verschärfen wird.

Der Politik entgleite der Finanzsektor immer mehr: „Den Regierungschefs ist die Finanz- und Währungspolitik außer Kontrolle geraten", sagt Brehme. Er erinnert daran, dass einer der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft das Haftungsprinzip für das eigene wirtschaftliche Handeln der Marktteilnehmer sei. „Weder die hoch verschuldeten Staaten im Süden der Eurozone noch die Eigentümer der Banken werden vollständig in Haftung genommen. Mit der derzeitigen Politik werden die durch spekulative Blasen entstandenen Gewinne privatisiert und die Schulden und Fehlinvestitionen den Steuerzahlern der Eurozone zugeschoben", analysiert Brehme. (...)

ÖDP unterstützt Aktion von Mehr Demokratie für ein gerechtes Wahlrecht

„Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Wahlrecht gekippt hat, muss jetzt dringend ein neues Gesetz her. Deshalb unterstützen wir den Aufruf von Mehr Demokratie an alle Bundestagsabgeordneten." Das sagt Werner Roleff, Prozessbeobachter in Karlsruhe und Mitglied im Bundesvorstand der ÖDP. In dem Aufruf fordert Mehr Demokratie die Parlamentarier auf, dafür zu sorgen, die Überhangmandate abzuschaffen. Außerdem soll der Einfluss der Wählerinnen und Wähler z. B. durch die Einführung einer Ersatzstimme/Alternativstimme gestärkt werden. „Gerade die Alternativstimme ist für die ÖDP ein wichtiger Programmpunkt", erläutert Roleff. „Mit ihr kann der Wähler eine weitere Stimme abgeben für den Fall, dass seine Lieblingspartei nicht über die 5-Prozent-Hürde kommen sollte." So könne das Argument der „verlorenen Stimme" entkräftet werden und die Wählerinnen und Wähler trauten sich endlich, die Partei zu wählen, die sie wirklich am besten finden. (...)

ÖDP-Bundesvorsitzender veröffentlicht private Steuererklärung

Der Bundesvorsitzender der ÖDP veröffentlicht seine komplette private Steuererklärung. Im Jahr 2010 hatte Frankenberger demnach ein zu versteuerndes Einkommen von 23.458 Euro. Er zahlte 233 Euro Kirchensteuer und 2.781 Euro Einkommenssteuer. Frankenberger geht damit wie Barack Obama in die Transparenzoffensive: „Politikern wird oft zu Recht der Vorwurf gemacht, dass sie nicht unabhängig und neutral entscheiden und von der Wirtschaft geleitet sind."

Die ÖDP nimmt als Partei seit jeher keine Firmenspenden an und lehnt Parteiensponsoring ab. Im März dieses Jahres hat der ÖDP-Parteitag einen freiwilligen Ehrenkodex für Mandats- und Funktionsträger beschlossen, den der Bundesvorsitzende ebenfalls unterschrieben hat und der jetzt noch einen Schritt weiter geht: „In meiner Steuererklärung kann jetzt jeder nachlesen, dass ich mich weder bei Vorträgen von der Wirtschaft sponsern lasse, noch sonstige Interessensverflechtungen mit Firmen habe." (...)

Die vollständigen Pressemeldungen können Sie lesen unter

www.oedp.de

ÖDP zum ESM-Urteil: Bewältigung der Krise nur verschoben

Frankenberger: „Nur mehr Bürgerbeteiligung stoppt den Wachstumswahn“

„Wir hätten uns mehr Mut der Bundesverfassungsrichter gewünscht und einen Volksentscheid über den ESM-Vertrag. So wird die Bewältigung der Systemkrise nur verschoben.“ Das sagt Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP, zum ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die ÖDP war als Bündnispartner beim Bündnis von Mehr Demokratie e.V. an der Bürgerklage gegen ESM und Fiskalpakt beteiligt.

Rund 37.000 Bürgerinnen und Bürger hatten sich der Bürgerklage angeschlossen. „Das Verfassungsgericht hat jetzt ausgerechnet den Politikern, die diese Krise mit der Bankenderegulierung erst herbeigeführt haben, die Verantwortung zugesprochen“, so Frankenberger. Er bewertet am Urteil aber durchaus positiv, dass die Bundesverfassungsrichter die Haftungssumme Deutschlands auf 190 Mrd. Euro beschränkt und umfassende Informationen des Bundestages angemahnt haben. „Allein für die Stärkung des Bundestages und die Beschränkung der Haftungssumme hat sich diese Klage gelohnt“, resümiert Frankenberger. Auch sei es von großer politischer Bedeutung, dass der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Vosskuhle, noch einmal betont habe, dass Deutschland keine völkerrechtlichen Verträge abschließen dürfe, die der deutschen Verfassung widersprächen. „Es ist sehr wichtig, dass hier noch einmal die Bedeutung des Grundgesetzes in den Mittelpunkt gerückt wurde“, meint Frankenberger.

Die Öffentlichkeit werde nun den Bundestagsabgeordneten auf die Finger sehen, ob auch alle Vorgaben erfüllt würden.

Die Öffentlichkeit werde nun den Bundestagsabgeordneten auf die Finger sehen, ob auch alle Vorgaben erfüllt würden. Große Hoffnung setze die ÖDP auch in die Hauptverhandlung, bei der es zu weiteren Korrekturen kommen könnte. Der ÖDP-Politiker ist der Meinung, dass grundsätzlich eine Diskussion über Europa und über das Wirtschaftssystem angestoßen werden müsse. „Der Zwang zum Wirtschaftswachstum hat zu völlig unkontrollierten Finanzmärkten geführt. Deshalb sind viele Staaten verschuldet und auf die europäischen Finanzhilfen angewiesen“, meint der ÖDP-Chef.

Die ÖDP fordert deshalb eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und den Umbau des Wirtschaftssystems hin zu einer Postwachstumsökonomie. „Wachstum ist ohnehin begrenzt und geht immer zu Lasten von Schwächeren und Ärmeren. Nach all den Krisen in den vergangenen Jahren müssen wir jetzt die Chancen für einen Neuanfang nutzen“, meint Frankenberger. Die ÖDP sei der Meinung, dass die Gesellschaft einen komplett neuen Politikstil benötige und die Bürger mehr Verantwortung und somit mehr Handlungsspielräume bekommen müssten. „Nur mehr Bürgerbeteiligung führt zu neuen kreativen Ideen und stoppt den Wachstumswahn“, sagt Frankenberger abschließend. (fb)

Foto: ÖDP-Bundesverband

Gegen die Macht der Banker demonstrierte die ÖDP am Morgen vor dem ESM-Urteil. Von li. nach re.: ÖDP-Chef Frankenberger als Bürger, ÖDP-Mitarbeiter Martin Eichler als Banker, ÖDP-Mitarbeiterin Doris Hüben als Bürgerin.

Tierschutz

Albert Schweitzer Stiftung geht gegen Stopfleber vor

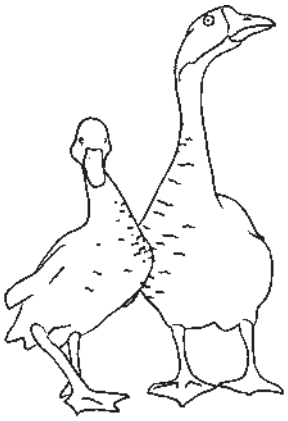
Seit der Erfindung in Rom gilt Stopfleber als Delikatesse. Dabei ist die Herstellung alles andere als appetitlich. Noch heute leiden Abermillionen von Vögeln unter dem Stopfvorgang und auch in Deutschland wird Stopfleber in vielen Gourmetrestaurants serviert.

von Anselme Champollion

Dabei ist die Produktion von Stopfleber durch das deutsche Tierschutzgesetz und durch das Europarecht verboten. Da dieses Verbot nichts bewirkt und die politischen Akteure nicht handeln wollen, lanciert die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt in Zusammenarbeit mit 17 weiteren Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen eine Kampagne zur Verbannung der Stopfleber von deutschen Restauranttellern.

Wenn es einen Vorgang in der „Nutz"-tierhaltung gibt, der von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, dann ist es die „Produktion" von Stopfleber. Die Vorstellung, durch ein in den Hals geschobenes Rohr zwangsernährt zu werden, ist für jeden Menschen grausam. Diesen Rückhalt in der Gesellschaft nutzt die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt, um informativ und kooperativ gegen den Handel mit Stopfleber vorzugehen. Dabei informiert sie auf ihrer Kampagnenseite www.stopfleberstopp.de über die Hintergründe der Stopfleberproduktion.

Der Stopfvorgang stellt für die Enten und Gänse eine qualvolle Prozedur dar. Über mehrere Wochen hinweg wird den 9 – 25 Wochen alten Tieren mehrere Male am Tag ein 20 cm langes Metall- oder Kunststoffrohr durch die Speiseröhre gestoßen, durch welches ihnen etwa ein Kilo eines Gemischs aus Maisbrei und Schweineschmalz direkt in den Magen gepumpt wird. In dieser Zeit schwillt die Leber des zwangsernährten Vogels von etwa 80 g auf pathologische 800 – 1.000 g an. Der Fettgehalt steigt von ca. 7 % auf 56 %. In dieser Zeit steigt die Todesrate der Vögel um das Zehn- bis Zwanzigfache: Verletzungen der empfindlichen Speiseröhre, Platzen des Magens, Knochenbrüche und andere Schäden sind an der Tagesordnung. Würden die Tiere nicht ohnehin geschlachtet werden, stünde ihnen ein Leberversagen bevor. Für einen Menschen von durchschnittlicher Größe würde ein solcher Stopfvorgang bedeuten, am Tag 20 Packungen Nudeln zu konsumieren und eine auf 20 kg angewachsene Leber mit sich herumzutragen.



Deutschland wird stopfleberfrei

Dabei ist die Produktion von Stopfleber in der deutschen Gesellschaft als besonders tierquälerisch anerkannt. In Deutschland wurde die Zwangsfütterung von Tieren und damit das Stopfen von Vögeln bereits 1933 durch das damalige Tierschutzgesetz verboten – welches als eines der letzten Arbeitsergebnisse der Weimarer Republik gilt. Im deutschen Tierschutzgesetz verbieten § 3 Nr. 9 und Nr. 10 ausdrücklich, Tieren „durch Anwendung von Zwang Futter einzuverleiben" und „Futter darzureichen, das dem Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden bereitet". Konsequenterweise gibt es in Deutschland somit keine Stopfleberproduktion. Inkonsequenterweise lässt sich Foie Gras jedoch bequem aus dem europäischen Ausland (Frankreich, Belgien, Ungarn…) erwerben. Und das, obwohl die Zwangsfütterung von Tieren europarechtlich untersagt ist. Art. 4 der EG-Nutztierhaltungsrichtlinie besagt i.V.m. dem Anhang Nr. 4 Satz 2 die Leid oder Schaden verursachende Fütterung von Tieren. Diese sind bei der Zwangsfütterung jedoch nicht zu vermeiden – und dass der Verzehr von Foie Gras als absolutes Luxusgut keine Notwendigkeit darstellt, darüber muss auch nicht gestritten werden. Dennoch wird das Stopfen in Staaten wie Frankreich und Ungarn immer noch durchgeführt. Das Recht wird nicht durchgesetzt. Und kein europäischer Staat wird seine Nachbarn deswegen verklagen. Vonseiten der Politik ist also keine Beseitigung dieser Rechtsbrüche zu erwarten.

Aus diesem Grund hat sich die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt entschlossen, auf zivilgesellschaftlicher Ebene dagegen vorzugehen. Mit einer bundesweit angelegten Kampagne im Verbund mit 17 anderen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen arbeitet die Albert Schweitzer Stiftung darauf hin, die Lücke zwischen Recht und Realität zu schließen. Dazu werden nach und nach alle Unternehmen, welche Stopfleber anbieten, angeschrieben und auf die Hintergründe der Stopfleberproduktion aufmerksam gemacht. Auf der Internetseite www.stopfleberstopp.de werden die Unternehmen genannt, welche bestätigt haben, jetzt und auch in Zukunft keine Stopfleber mehr anzubieten. Gleichzeitig werden auch die Unternehmen aufgeführt, die noch immer am Verkauf von Foie Gras festhalten. Dadurch soll eine optimale Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglicht werden. Denn der Zeitgeist spricht längst gegen die Zwangsfütterung von Tieren. Aus diesem Grund fordert die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt die deutsche Gastronomie auf: Stoppen Sie den Handel mit Stopfleber. Die Zeit ist reif. ■

Albert Schweitzer
Stiftung für unsere Mitwelt

Albert Schweitzer prägte über sein Denken und Handeln entscheidend die Ansicht, dass allem Leben das gleiche Recht auf Existenz und Entfaltung zukommt. In seinem Gedenken setzt sich die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt für den Schutz und die Rechte der Tiere ein. Sie verhandelt mit der Wirtschaft, um Tierschutzstandards zu erhöhen und das tierfreundliche Angebot zu verbessern. Und sie informiert Verbraucherinnen und Verbraucher, wie sie den Ausstieg aus leidvoller Tierhaltung selbst in die Hand nehmen können. Mehr Infos unter www.albert-schweitzer-stiftung.de.

Anselme Champollion
ist Mitarbeiter der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt im Bereich Kampagnen. Er ist mit der Durchführung der Stopfleberkampagne betraut und befasst sich mit Fragen des Tierschutzrechtes.

ÖDP in Aktion

Demo für Tierschutz in Berlin

Vom „Tierschutzverein für Berlin und Umgebung Corp. e. V." und „Tierversuchsgegner Berlin und Brandenburg e. V." (im folgenden Text „Tierversuchsgegner" genannt) wurde am 11.08.2012 zu einer Großdemonstration vor dem Eingang des „Campus Berlin-Buch" zum „Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin (MDC)" eingeladen.

von Rosi Reindl

Vom BAK-Mitglied Mario Christen (BAK Landwirtschaft, Tierschutz, [Anti]Gentechnik) wurde frühzeitig mit der Ansprechpartnerin Brigitte Jenner (Sprecherin für Presse, fachliche und politische Fragen von den „Tierversuchsgegnern") Kontakt aufgenommen. Unsere angekündigte Teilnahme mit Plakaten und Fahnen der ÖDP wurde ausdrücklich begrüßt!

Obwohl der Demobeginn kurzfristig von 11 Uhr auf 14 Uhr (dem vorher vorgesehenen Pressetermin) verlegt wurde, war die Demo von der Teilnehmerzahl und den teilnehmenden Organisationen ein Erfolg. Von der ÖDP reisten zwei weitere BAK-Mitglieder sogar aus dem schönen Süddeutschland an (Rosi aus Bayern und Franz vom Bodensee)!

Das „MDC" ist eines von 14 Instituten in Berlin, das auch Tierversuche durchführt. Allein durch die Anzahl ist damit Berlin schon die „Hauptstadt der Tierversuche". Nun sollen mit Steuergeldern der hochverschuldeten Hauptstadt Platz für weitere 64.000 Versuchstiere geschaffen werden. 64.000 neue Käfige/Unterkünfte bedeuten aber bei einem sogenannten „Verbrauch" (gemeint ist letztlich Quälerei der Tiere durch künstlich hervorgerufene Symptome oder Krankheiten bei den Versuchstieren und der Anwendung von dann zu prüfenden Medikamenten i. d. R. bis zum Tod des Versuchstiers, um die maximale Dosis nach oben festzustellen) von 10 Tieren pro Unterkunft und Jahr = 640.000 Tiere. Da aber 10 Tiere/Jahr meiner Ansicht nach wohl eher die Untergrenze darstellen dürfte und sogar 100 Tiere (bei 3 Versuchstagen/Tier) nicht unvorstellbar erscheinen, könnte dies rechnerisch (theoretisch!) auch 6.400.000 Tiere bedeuten.

Auf der Demo (vor ca. 300 Tierversuchsgegnern) wurden von verschiedenen Sprechern die vielen in der Vergangenheit bekannt gewordenen Missstände in den bestehen Tierversuchsanlagen des „MDC" beklagt. Beinahe mit Ironie wurde dabei betont, dass im Gegensatz zu den anderen 13 Instituten in Berlin diese Missstände (die wahre Dunkelziffer über solche Missstände im Land Berlin wird die bekannt gewordenen Fälle wohl um ein Vielfaches übersteigen) wenigstens öffentlich bekannt wurden.

Der Berliner Senat (Rot/Schwarz) wurde von den verschiedenen Sprechern an die selbst von dieser Koalition getroffene Koalitionsvereinbarung (Anzahl der Tierversuche in Berlin reduzieren sowie mit den geringen zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sparsam umzugehen) erinnert!

Außerdem wurde an die bundesweit und in Berlin geringe staatliche Förderung von Ersatzmaßnahmen/Methoden statt (letztlich immer grausamerer) Tierversuche erinnert und dazu aufgefordert, die bereits zugesagte Förderung des Ausbaus der Tierversuchsanstalt im „MDC" durch Steuergelder aus dem Haushalt der Hauptstadt zurückzunehmen. ■

Foto: Dirk Jessen

Rosi Reindl und Mario Christen demonstrieren in Berlin gegen Tierversuche.

IMPRESSUM

Ökologie*Politik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Nichtmitglieder und neue Mitglieder können das Journal für 12,– Euro im Jahr abonnieren. Die Online-Ausgabe ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2012.*

Herausgeber
Ökologisch-Demokratische Partei
Pommergasse 1
97070 Würzburg
Tel. (0931) 40486-0
Fax (0931) 40486-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure
Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23
81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134
10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe
Ulrike Brandhorst (ub)
Ulrich Brehme
Prof. Dr. Dr. Klaus Buchner
Edgar Guhde
Urban Mangold (um)
Jürgen Osterlänger
Rosi Reindl
Dennis Riehle
Werner Roleff
Hermann Striedl

Gastautoren
Anselme Champollion
Dr. Jürgen Grahl
Dr. Fritz Reheis
Niklas Schinerl

Interviewpartner
Samuel Drempetic
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Alexander Neubacher

Karikatur
Christiane Pfohlmann

Satz
Grafikstudio Art und Weise
Heike Brückner
Drosselweg 15
93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion
ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134
10409 Berlin
Tel. (030) 4985 4050
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung
VR-Bank Würzburg
BLZ 790 900 00, Kto.-Nr. 74 080

Hinweis der Redation:
Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökoligisch Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

Ökologie*Politik wird auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.*

Atompolitik

Kein Atommüll-Endlager in der Region Neu-Ulm/Ulm

ÖDP fordert Hochsicherheitszwischenlager anstelle der derzeitigen ungesicherten Castor-Lagerhallen.

Der ÖDP-Landesvorstand präsentierte Mitte August in Neu-Ulm sein Alternativkonzept zu einem eventuell drohenden Endlager für Atommüll in den unterirdischen Tonschichten der Region Neu-Ulm/ Ulm: Der bereits in Bayern entstandene Atommüll solle an den drei Atomkraftstandorten in Hochsicherheitszwischenlagern gelagert werden. „Die derzeitigen ungeschützten Zwischenlager an den AKW-Standorten müssen so schnell wie möglich geschlossen und durch die Hochsicherheitszwischenlager ersetzt werden. Die müssen dann so massiv und sabotagesicher errichtet werden, dass sie Anschlägen mit Sprengstoff oder absichtlich herbeigeführten Flugzeugabstürzen standhalten", fordert ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Für die Region Neu-Um/ Ulm gilt nach Ansicht der ÖDP wegen der neu anlaufenden Endlagersuche Alarmstufe Rot. „Dass der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber ein Atommüll-Endlager in der Region für denkbar hält, gleichzeitig aber verspricht, das werde schon nicht so kommen, zeigt, dass sich die Staatsregierung nur wegen der Landtagswahl unangenehme Themen vom Leib halten will. So kann man aber mit Techniken, die ein vernichtendes Gefahrenpotenzial bilden, nicht umgehen", kritisiert Mrasek.

Die ÖDP Bayern hält alle bislang erwogenen Endlager-Standorte für ungeeignet und stellt sich auf einen intensiven Widerstand ein. „Es gibt keine geologische Formation, weder Salzstöcke in Gorleben noch Granitgestein in Ostbayern oder Tonschichten in der Region Neu-Ulm, die für 100.000 bis 1 Million Jahre sicher dicht bleiben", argumentiert Mrasek. Der Ärmelkanal habe sich beispielsweise erst vor rund 8.000 Jahren geöffnet. Die hohen Anforderungen an eine Endlagerstätte könnten weltweit nicht erfüllt werden. Deshalb seien rund um die Uhr bewachte Hochsicherheitszwischenlager das geringere Übel für den Atommüll, der bereits erzeugt worden sei, betonen die ÖDP-Vorstände.

Mrasek: „Solange es in Deutschland keinen kurzfristigen Atomausstieg gibt, kämpft die ÖDP gegen jeden ‚Endlagerstandort', da ein Atommülllager mit der entsprechenden Kapazität die Voraussetzung für die jahrzehntelange Fortführung des Atomrisikos schafft. Die ÖDP Bayern fordert daher auch für die Hochsicherheitszwischenlager an den AKW-Standorten eine Größenbegrenzung. Sie müssen so konzipiert sein, dass ihre Kapazität auf den Atommüll beschränkt ist, der unvermeidbar noch bis zum frühestmöglichen Atomausstieg im Jahr 2013 anfällt. Es ist unverantwortlich, noch bis zum Jahr 2022 zusätzlichen Atommüll zu produzieren." Alles, was vergraben werde, verschwindet aus dem menschlichen Bewusstsein, holt aber zukünftige Generationen unausweichlich wieder ein – mit allen fatalen Folgen, so die ÖDP. Sabotagesichere Zwischenlager wären zugänglich, falls es der Menschheit in der Zukunft mit neuen Technologien gelänge, den hochgiftigen Atommüll sicherer zu verwahren.

Der bayerische ÖDP-Landesvorstand lud zur Pressekonferenz nach Neu-Ulm, um sein Atommülllager-Konzept vorzustellen. Von li. nach re.: Agnes Becker, Klaus Mrasek, Ulrich Hoffmann

Die derzeitigen ungesicherten Zwischenlager an den drei bayerischen Atomkraftstandorten (Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Ohu) müssten unverzüglich rückgebaut und durch die neuen Hochsicherheitszwischenlager ersetzt werden. Diese Standorte wären auch für die Bevölkerung an den Atomkraftwerksstandorten eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand. Die neuen Hochsicherheitslager ersparten zudem gefährliche Atomtransporte quer durch das Land. (um)

ÖDP-Petition „Zweite Kraft in jede Grundschulklasse!"

Der stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Stephan Treffler hat im September zusammen mit seinen Landesvorstandskollegen Ulrich Hoffmann und Franz Hofmaier die von der ÖDP gestartete Petition „Zweite Kraft in jeder Grundschulklasse" im Landtag eingereicht.

2.000 Unterschriften hat das Vorstandstrio an den Vorsitzenden des Bildungsausschusses MdL Martin Güll übergeben. „Der Beginn der Schulzeit soll für möglichst jedes Kind zu einer Erfolgsgeschichte werden. Mit einer zweiten Kraft in jeder Klasse, die dem Lehrpersonal assistiert, wollen wir erreichen, dass Grundschüler individueller gefördert werden", so Treffler.

Die „zweite Kraft" muss nach Ansicht der ÖDP keine weitere Lehrkraft mit einer akademischen Lehrerausbildung sein. Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können ebenso als Assistenzkräfte beschäftigt werden wie Studierende des Lehramtes in Phasen des studienbegleitenden Langzeitpraktikums.

Die neue Assistenzstelle soll Kleingruppen begleiten, in denen entweder besonders leistungsfähigen Kindern zusätzliche Anregungen und Herausforderungen vermittelt oder aber Kindern mit Lernproblemen Hilfen vermittelt werden. Auch zur Behebung von Erziehungs- und Sozialisationsdefiziten sowie zur Qualifizierung des Schullebens kann und soll die „zweite Kraft" beitragen.

Details zur Petition auf www.oedp-bayern.de (um)

Stellv. ÖDP-Landesvorsitzender Stephan Treffler hat mit den ÖDP-Landesvorstandsmitgliedern Franz Hofmaier (re.) und Ulrich Hoffmann (2. von re.) die gesammelten Unterschriften an den Bildungsausschussvorsitzenden Martin Güll (2. von li.) überreicht.

Liberalisierung der deutschen Elektrizitätswirtschaft

Laut den Bekundungen der politischen Klasse diente die sogenannte „Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft“ Ende der 1990er-Jahre dazu, Wettbewerb in den Strommarkt zu bringen und damit niedrige Preise, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit zu garantieren. In der von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebenen Studie untersuchten die beiden Wirtschaftswissenschaftler Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt die Ergebnisse, die tatsächlich dabei herauskamen, und zogen eine überaus kritische Bilanz.

Das Buch zeichnet systematisch den politischen Entscheidungsprozess nach und verdeutlicht, wie sehr die Marktöffnung einer funktionierenden Regulierung bedarf. Die Marktstrukturen entwickelten sich nämlich zu einer oligopolistischen Versorgungslandschaft. Abgerundet wird die Untersuchung durch einen Blick auf die Chancen und Risiken für die Stadtwerke. Mit seinem integrativen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ansatz und einer Fülle von Fakten und Daten ist das Buch eine gute Informationsquelle für alle, die sich mit Energieversorgung politisch befassen. (gh)

Heinz-J. Bontrup, Ralf-M. Marquardt
Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft
Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen
Edition Sigma, 2010
475 Seiten
29.90 Euro
978-3-8360-8712-4

Kulturphilosophische Gedanken zur Leistungsgesellschaft

Jedes Zeitalter hat seine Leitkrankheiten! Mit dieser These beginnt der Essay des Karlsruher Philosophieprofessors Byung-Chul Han – eine unorthodoxe und geistreiche Untersuchung unserer modernen Informations- und Leistungsgesellschaft. Das 21. Jahrhundert ist nicht mehr bakteriell oder viral bestimmt, sondern neuronal. Krankheiten wie die Depression, das Burnout-Syndrom oder das Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsyndrom (ADHS) dominieren die „pathologische Landschaft“. Das ist kein Zufall, sondern Folge gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, prägt aber umkehrt auch wieder das gesellschaftliche Denken und Handeln.

Der Kampf gegen Bakterien und Viren verläuft nach einem einfachen Freund-Feind- und Innen-Außen-Schema mit „Strategien der Negation“: Der Körper bildet Antikörper, die das eigene Innere gegen einen äußeren Feind verteidigen. Diese Strategie prägte auch den Geist des Kalten Krieges. Mit dessen Ende und der zunehmenden Globalisierung hat sich die Situation grundlegend geändert. Die immunologische Weltsicht greift nicht mehr. Das „Fremde“ wird nicht mehr als Bedrohung empfunden, sondern nur noch als Belastung. Die wahre Bedrohung geht nicht mehr vom „Fremden“ aus, sondern vom „Gleichen“: von einem „Übermaß an Positivität“. Denn eine hysterische Überproduktion und Überkommunikation ruft – wie ein Zuviel an Fett – keine Immunreaktionen hervor.

Die frühere Disziplinargesellschaft wurde von der Leistungsgesellschaft abgelöst. Die zwingt den Individuen ihren Willen nicht mehr von außen auf, sondern hat es geschafft, dass die Individuen ihren Willen verinnerlicht haben. Jeder ist heute sein eigener Unternehmer, motiviert sich selbst, ist selbst initiativ. Die Kontrolle ist durch die Illusion der Freiheit verschleiert. Die frühere „Negativität des Sollens“ hat sich zu einer wesentlich effizienteren „Positivität des Könnens“ entwickelt. „Yes, we can!“ lautete denn auch der inhaltsleere Wahlkampfslogan Barack Obamas. Der heutige Mensch ist Täter und Opfer, Herr und Knecht in einer Person. Er führt Krieg gegen sich selbst. Ausgebrannte Seelen sind das Resultat.

Während die Disziplinargesellschaft vom Nein geprägt war und Verrückte und Verbrecher erzeugte, ist die heutige Leistungsgesellschaft vom Ja geprägt und erzeugt Depressive und Versager. Als Gegenstrategie empfiehlt der Autor eine bewusste Kultivierung negativer Gegenkräfte, vor allem auch: der Müdigkeit. Der Begriff „Müdigkeitsgesellschaft“ ist beim ihm keine Krankheitsdiagnose, sondern eine positive Utopie. Eine, in der das Nicht-Tun genauso wertvoll ist wie das Tun, in der Müßiggang nicht als Laster, sondern als Tugend gilt: „Heilig ist nicht der Tag des Um-zu, sondern der Tag des Nicht-zu.“ (gh)

Byung-Chul Han
Müdigkeitsgesellschaft
Matthes & Seitz, 2010
68 Seiten, 10.00 Euro
978-3-88221-616-5

Kinderkrippen und die Bedeutung der Mutterschaft

Ab 2013 sollen Kinder ab ihrem ersten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz haben. Ob sie dieses Recht in Anspruch nehmen wollen, danach kann man sie schlecht fragen. Hanne K. Götze versucht, eine Antwort zu geben. Die gelernte Bibliothekarin ist Vollzeitmutter von vier Kindern und seit vielen Jahren als Stillberaterin und in Familienverbänden aktiv. In ihrem Buch hat sie persönliche Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammengetragen, die zeigen, was Kindern unter drei Jahren gut tut, ja, mehr noch: was sie brauchen.

Häufigste Kritik an dem Buch: Die negativen Beispiele aus ehemaligen DDR-Krippen könnten auf die heutigen Verhältnisse in bundesdeutschen Krippen nicht angewandt werden. Das mag sein, doch wird im Buch auch auf die Ergebnisse der aktuellen Bindungsforschung verwiesen, die zeigen, dass selbst bei qualitativ hochwertiger Betreuung Risiken für die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern bestehen und dass in Deutschland lediglich zwei Prozent der Krippeneinrichtungen als qualitativ hochwertig eingestuft werden können. Das ist bei einem Betreuungsschlüssel von maximal drei Kindern pro Erzieher/-in der Fall.

In neun Kapiteln zeigt Götze die Bedürfnisse von Kleinkindern. Sie macht bewusst, wie sehr unser Verständnis von Mutterschaft und das Leben als Mutter von gesellschaftlichen Leitbildern, Ideologien und wirtschaftlichen Interessen unterminiert werden. Im letzten Kapitel geht Götze der Frage nach, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aussehen sollten. Sie fordert Steuergerechtigkeit und Erziehungsgehalt, eine faire Berichterstattung in den Medien, bessere Elternkompetenz, praktische und seelische Begleitung von Familien und eine leichtere Wiedereingliederung von Vollzeitmüttern in den Beruf. (ub)

Hanne K. Götze
Kinder brauchen Mütter
Die Risiken der Krippenbetreuung – Was Kinder wirklich stark macht
Ares, 2011
277 Seiten, 19.90 Euro
978-3-902475-94-7

Dezentralisierung der Energieversorgung

Verpassen wir die Energiewende?

Eine richtige Energiewende bedeutet: ganz weg von nuklearen und fossilen Energieträgern. Dazu gehört auch eine Dezentralisierung der Energieversorgung. Die geschieht nicht. Stattdessen setzt die Bundesregierung weiterhin auf Großkraftwerke und sichert somit den vier großen Energiekonzernen hohe Profite.

von Prof. Dr. Dr. Klaus Buchner

Nach der Katastrophe von Fukushima sagte Kanzlerin Angela Merkel, sie sei zu neuen Erkenntnissen gekommen. Statt der kurz zuvor beschlossenen Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke (AKW) wolle sie jetzt den Ausstieg aus der Atomenergie. Tatsächlich war aber Fukushima nicht die erste nukleare Katastrophe, auch nicht die erste in einem Hochtechnologie-Land. Bereits 1957 war es in England (Sellafield) und in Russland (Kyschtym) zu katastrophalen Atomunfällen gekommen. Nach weiteren schweren Unfällen in den USA (Harrisburg 1979), in Russland (Tschernobyl 1986, Tomsk-7 1993) und in Japan (Tokaimura 1999) wurde klar, dass es immer wieder zu solchen Katastrophen kommen wird.

Die „neuen Erkenntnisse" der Bundesregierung waren also nicht physikalischer oder technischer Natur. Was sie zum Einlenken gebracht hat, waren die Massendemonstrationen, in denen an einem Samstag deutschlandweit 120.000 Menschen ihre Wut über die deutsche Atompolitik gezeigt hatten. Die ÖDP war dabei sehr gut vertreten. Kurz danach verkündete die Bundesregierung die Energiewende und den zweiten deutschen Atomausstieg. Die gefährlichsten acht AKW wurden sofort abgeschaltet, allen anderen großzügige weitere Laufzeiten zugesprochen. So kann jede spätere Bundesregierung auch diesen Atomausstieg wieder rückgängig machen. Dabei sind unsere AKW für die Stromversorgung nicht nötig: Als im Frühjahr 2011 so gut wie alle deutschen AKW wegen Wartungsarbeiten abgeschaltet waren, musste kein Strom importiert werden.

Bundesregierung sichert Konzernen große Gewinne

Natürlich wehrten sich die vier deutschen AKW-Betreiber gegen den Ausstieg. Wie man nämlich leicht nachrechnen kann, nehmen sie mit jedem ihrer abgeschriebenen AKW täglich 1 Mio. Euro ein. Dabei ist der Atomstrom hoch subventioniert. Die Bundesregierung hat zugegeben, dass sie für die Atomenergie zwischen 1950 und 2010 rund 200 Mrd. Euro ausgegeben hat. Das bedeutet, dass bisher jede Kilowattstunde Atomstrom mit 4,3 Cent an Steuergeldern bezuschusst wurde. Dabei sind die Haftpflicht bei einem Supergau und die Langzeit-Kosten für die Endlager (nach der Einlagerung des Atommülls) noch nicht einmal eingerechnet. Kein Wunder also, dass die Betreiber auf dieses Geschäft nicht verzichten wollen.

Um ihnen entgegenzukommen, förderte die Bundesregierung den Bau von Kohlekraftwerken im Ruhrgebiet und von Off-Shore-Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee. Gleichzeitig bremste sie den Ausbau der Solar- und Windenergie an Land, denn dort werden sie zum Großteil von kleineren Unternehmen oder von der Bevölkerung betrieben. Durch diese „Energie in Bürgerhand" entgehen nämlich den „Großen Vier" – E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – erhebliche Gewinne. Außerdem drückt der Solarstrom die Preise an der Leipziger Strombörse, weil er gerade dann zur Verfügung steht, wenn der Stromverbrauch am höchsten ist, und so teure Spitzenlast-Kraftwerke überflüssig macht. Auch das beeinträchtigt den Gewinn der Energiekonzerne.

Es ist absurd, was uns die Bundesregierung und die „Klimakanzlerin" als „Energiewende" verkaufen: Ausgerechnet Braunkohlekraftwerke, die von allen geläufigen Kraftwerkstypen den größten Schadstoffausstoß haben, sollen verstärkt die Stromerzeugung übernehmen. Und auch die Off-Shore-Anlagen der großen Energiekonzerne sind nicht gerade umweltfreundlich. Trotzdem werden sie enorm subventioniert: Windkraftanlagen an Land bekommen ihren Strom mit 9,5 ct/kWh vergütet – in Norddeutschland wegen des stärkeren Winds bald nur noch 5 ct/kWh. Off-Shore-Anlagen dagegen erhalten: 19 ct/kWh. Außerdem tragen deren Stromanschlusskosten die Netzbetreiber bzw. Stromkunden, während die Windkraftbetreiber an Land diese Kosten selbst bezahlen müssen.

So haben die großen Energiekonzerne auch nach der Abschaltung der acht gefährlichsten AKW noch genügend lukrative Verdienstmöglichkeiten. Und die Bundesregierung behauptet, dass die dadurch verursachten Strompreis-Erhöhungen eine Folge des Atomausstiegs und der Energiewende seien.

Erneuerbare Energien machen Wirtschaft krisensicher

Eine echte Energiewende ist aber schon aus rein wirtschaftlichen Gründen nötig, wenn wir auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Stromversorgung haben wollen. Deutschland gibt zurzeit jedes Jahr mindestens 70 Mrd. Euro für den Import von Öl, Gas, Kohle und Uran aus – mit stark steigender Tendenz. Die Preise für die importierten Energieträger haben sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Allein in den vergangenen fünf Jahren stiegen für die Kraftwerke die Importpreise von Kohle und Öl um 70 %, während im selben Zeitraum die Preise für Photovoltaik-Anlagen um 60 % sanken.

Weil der Wind nicht immer weht und die Sonne nicht immer scheint, brauchen wir Stromspeicher, wenn der Anteil von

Wind- und Solarstrom im deutschen Stromnetz wachsen soll. Im Durchschnitt haben wir zwar eine enorme Überproduktion an Strom – so viel, dass 2010 an der Leipziger Strombörse manchmal sogar dafür bezahlt wurde, Strom abzunehmen. Trotzdem muss natürlich sichergestellt werden, dass auch in windstillen Nächten genügend Elektrizität zur Verfügung steht. Leider ist die Bundesregierung hier weitgehend untätig. So wird sichergestellt, dass die Beiträge der Erneuerbaren Energien begrenzt und die Großkraftwerke der Konzerne unverzichtbar bleiben. Zwar werden vereinzelt noch neue Pumpspeicherkraftwerke gebaut, doch weil die damit gespeicherte Energie verhältnismäßig gering ist, können sie nur einen kleinen Beitrag zur Stabilisierung des deutschen Stromnetzes liefern. Außerdem wehrt sich die Bevölkerung zu Recht, wenn auf den schönsten Bergen Speicherseen entstehen sollen.

Möglichkeiten zum Energiespeichern bleiben ungenutzt

Dabei gibt es bewährte Techniken zur Lösung dieses Problems. Die naheliegendste ist die Erzeugung von Wasserstoff aus dem überschüssigen Strom, was seit Jahrzehnten großtechnisch erprobt ist. Diesen Wasserstoff kann man in das Erdgasnetz einspeisen, das so große unterirdische Lager hat, dass man damit in Gaskraftwerken etwa zwei Monate lang den Strom für ganz Deutschland erzeugen könnte. Allerdings hat Wasserstoff etwas andere Eigenschaften als Erdgas, sodass man nur etwa 20 % des Erdgases durch Wasserstoff ersetzen kann. Will man mehr, muss man den Wasserstoff in Methan überführen, wofür es ebenfalls bewährte Verfahren gibt.

Diesen Weg blockiert die Bundesregierung, indem sie Gaskraftwerke unrentabel werden lässt. So wurden Kohlekraftwerke doppelt so viele CO_2-Zertifikate zugeteilt wie Gaskraftwerke vergleichbarer Leistung. Und die umweltschädlichen Braunkohlekraftwerke bekamen noch einen Extra-Bonus. Man könnte sofort mit dem Bau von Gaskraftwerken beginnen, um sie später mit dem Gas aus Elektrolyse zu betreiben, sobald das in genügender Menge zur Verfügung steht. Bereits im Jahr 2008 hat das Bundesumweltministerium errechnet, dass sich so in 12 Jahren sämtliche Atom- und Kohlekraftwerke abschalten ließen. Angesichts der vielen Milliarden Euro, mit denen bisher Kohle- und Atomkraftwerke subventioniert wurden, ist es völlig unverständlich, warum die Bundesregierung jetzt nicht die Gaskraftwerke fördert, wofür weit geringe Beträge notwendig wären. Schon mit einer fairen Regelung der CO_2-Zertifikate ließe sich auch ohne Geld viel erreichen.

Ein anderer Weg für die Steuerung unseres Stromnetzes wären Blockheizkraftwerke in Verbindung mit Warmwasser-Speichern auch für kleine Häuser und Wohnanlagen. Sie müssten so gesteuert werden, dass einerseits der Strombedarf im Leitungsnetz und andererseits die Temperatur im jeweiligen Heizkessel berücksichtigt werden. Das ist heute technisch kein Problem. Auf jeden Fall muss aber die Energie der Biomasse genutzt werden: Holzabfälle, Biomüll, Jauche usw. Da sie in großen Mengen anfallen, können sie einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung leisten. Dabei gibt es Verfahren, die viel effektiver arbeiten als die Vergärung, die heute meist zur Anwendung kommt.

Güssing zeigt: Dezentrale Energieversorgung ist besser

Wie gut das funktioniert, hat die 4.000-Einwohner-Stadt Güssing im österreichischen Burgenland gezeigt. Weil es dort keine Industrie und kaum Gewerbebetriebe gab, war sie zu Beginn der 1990er-Jahre die ärmste Gemeinde Österreichs. Eine Studie zeigte, dass viel Geld für Energie ausgegeben wurde: für Strom, Heizöl und Benzin. Da beschloss der Bürgermeister, dass dieses Geld in der Gemeinde bleiben sollte. Er ließ Solaranlagen bauen und beauftragte die Universität Graz mit der Entwicklung eines Verfahrens, um mit Restholz aus den umliegenden Wäldern eine Biogasanlage zu betreiben. Um deren Abwärme nutzten zu können, ließ er ein Fernwärmenetz errichten.

Heute erzeugt die Stadt in mehreren Anlagen doppelt so viel Strom, wie sie selbst verbraucht, und 85 % ihres Wärmebedarfs. Sie legt dabei großen Wert darauf, dass kein Mais verarbeitet wird, denn der laugt die Böden stark aus. In geringem Maß wird Silage aus Gras und Klee eingesetzt, hauptsächlich aber Jauche und Restholz. Obwohl die Energiekosten überall stark stiegen, blieben sie dort seit den 1990er-Jahren etwa gleich. Das führte zur Ansiedlung von 50 neuen Industrie- und Gewerbebetrieben. Mit diesem Konzept ist Güssing inzwischen zu einem Ziel des Öko-Tourismus aus der ganzen Welt geworden.

Sicher hat nicht jede Gemeinde die gleichen Voraussetzungen wie Güssing. Aber es muss ja auch nicht unbedingt Biomasse sein. Jede Gemeinde hat andere Möglichkeiten. Windkraft z. B. wurde in Güssing überhaupt nicht eingesetzt. Wichtig ist nur, dass die großen Geldbeträge, die sonst für Energie abfließen, in der Gemeinde und ihrer Umgebung bleiben.

Durch „Energie in Bürgerhand" entgehen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW erhebliche Gewinne.

Regierungspolitik verhindert konsequente Energiewende

Die Bundesregierung behauptet, für die Energiewende brauche man neue Hochspannungstrassen, die den Kohlestrom aus dem Ruhrgebiet und den Windstrom aus den Off-Shore-Anlagen nach Süddeutschland bringen sollen. Sie sind aber nicht nur teuer und unnötig, sondern verhindern sogar eine echte Energiewende mit dezentralen Anlagen in Bürgerhand. Grotesk ist es, dass der Bundesumweltminister das Geld hierfür auch noch zum Großteil von den Bürgern statt von den Großverbrauchern einfordern will.

Ein weiterer Skandal ist die Abwicklung der AKW. Für deren Rückbau und für die Lagerung des strahlenden Materials haben die Betreiber zwar „Rückstellungen" angesammelt: etwa 35 Mrd. Euro. Doch die Betreiber sind nicht die „Großen Vier", sondern für jedes AKW jeweils eine Tochtergesellschaft. Die ist bezeichnenderweise oft eine GmbH: eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Reichen die Rückstellungen nicht aus, so haftet der jeweilige Mutterkonzern nur bis zum endgültigen Atomausstieg am 27. April 2022, also einem Zeitpunkt, der lange vor dem Rückbau der letzten AKW liegt. Danach geht das Risiko voll und ganz auf den Steuerzahler über. Der trägt darüber hinaus die Kosten für die Instandhaltung und Bewachung der Endlager. Richtig wäre, die AKW-Betreiber einen Fonds einrichten zu lassen, der groß genug ist, alle Kosten sicher abzudecken, und mit den Zinsen den Betrieb der Endlager zu finanzieren.

Fazit: Die Energiewende ist auch eine kommunale Aufgabe

Eine sichere und preisgünstige Energieversorgung in Bürgerhand ist möglich, doch die Politik der deutschen Bundesregierung bevorzugt nach wie vor die Großkraftwerke der Energiekonzerne. Deshalb ist es gerade für die kommunalen Mandatsträger der ÖDP eine lohnende Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ihre Gemeinden die Stromerzeugung so weit wie möglich selbst in die Hand nehmen! ■

Prof. Dr. Dr. Klaus Buchner

Jahrgang 1941, Atomphysiker, war von 1973 bis 2006 am Mathematischen Institut der TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. 1983 trat er in die ÖDP ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und von 2010 bis Februar 2012 Sprecher ihrer Bundesprogrammkommission.

Kontakt: klaus.buchner@oedp.de

Greenpeace-Studie

Atomausstieg beeinflusst Strompreise kaum

Eine wissenschaftliche Studie, die Greenpeace vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellen ließ, kommt zu dem Ergebnis: Der Atomausstieg muss nicht zu höheren Strompreisen führen und sich auch nicht negativ auf den Klimaschutz auswirken. Entscheidend ist vielmehr die Energieeffizienzpolitik.

von Niklas Schinerl

Die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellte Studie vergleicht mithilfe eines Strommarktmodells die Strompreisentwicklung, die CO_2-Emissionen und die Investitionswirkungen für zwei verschiedene politische Entscheidungen – die 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung und den seit 2011 geltenden Atomausstieg – und untersucht dabei die Rolle eines verschärften Emissionshandels und einer erfolgreichen Effizienzpolitik.

Auswirkungen auf die Strompreise

Die Großhandelsstrompreise werden aufgrund des Atomausstiegs minimal ansteigen – deutlich geringer als der Gaspreis, der für den Strompreis ausschlaggebend ist. Eine wirkungsvolle Effizienzpolitik, die den Energieverbrauch stabil hält, kann diesen Preiseffekt abfedern und mittelfristig sogar gegenüber der Laufzeitverlängerung senken.

Sollte die deutsche Bundesregierung im Bereich der Effizienzpolitik nicht erfolgreich sein, könnte es zu einem geringen Anstieg der Großhandelsstrompreise von 0,2 bis 0,6 Eurocent pro Kilowattstunde oder von 0,8 bis 2,3 % kommen, bezogen auf Haushaltsstrompreise in Höhe von 25 Eurocent. Mit einem Anstieg von 0,4 bis 1,1 Eurocent je Kilowattstunde fallen die Preiseffekte im Jahr 2030 je nach Rahmenbedingungen etwas höher aus.

Auswirkungen auf die CO_2-Emissionen

Die Wirkung des Atomausstiegs auf die Emissionen des Stromsektors hängt sehr stark von einer erfolgreichen Effizienzpolitik und einem verschärften europäischen Emissionshandel ab. Sollten die politischen Maßnahmen hier zu keinem Erfolg führen, drohen die CO_2-Emissionen durch den Atomausstieg stark anzusteigen.

Für die Erreichung des nationalen Klimaziels, nämlich einer Reduktion der Klimagasemissionen um 40 % bis 2020 gegenüber 1990, spielen die CO_2-Emissionen im Stromsektor eine erhebliche Rolle. Können im Stromsektor die Emissionen nicht um nahezu 50 %gegenüber 1990 reduziert werden, ist das Klimaziel kaum einzuhalten.

Die durch den Atomausstieg verursachten zusätzlichen sektoralen Emissionen lassen sich durch eine Verschärfung des Emissionshandels ausgleichen. Für diese Situation errechnet sich eine Emissionsminderung gegenüber 1990 von 44 % bis 2020 und von 57 % bis 2030. Auch verstärkte Energieeffizienzmaßnahmen können den Atomausstiegseffekt auf die Emissionen mittelfristig kompensieren und bis zum Jahr 2030 mehr als ausgleichen. Gegenüber 1990 werden in diesem Szenario Emissionsreduktionen von 44 % im Jahr 2020 und 56 % im Jahr 2030 realisiert.

Die klimapolitisch günstigste Situation wird erreicht, wenn ein ambitionierteres Emissionshandelsziel mit einer erfolgreichen Energieeffizienzpolitik kombiniert wird. Für diesen Fall errechnen sich Emissionsreduktionen im Stromsektor von 48 % und 64 %für die Jahre 2020 und 2030.

Klimaschutz und Energiewende sind nicht denkbar, wenn die Stromverschwendung nicht beendet wird.

Forderungen für Energieeffizienz

Klimaschutz und Energiewende sind nicht denkbar, wenn die Stromverschwendung nicht beendet wird. Im Sommer 2011 hat die Bundesregierung beschlossen: Bis 2020 sollen 10 % weniger Strom verbraucht werden als 2008. Auf Taten, die geeignet sind, das Ziel zu erreichen, lässt die Bundesregierung allerdings warten. Der Stromverbrauch ist für fast die Hälfte aller CO_2-Emissionen verantwortlich. Je schneller wir ihn senken, desto schneller kann er zu 100 % durch Erneuerbare Energien gedeckt werden.

Bei den Vergünstigungen der stromintensiven Industrie gibt es Handlungsbedarf. Die derzeitigen Ausnahmeregelungen treffen Branchen und Betriebe, die gar nicht abwanderungsgefährdet sind. Sie lassen Effizienzpotenziale links liegen und setzen teils sogar Anreize zu mehr Stromverbrauch.

Die Bundesregierung muss sich für eine wirksame europäische Effizienzrichtlinie stark machen. Der aktuell verhandelte Kompromiss sieht zahlreiche Ausnahmen vor, die das Ziel einer 1,5-prozentigen Energieeinsparung pro Jahr verwässern. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass das EU-Einsparziel von 20 % bis 2020 weit verfehlt wird.

Forderungen für Emissionshandel

Bedingt durch Wirtschaftskrise, falsch prognostizierte Emissionsentwicklungen und durch die großzügige Vergabe von Zertifikaten findet sich im Europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) derzeit ein Überangebot an CO_2-Zertifikaten. Dadurch bleibt der gewünschte Lenkungseffekt aus.

Mit einem sogenannten „Set aside“ von 1,4 Mrd. Tonnen CO_2 lässt sich der Zertifikatsüberschuss im EU ETS kurzfristig reduzieren. Die entsprechende Menge an Emissionsberechtigungen sollte jedoch für eine Dekade oder mehr zurückgehalten oder frühestmöglich vollständig stillgelegt werden.

Das langfristige Cap (der die Menge der im Handel befindlichen Zertifikate begrenzt) soll schneller reduziert werden, vorzugsweise ab 2014. Das Ausmaß dieser Verschärfung resultiert aus grundlegenden politischen Entscheidungen zum übergeordneten Minderungsziel für die gesamten Treibhausgasemissionen. Budgets für die Nutzung externer Gutschriften zur Emissionsminderung dürfen im Zuge einer Verschärfung des Caps für den EU ETS nicht erhöht werden.

„Auswirkungen des Atomausstiegs“

Interessierte können die Lang- und die Kurzfassung der wissenschaftlichen Studie kostenfrei downloaden:
www.greenpeace.de
Suchbegriff: Atomausstieg

Niklas Schinerl

Jahrgang 1976, studierte Philosophie und arbeitet seit 2007 bei Greenpeace – zuerst in Wien mit den Schwerpunkten „Zentral- und Osteuropa“ und „Atomausstieg“, derzeit in Hamburg mit dem Schwerpunkt „Atomausstieg und Transformation des Energiesystem in Deutschland und Europa“.

Kontakt:
niklas.schinerl@greenpeace.de

Erdgas-Förderung

Fracking gefährdet die Umwelt

Fossile Energieträger sind nicht nur klimaschädlich, sondern oft schon bei ihrer Gewinnung in hohem Maße umweltschädlich. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte „Fracking“, eine Methode zur Gewinnung von Erdgas aus Schiefergestein, die zurzeit in Deutschland Begehrlichkeiten internationaler Energiekonzerne weckt.

von Ulrich Brehme

Je mehr die Förderung aus Erdöl- und Erdgaslagerstätten zurückgeht, desto intensiver wird die Suche nach neuen Wegen, um an fossile Energieträger heranzukommen. In Schiefergestein gibt es z. B. noch große Mengen Erdgas. Das Verfahren zu seiner Gewinnung heißt „Hydraulic Fracturing“ – kurz „Fracking“ genannt. Dabei wird zunächst senkrecht tausende Meter tief in die Erde gebohrt, bis die gashaltigen Gesteinsschichten erreicht sind, dann horizontal in viele Richtungen, bis ein kilometerlanges Netz unterirdischer Kanäle entstanden ist.

Das Gas entweicht aber nicht von selbst. Um es an die Oberfläche zu bringen, werden große Mengen Wasser, Sand und Chemikalien in die Kanäle gepumpt. Dann wird unter großem hydraulischen Druck das gashaltige Gestein gesprengt. Die Druckwelle breitet sich im Untergrund weitflächig aus. Es entstehen im Gestein fingerbreite Risse, aus denen das Gas ausströmen kann.

Um diese Risse offen zu halten, werden Sand und verschiedene Chemikalien beigemischt – unter anderem Verdickungsmittel (damit sich der Sand im Frackwasser löst), Korrosionsschutzmittel, Benzol, Schmierstoffe, Polymere, Vernetzungsmittel wie Natriumborat, Tenside, Persulfate und keimtötende Gifte. Andere Chemikalien sorgen dafür, dass die zähe Masse später wieder dünnflüssig wird und zurückfließt, ohne den Sand mitzunehmen. Der Anteil der Chemikalien in der Frackflüssigkeit, von der jede Bohrung einige Millionen Liter benötigt, liegt bei 1 %.

Die Förderrate pro Bohrquelle ist klein und lässt schnell nach. In den neueren Erdgasfeldern geht sie im ersten Jahr um 85 % zurück. Deshalb muss man sehr viel und schnell bohren, um das, was wegbricht, zu ersetzen. Ein Aufwandmaximum ist schnell erreicht. Um dieses Niveau zu halten, werden die Bohrlöcher immer wieder neu gefrackt – in den USA im vergangenen Jahrzehnt über eine Million Mal.

Umweltgefahren

Mit jedem Fracking steigt die Gefahr, dass die Betonabdichtungen undicht werden und die Frackflüssigkeit das Grundwasser vergiftet. Das Schiefergas kann bis in die flachen Grundwasserleiter aufsteigen, aus dem Trinkwasser gewonnen wird. Untersuchungen zeigten im Trinkwasser Reste der Lauge. In den USA ist die sehr salzreich, mit Metallen und sogar mit radioaktiven Elementen aus dem Gestein belastet. Die Risse, die sich durch das Fracking öffnen, können auch die natürlichen Störungszonen erweitern. Vor allem Trinkwasserbrunnen in Tälern sind dadurch gefährdet.

Die Frackinglauge kann ins Grundwasser gelangen, wenn die Zementierung der Bohrung dem großen Druck nicht standhält. Es kam auch vor, dass Polyethylenrohre verwendet wurden, die während des Betriebs undicht wurden. Wenn das Gestein aufgebrochen ist, wird der Druck reduziert und es kommen große Mengen Frackflüssigkeit wieder oben raus – und damit auch tausende Liter toxischer Chemikalien, die fachgerecht zu entsorgen sind. In den USA haben Bohrfirmen dabei gepfuscht.

Eine weitere Gefahr gibt es in Gebieten mit tektonischen Störungen: Dort nimmt die Gefahr von Erdbebeben zu.

Schiefergasvorkommen

Mittlerweile stammen bereits 12 % des in den USA geförderten Erdgases aus Schiefer. Richtig los ging der Boom in den USA 2005, nachdem die Regierung die Umweltauflagen gelockert hatte. Von da an fielen die beim Fracking eingesetzten Chemikalien nicht mehr unter die Wasserschutzverordnung. Dick Cheney war damals Vizepräsident und die Bohrtechnikfirma Halliburton, deren Chef er lange war, profitierte kräftig davon.

Deutschland verbraucht jährlich 100 Mrd. m³ Erdgas. Studien schätzen seine Schiefergasvorräte auf bis zu 13 Bill. m³.

Die internationale Energieagentur schätzt, dass weltweit in Schiefern über 450 Bill. m³ Gas schlummern – mehr als doppelt so viel wie in allen bekannten konventionellen Gasblasen. Frankreich und Polen z. B. haben im Vergleich zu Deutschland rund 25-mal mehr Schiefergasvorkommen, Argentinien, Mexiko, die Vereinigten Staaten und China rund 100-mal mehr. In Frankreich hat die Regierung das Fracking zwar verboten, vergab aber trotzdem heimlich vier Bohrgenehmigungen.

In Deutschland gibt es bisher 300 Fracks, teilweise seit den 1970er-Jahren. Aktuelle Studien schätzen die Größe der Schiefergasvorräte in Deutschland auf 227 Mrd. m³ (DERA) bis 13 Bill. m³ (BGR). Davon lassen sich aber nur 10 bis 30 % technisch fördern. Verbraucht werden in Deutschland jährlich 100 Mrd. m³ Erdgas.

Eines der größten Schiefergasvorkommen Europas wird rund um das Münsterland vermutet – in einem Gebiet, das sich von Niedersachsen über Nordrhein-Westfalen bis in die Niederlande zieht. Derzeit fördert ExxonMobil, der größte Gasproduzent mit 5,4 Mrd. m³ in Deutschland, aus 230 Bohrungen – rund 100 davon sind gefrackt.

Da im Bergbau nicht die strengen Wasserschutzbestimmungen gelten, initiierte die rot-grüne Landesregierung in NRW eine Bundesratsinitiative, um das Bergrecht zu ändern, um Umweltverträglichkeitsprüfungen und Bürgerbeteiligung durchzusetzen, scheiterte aber in der ersten Runde. Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates hat einen entsprechenden Antrag abgelehnt.

Durchgesetzt hat sich stattdessen ein Antrag aus dem schwarz-gelb regierten Niedersachsen: Er sieht vor, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen für Fracking-Bohrungen nur vorgeschrieben sind, sofern eine Vorprüfung „nachhaltige negative Umweltauswirkungen erwarten lässt“.

Ein aktuelles Gutachten des Umweltbundesamtes empfiehlt, auf die großflächige Anwendung von Fracking wegen der Gefahren für das Grundwasser zu verzichten. Die Landesregierung von NRW hat die Bohrungen vorerst gestoppt. ■

Ulrich Brehme,

Jahrgang 1966, studierte Wirtschaft und Elektrotechnik. In die ÖDP trat er 1993 ein und hatte seither schon zahlreiche Funktionen inne. Zurzeit ist er Kreisvorsitzender in Osnabrück und Mitglied in den Bundesarbeitskreisen „Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik“ sowie „Wirtschaft und Finanzen“.

Kontakt:
ulrich.brehme@gmx.de

Contra EEG

„Photovoltaik-Förderung führt zu falschen Anreizen“

Die Kritik am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der darin definierten Photovoltaik-Förderung wächst. Viele Umweltschützer verteidigen es jedoch hartnäckig. Zu Recht? ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann unterhielt sich darüber mit dem Wirtschaftsjournalisten Alexander Neubacher, einem Gegner des EEG.

BUCHTIPP

Alexander Neubacher
Ökofimmel
Wie wir versuchen, die Welt zu retten – und was wir damit anrichten
DVA, März 2012
270 Seiten, 19.99 Euro
978-3-421-04549-2

ÖkologiePolitik: Herr Neubacher, warum sind Sie gegen die Förderung der Photovoltaik?

Alexander Neubacher: Weil dadurch keine einzige Tonne CO_2 weniger in die Atmosphäre gelangt. Stattdessen zahlen die Stromkunden höhere Strompreise und finanzieren so die hohen Gewinne von Solarparkbesitzern und chinesischen Photovoltaik-Herstellern. Und unabhängig davon: Es entstehen durch solche Förderungen falsche Anreize, die dazu führen, dass die Reduzierung der CO_2-Emissionen nicht effizient geschieht, sondern ineffizient.

Warum wird durch die Photovoltaik kein CO_2 eingespart?

Photovoltaik erzeugt Strom. Der wird in die Stromnetze eingespeist. Und die Stromwirtschaft ist in den europäischen CO_2-Emissionsrechtehandel eingebunden. Das bedeutet: Die Gesamtmenge des CO_2, das die Stromwirtschaft in die Atmosphäre abgeben darf, ist von der Politik exakt festgelegt. Wer die Atmosphäre mit CO_2 verschmutzen will, muss Emissionsrechte – sog. „Zertifikate“ – kaufen. Wer viel CO_2 produziert, muss viele kaufen, wer wenig CO_2 produziert, wenige. Den Preis der Zertifikate bestimmen Angebot und Nachfrage. Aber völlig egal, wie der Handel aussieht und ob die Nachfrage hoch oder niedrig ist: Die CO_2-Gesamtmenge wird dadurch nicht verändert. Sie bleibt konstant. Wenn irgendwo viel CO_2 eingespart wird, sinkt der Zertifikatpreis und damit auch der Anreiz, in weitere CO_2-sparende Maßnahmen zu investieren. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es dann lukrativer, Zertifikate zu kaufen. Die Menge CO_2, die wir also in Deutschland mit hohem finanziellen Aufwand einsparen, wird umgehend in einem anderen europäischen Staat zusätzlich in die Atmosphäre geblasen.

Dass viele Hausbesitzer Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern montiert haben, dezentralisiert die Stromerzeugung.

Photovoltaikanlagen auf dem Dach wären dann sinnvoll, wenn die Hausbesitzer damit ihren eigenen Strombedarf decken würden. Das tun sie jedoch nicht, denn durch die hohen Subventionen ist die Einspeisung ins Stromnetz wesentlich lukrativer. Das Fachorgan der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie spricht unverhohlen von der „Gelddruckmaschine EEG“.

Foto: Agentur Ostkreuz

Alexander Neubacher, *Jahrgang 1968, studierte Volkswirtschaft und Journalismus. Nach beruflichen Stationen bei der „Wochenpost“ und bei „Bizz Capital“ arbeitet er seit 1999 als Wirtschaftsredakteur im Berliner Hauptstadtbüro des „Spiegel“. Für seine Veröffentlichungen wurde er u. a. mit dem Helmut-Schmidt-Journalistenpreis und mit dem Medienpreis der deutschen Kinder- und Jugendärzte ausgezeichnet. Im März 2012 erschien sein Buch „Ökofimmel“, das sich kritisch mit der deutschen Umweltpolitik auseinandersetzt.*

Kontakt: https://twitter.com/Alex_Neubacher

Die Förderung der Photovoltaik sorgte dafür, dass die Branche kräftig wachsen konnte, was wiederum die Preise drastisch sinken ließ.

Das ist richtig, aber die Preise sanken vor allem auch deshalb so stark, weil die Photovoltaik inzwischen fast komplett in China hergestellt wird – und das unter sehr fragwürdigen Bedingungen. Erst die deutschen Subventionen und der dadurch boomende deutsche Markt haben die chinesischen Hersteller motiviert, kräftig zu wachsen und die deutschen Hersteller vom Markt zu drängen.

Sie sagten anfangs, Förderungen führen zu falschen Anreizen. Wie das?

Die Photovoltaik hat nun einmal – zumindest bei uns in Mitteleuropa – einen relativ schlechten Wirkungsgrad. Für das gleiche Geld liefert Biomasse dreimal, Wind fünfmal und Wasser sechsmal so viel Strom. Wenn wir also in diese Technologien statt in Photovoltaik investieren würden, ließe sich ein Vielfaches an CO_2 einsparen. Und mit Investitionen in andere Maßnahmen oft noch mehr.

Welche anderen Maßnahmen meinen Sie?

Maßnahmen zur Energieeinsparung. Nehmen wir einmal das Beispiel Gebäudesanierung – plakativ vereinfacht, damit das Problem deutlich wird: Vier in die Jahre gekommene Häuser haben einen hohen Wärmeenergiebedarf aufgrund unterschiedlicher Schwächen. Und jeder Hausbesitzer hat für die Sanierung den gleichen Geldbetrag zur Verfügung. Bei Haus 1 ließe sich die größte CO_2-Einsparung mit einer Wärmedämmung erzielen, bei Haus 2 mit besseren Fenstern, bei Haus 3 mit einem neuen Heizungssystem und bei Haus 4 mit der Installation einer Photovoltaikanlage. Wenn jetzt aber die Photovoltaikanlage deutlich mehr gefördert wird als die anderen drei Maßnahmen, dann verführt das alle vier Hausbesitzer dazu, ihr Geld in eine Photovoltaikanlage zu investieren. Und das schadet der Umwelt, weil dann eben weniger CO_2 eingespart wird, als eigentlich möglich wäre.

Es wäre also am besten, immer nur die tatsächliche CO_2-Einsparung zu fördern?

Ja genau, das wäre der effizienteste und damit sinnvollste Weg. Wir sollten entweder nur die CO_2-Einsparung fördern oder den Emissionshandel wesentlich konsequenter umsetzen. Der Staat sollte nur für einen ausreichend großen Anreiz sorgen, CO_2 einzusparen. Wie das dann am effizientesten geschieht, kann jeder Bürger und jedes Unternehmen – mithilfe kompetenter Energieberater – für sich selbst herausfinden und entscheiden. Das wäre Marktwirtschaft. Das würde dazu führen, dass möglichst viel Klimaschutz möglichst wenig kostet.

Der Emissionshandel krankt daran, dass viele Staaten nicht mitmachen und dass er auch innerhalb der EU nicht konsequent umgesetzt wird.

Den Emissionshandel weltweit durchzusetzen ist natürlich sehr schwierig. Es wäre aber schon ein großer Fortschritt, wenn wir ihn innerhalb der EU konsequent umsetzen. Das ist wesentlich einfacher. Unser Ziel sollte es sein, der Welt zu beweisen, dass es möglich ist, weniger CO_2 auszustoßen, ohne dass gleich die ganze Volkswirtschaft kollabiert. Die Stärke der Marktwirtschaft ist ihre hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit.

Herr Neubacher, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Pro EEG

„Der Emissionshandel erzeugt zu schwache Impulse“

Macht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Photovoltaik-Förderung den Klimaschutz ineffizient? Wäre eine Konzentration auf die CO_2-Einsparung besser? ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann befragte dazu Prof. Dr. Claudia Kemfert, die beide Instrumente für wichtig hält: das EEG und den CO_2-Emissionshandel.

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Kemfert, führt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die darin definierte Photovoltaik-Förderung dazu, dass weniger CO_2 eingespart wird, als eigentlich möglich wäre?

Prof. Dr. Claudia Kemfert: Nein, denn die CO_2-Emissionen sinken derzeit fast ausschließlich durch den steigenden Anteil Erneuerbarer Energien. Wenn wir nur den Emissionshandel hätten, gäbe es so gut wie keine Emissionsminderung, da der CO_2-Preis aufgrund von Zertifikateüberschüssen und großzügigen CO_2-Obergrenzen sinkt und somit keine Anreize für Investition in emissionsarme Technologien liefert. Auch in der Vergangenheit hat der Emissionshandel den Strom aus Fossilen Energien nur gering verteuert und somit viel zu schwache Impulse für die Erneuerbaren Energien erzeugt. Erst die Förderung der Erneuerbaren Energien sorgte dafür, dass sie aus ihrer Nische herauskamen und eine Infrastruktur entstehen konnte, die in der Lage war, immer bessere Qualität und immer größere Mengen zu produzieren – bei sinkenden Herstellungskosten. Erst als ihre Leistungsfähigkeit stieg und ihr Preis sank, wurden die Erneuerbaren Energien marktfähig und eine attraktive Alternative.

Bei der Photovoltaik führte die Förderung dazu, dass chinesische Hersteller die deutschen vom Markt verdrängten.

Der Wettbewerb war grundsätzlich erst einmal positiv, denn dadurch sanken die Produktionskosten für Strom aus Photovoltaik-Anlagen massiv. Deshalb wurden die Vergütungssätze für Photovoltaik-Strom gekürzt. Auch chinesische Hersteller leiden wie die deutschen unter Überkapazitäten und Kostendruck. Sie stellen die Photovoltaik-Anlagen größtenteils mit deutschen Anlagen her und haben ähnliche Kostenstrukturen wie die deutschen Hersteller. Es gibt nur einen Unterschied: Die chinesischen Hersteller werden weiterhin massiv finanziell unterstützt und ihre Verluste durch den Staat kompensiert. Da es aufgrund der hohen Überkapazitäten weiterhin Marktbereinigungen geben wird, wäre es wichtig, dass der deutsche Staat in Not geratene Unternehmen nicht im Regen stehen lässt.

Foto: Marc Darchinger

Prof. Dr. Claudia Kemfert, *Jahrgang 1968, studierte Wirtschaftswissenschaft und ist heute Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance – beide in Berlin. Neben zahlreichen Fachartikeln veröffentlichte sie die Bücher „Die andere Klima-Zukunft“ und „Jetzt die Krise nutzen“.*

Kontakt: www.claudiakemfert.de

Wäre es nicht sinnvoller gewesen, das für die Förderung der Erneuerbaren Energien aufgewendete Geld für Maßnahmen zur Energieeinsparung zu verwenden?

Man sollte eine Maßnahme nicht gegen andere ausspielen. Wir brauchen beides: die Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienzverbesserung. Aber man hätte in der Tat dem Energieeinsparen genauso viel Aufmerksamkeit schenken sollen wie den Erneuerbaren Energien. Es ist wichtig, dies nun nachzuholen.

Was muss geschehen, damit der Emissionshandel zu einer deutlichen Senkung der CO_2-Emissionen führt?

Man müsste die überschüssigen Zertifikate vom Markt nehmen. Und die CO_2-Obergrenzen vermindern. Die sollten auch nicht auf 20 Jahre festgelegt, sondern dynamisch angepasst werden. Auf EU-Ebene hat man das Problem erkannt, aber sich bisher nicht gegen Polen durchsetzen können, das gegen eine Anpassung ist.

Wie hoch ist der CO_2-Preis in der EU momentan?

Zu niedrig! Er liegt bei unter 5 Euro pro Tonne CO_2.

Welche Preisentwicklung ist in den nächsten Jahren zu erwarten?

Wenn sich nichts ändert, wird der Preis niedrig bleiben. Sollten sich die Änderungen durchsetzen lassen, könnte er steigen.

Wäre auch bei einem Preis von 50 Euro pro Tonne CO_2 eine Förderung von Erneuerbaren Energie noch sinnvoll?

Dann würden in der Tat genug finanzielle Anreize für die Investitionen in emissionsarme Techniken bestehen. Allerdings: So ein Preis ist niemals politisch durchsetzbar. Viele EU-Staaten würden sich dann massiv gegen den Emissionshandel wehren.

Halten Sie eine individuelle CO_2-Budgetierung für sinnvoll?

Theoretisch schon, aber praktisch ist sie nur schwer umsetzbar. In England gibt es bereits sog. „CO_2-Karten“, die man wie eine Handykarte je nach individuellem Verbrauch be- und entladen kann. Der Vorteil ist die Sensibilisierung und Information über die Auswirkungen der Konsumgewohnheiten – der Nachteil ein hoher Verwaltungsaufwand. Die Akzeptanz solcher Karten würde wohl auch sofort schwinden, wenn sich die Bürger beobachtet und gemaßregelt fühlen. Wichtig ist vor allem, über das Thema aufzuklären – natürlich auch im Schulunterricht – und für Transparenz zu sorgen, d.h. den „Ökologischen Fußabdruck“ bei allen Waren und Dienstleistungen sichtbar zu machen. Wenn ein Bewusstsein für den „Ökologischen Fußabdruck“ entsteht, verändert sich das Konsumverhalten und es wäre schon viel gewonnen.

Sind CO_2-Emissionen völlig vermeidbar?

Langfristig schon, aber das wird über ein Jahrhundert dauern. Und momentan verzeichnen wir weltweit einen Anstieg. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich alle Staaten auf verbindliche Minderungsziele einigen. Deshalb sind nationale und multinationale Anstrengungen wichtig. Europa sollte Vorreiter sein und deutlich machen, dass die Vorteile größer sind als die Nachteile, die sich eröffnenden Chancen größer als die Risiken. Umweltschutz ist ein Wachstumsmarkt und es lohnt sich, hier entschlossen zu investieren. Der Emissionshandel ist ein wirkungsvolles Instrument, wenn die Obergrenze für CO_2-Emissionen kontinuierlich und berechenbar sinkt.

Frau Prof. Claudia Kemfert, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

BUCHTIPPS

Claudia Kemfert
Jetzt die Krise nutzen
Murmann-Verlag, 2009
128 Seiten, 12.00 Euro
978-3-86774-076-0

Claudia Kemfert
Die andere Klima-Zukunft
Innovation statt Depression
Murmann-Verlag, 2008
264 Seiten, 19.90 Euro
978-3-86774-047-0

Contra CO_2-Budgetierung

Falsches darf nicht zum Recht werden

Auf den ersten Blick scheint die Einführung persönlicher CO_2-Budgets ein besonders konsequentes und kompromissloses Instrument zur CO_2-Reduktion zu sein. Als deren Stärke gilt – anders als bei entsprechenden Steuern – eine direkte und zielgenaue Mengenregulierung. Doch das Konzept hat große Schwächen.

von Dr. Jürgen Grahl

Das Konzept einer Einführung persönlicher CO_2-Budgets sieht vor, die Menge der CO_2-Emissionen stufenweise auf eine Menge zurückzufahren, die man noch für klimaverträglich hält. Oft ist dabei von 2,7 t pro Kopf und Jahr bis 2050 die Rede. Diese Zielgröße ist jedoch weit davon entfernt, dauerhaft klimaverträglich zu sein: Wir müssen die anthropogenen Treibhausgasemissionen komplett stoppen – und zwar möglichst schon deutlich vor 2050!

Das Argument, aufgrund der CO_2-Assimilationsfähigkeit der Biosphäre seien gewisse Emissionen – etwa im Umfang jener 2,7 t – auch langfristig tragbar, ist falsch: Es wird außer Acht gelassen, dass CO_2 durch Photosynthese nur vorübergehend gebunden wird und durch Verrottung doch wieder in die Atmosphäre gelangt. Zudem sind die natürlichen CO_2-Senken wie z. B. die Ozeane derzeit ohnehin überlastet, sodass wir in den nächsten Jahrzehnten sogar aktiv CO_2 aus der Atmosphäre zurückholen müssen.

Tatsächlich hatte die Zielgröße 2,7 t einen anderen Hintergrund: Nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung von 2009 dürfen wir bis 2050 weltweit nur noch 750 Mrd. t CO_2 emittieren, um die Erderwärmung mit 67 % Wahrscheinlichkeit wenigstens auf 2 Grad zu begrenzen. Verteilt man diese Menge gleichmäßig auf die Weltbevölkerung, ergibt das 2,7 t pro Kopf und Jahr – allerdings im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2050 und nicht erst im Jahr 2050. Je deutlicher der Wert anfänglich über den 2,7 t liegt, desto deutlicher muss er im Jahr 2050 darunter liegen. Rechnerisch vielleicht sogar unter 0,0 t ...

Die Einführung persönlicher CO_2-Budgets besitzt aber schon als Konzept prinzipielle Nachteile.

Verwaltungsaufwand ist hoch

Ein CO_2-Budget setzt eine sorgfältige Erfassung des „CO_2-Rucksacks" jedes einzelnen Produkts voraus. Dies bedeutet einen gigantischen bürokratischen Aufwand und ist – wenn überhaupt machbar – bestenfalls ein Beschäftigungsprogramm für CO_2-Bilanzierungs-Agenturen. Diesen würde übrigens eine Macht zufallen, die den Einfluss der heutigen Rating-Agenturen wohl noch in den Schatten stellen würde.

Betrug hebelt das System aus

Sofern man Menschen, die ihr CO_2-Budget vorzeitig aufgebraucht haben, nicht verhungern oder erfrieren lassen will, müssen die CO_2-Budgets handelbar sein. Damit infiziert sich das Instrument jedoch mit der Fehleranfälligkeit des heutigen Emissionshandels: Schon ein geringer Anteil „gefälschter" Zertifikate würde zu einem Kursverfall führen und Klimaschutz-Investitionen unattraktiv machen. 2011 wurden z. B. tausende Emissionszertifikate durch Cyber-Angriffe gestohlen und der Emissionshandel für Umsatzsteuerbetrug in Höhe von 850 Mio. Euro missbraucht. Solche Störungen können das ge„"samte System aushebeln.

Klimazerstörung wird legitimiert

Es ist ethisch fragwürdig, klimazerstörende Handlungen, die man aus pragmatischen Gründen für eine gewisse Übergangszeit dulden muss, durch Vergabe persönlicher CO_2-Kontingente, die in der öffentlichen Wahrnehmung als Rechte empfunden würden, aufzuwerten. Das würde die Illusion fördern, CO_2-Emissionen seien im Rahmen dieser Kontingente unbedenklich. Bereits Hermann Scheer warnte: „Der Begriff des ‚Emissionsrechts' macht aus einer bisher legal geduldeten Emission eine öffentlich legitimierte."

Der Begriff des ‚Emissionsrechts' macht aus einer bisher legal geduldeten Emission eine öffentlich legitimierte."

Bewusstseinswandel wird blockiert

Eine CO_2-Budgetierung löst unweigerlich Assoziationen aus zu den Bezugsscheinen der Kriegs- und Nachkriegsjahre, weckt Erinnerungen an Zeiten größter Not und Entbehrung. Das provoziert emotionale Widerstände, die eine Akzeptanz des ökologischen Umbaus blockieren statt fördern.

Preisschwankungen stören Umbau

Der CO_2-Minderungspfad bemisst sich bei einer Budgetierung nicht an der tatsächlichen technologisch-ökonomischen Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft, d. h. am maximal möglichen Reduktionstempo, sondern an einem in beinahe planwirtschaftlicher Weise vorgegebenen Pfad. Der angebliche Vorteil einer Mengensteuerung, die Erfüllung der Reduktionsziele punktgenau zu garantieren, erweist sich als gravierender Nachteil: Die Kontrolle über die Preise der CO_2-Zertifikate wird aufgegeben. Bei Zertifikatverknappung wäre die Wirkung ähnlich wie bei Ölkrisen: Es käme zu heftigen Preisausschlägen, denen die Wirtschaft nicht ausweichen kann, da Investitionen in CO_2-Einsparmaßnahmen nur mit Verzögerung greifen. Für das Tempo, das noch „verkraftbar" ist, ist der Preis die relevante Größe – nicht die Menge.

Energiesteuern und Förderungen

Angesichts dieser schwerwiegenden Nachteile erscheint eine CO_2-Budgetierung schlicht als Irrweg. Das gilt auch für den internationalen CO_2-Emissionshandel, denn er ermöglicht den Bremsern, ihr „Global reden – national aufschieben" (Hermann Scheer) zu spielen. Unsere Klimaschutzbemühungen sollten sich auf die wirksamen Instrumente konzentrieren: eine konsequente Energiesteuerreform und einen durch Mindestvergütungsregelungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorangetriebenen Ausbau der erneuerbaren Energien und der erforderlichen Speichertechnologien! ■

Dr. Jürgen Grahl, *Jahrgang 1972, ist Privatdozent am Institut für Mathematik der Universität Würzburg und engagiert sich seit 1996 im Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV), seit 2002 als Mitglied des stellvertretenden Vorstands. Bei der ÖDP-Fachtagung „Wirtschaft und Energie" am 24. März 2012 in Mainz saß er als Experte auf dem Podium.*
Kontakt: www.umsteuern-mit-energiesteuern.de

Pro CO_2-Budgetierung

Es kommt auf die Lebensstile an

Die Einführung eines jährlich und persönlich zugeordneten CO_2-Kontingents ist ein Paradigmenwechsel und führt nicht nur zuverlässig zur notwendigen Senkung der CO_2-Emissionen, sondern sie setzt neue Randbedingungen, die für Wirtschaft und Gesellschaft solide Anreize für eine zukunftsfähige Entwicklung bietet.

von Jürgen Osterlänger

Wenn man wirklich ernsthaft die Emissionen von CO_2 reduzieren will, gibt es eine Methode, die alle anderen Methoden – Gesetze, Steuern, Selbstverpflichtungen, Verordnungen und Verbote – weit in den Schatten stellt: die Einführung eines persönlichen CO_2-Kontingents, ausgehend vom derzeitigen Stand von 11 t CO_2 pro Person und Jahr, sich dann im Lauf der nächsten 40 Jahre linear reduzierend auf das Zwischenziel 2 t, das nach Ansicht der Klimawissenschaftler nachhaltig vertretbar ist. Solch ein CO_2-Kontingent wird jedes Jahr jedem Einwohner eines Landes zugeteilt. Bei jedem Einkauf und bei der Bezahlung jeder Dienstleistung wird ihm neben dem Preis in Geld die CO_2-Menge, die mit der Produktion und Lieferung des Artikels verbunden war, von seinem CO_2-Konto abgebucht.

Praktische Umsetzung

Für die praktische Einführung eines CO_2-Budgets sind alle technischen Voraussetzungen vorhanden. Das persönliche Guthaben ist auf der persönlichen Chipkarte gespeichert. Der Laser-Scanner im Supermarkt oder an der Tankstelle liest neben dem Strichcode für den Preis einen zweiten Strichcode für den CO_2-Gehalt vom Etikett der Waren oder vom Kassenzettel ab und der angeschlossene Kartenterminal belastet die eingelegte Karte entsprechend. Es kann natürlich gespart und gehandelt werden – und schafft dementsprechend einen wünschenswerten Reich-Arm-Ausgleich. Es ist so ein hervorragendes Modell für Klima- und Ressourcengerechtigkeit.

Zwischenziel 2 Tonnen

2 t CO_2 pro Kopf und Jahr ergeben sich, wenn man die als dauerhaft zulässig angesehene Gesamtemission durch die Weltbevölkerung von 7 Mrd. Menschen teilt – nach dem Prinzip „one person – one CO_2 right". Der derzeitige Pro-Kopf-„Verbrauch" liegt in den Industrieländern im Durchschnitt bei 11 bis 13 t, in den USA gar bei über 20 t, in der Dritten Welt teilweise weit unter 2 t.

Ressourcengebunde Zweitwährung

Das CO_2-Guthaben wird jährlich jedem Bürger zugeteilt. Es bildet zusammen mit dem Einkommen die Grundlage der Verbraucherausgaben – als ein zweites, an eine reale Ressource gebundenes Zahlungsmittel. Aus diesem Budget muss bei jedem Einkauf der CO_2-„Verbrauch" bezahlt werden, der bei der Erzeugung der entsprechenden Güter und der Bereitstellung der entsprechenden Dienstleistung verursacht wurde. Ganz nebenbei wird unser Zinseszins-Geldsystem mit exponenziellem Wachstum materiell gedeckelt und so entscheidend gezähmt.

Alle machen mit

Beim CO_2-Bugdet hat jeder das gleiche „Guthaben" und ist gezwungen, sich mit seinem Verhalten und dessen Auswirkungen auseinanderzusetzen. Vielfache positive Entwicklungen sind in dem Konzept eingeschlossen bzw. ergeben sich daraus wie von selbst. Das CO_2-Budget

- schärft die Wahrnehmung des Verbrauchers für die Verbindung zwischen Konsum und Naturverbrauch.
- führt zum Entwicklungsschub für die lokale und regionale Ökonomie.
- schwächt die sozial und ökologisch nachteiligen Wirkungen der Globalisierung ab.
- stellt Gerechtigkeit her – global und innerstaatlich.
- sichert Arbeitsplätze, da Arbeit langfristig billiger als Energie wird.
- revolutioniert den Maßstab der Wirtschaftlichkeit – von monetär zu real.
- schafft langfristige Planungssicherheit für die Industrie und den Anreiz zum Strukturwandel.
- bewirkt, dass Nachhaltigkeit ganz von selbst zum Maßstab für die technische Optimierung wird.
- ermöglicht der Marktwirtschaft eine ökologisch verantwortbare Entfaltung.
- stellt ein nachahmenswertes Modernisierungsmodell für Schwellen- und Entwicklungsländer dar.

Die CO_2-limitierte Gesellschaft wird in wenigen Jahren auf dem Weg zur Solargesellschaft sein.

Vorteile gegenüber Ökosteuer

Auch von der Ökosteuer kann man eine allmähliche Reduzierung der CO_2-Emissionen erwarten. Eine immer weitere Verteuerung von Treibstoffen sowie Öl, Gas und Strom trifft jedoch in erster Linie die Angehörigen der Unterschicht und unteren Mittelschicht. Somit stellt es eine neue soziale Härte dar.

Während man diesen Missstand mit bürokratischem Aufwand mit entsprechenden Ausgleichszahlungen abmildern könnte, hat die monetäre Regulierung einen systemischen Mangel, der sich ausschließlich durch eine Mengenbegrenzung beheben lässt. Es geht hier um das unvorstellbare Wertschöpfungspotenzial der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft, das sich mit monetären Mitteln nicht bändigen lässt. Es wäre, im Gegenteil, unter bestimmten Bedingungen durchaus denkbar, dass Ökosteuer und Emissionshandel den Wertschöpfungsprozess weiter anheizen, weil sie die verfügbaren Mittel ja nicht beschränken, sondern nur umverteilen und damit durch eine Belohnung der Akteure mit der höchsten (monetären!) Effizienz die geld- und kapitalgesteuerte Wirtschaft weiter antreiben.

Eine Verteuerung von Öl, Gas und Strom trifft in erster Linie die Angehörigen der Unterschicht und unteren Mittelschicht.

Durch das persönliche CO_2-Budget kann dagegen eine effektive ressourcenbegrenzte Wirtschaft organisiert werden, ohne vom exponenziellen Geldmengenwachstum ausgehebelt werden zu können. Der Budgetansatz schließt den im Prinzip ja völlig richtigen Ökosteueransatz nicht aus, sondern ist eine hervorragende Ergänzung! ■

Jürgen Osterlänger

Jahrgang 1958, ist beruflich als Entwicklungsingenieur bei einem fränkischen Automobilzulieferer tätig. Als Vorsitzender des ÖDP-Kreisverbands „Neustadt/Aisch – Bad Windsheim" sitzt er im Kreisrat seines Landkreises. Darüber hinaus engagiert er sich seit vielen Jahren in der Transition-Town-Initiative „Emskirchen im Wandel".

Kontakt: www.oedp-nea.de

Architektur, Städtebau und Regionalentwicklung

Gebäude sind die größten Energiefresser

Rund die Hälfte der in Deutschland verbrauchten Energie hängt mit unseren Gebäuden zusammen: vor allem mit ihrem Wärmeenergiebedarf, aber auch mit ihren Baumaterialien und mit dem Verkehr, den sie erzeugen. Hier herrscht ein gewaltiges Einsparpotenzial, das bisher nur sehr zögerlich genutzt wird.

von Günther Hartmann

Die Frage, wie sich Energie sinnvoll einsparen lässt, ist eng mit den Fragen verknüpft, wer in Deutschland wie viel Energie verbraucht, wo am verschwenderischsten damit umgegangen wird und wo es die größten Einsparpotenziale gibt. Die Industrie verbraucht deutlich weniger Energie, als gemeinhin vermutet wird: nur 28 %. Ebenfalls 28 % verbrauchen jeweils der Verkehr und die privaten Haushalte.

Die privaten Haushalte verwenden Energie vor allem zum Erzeugen von Heizwärme und Warmwasser. Diesem Zweck dienen 35 % des gesamten deutschen Energieverbrauchs: 24 % in den Wohngebäuden und weitere 11 % in den Nichtwohngebäuden. Das ist viel – und deutlich mehr als die 28 %, die unsere Industrie zum Produzieren benötigt. Die Gebäude sind die mit Abstand größten Energieverbraucher in Deutschland.

Je unkompakter, desto dicker die Dämmung

Der große Unterschied zwischen Wohn- und Nichtwohngebäuden überrascht. Ein Grund liegt wohl auch darin, dass bei den Wohngebäuden die Einfamilienhäuser einen hohen Anteil ausmachen. Sie besitzen ein besonders ungünstiges Verhältnis von Nutzfläche zu Außenwandfläche und daher einen rund dreimal so hohen Energiebedarf wie Geschosswohnungen gleicher Größe. Hinzu kommt das immense Mehr an Verkehrsflächen und Versorgungsleitungen. Das Häuschen im Grünen ist das Gegenteil von nachhaltigem Bauen.

Der hohe Wärmeenergiebedarf lässt sich aber durch entsprechende Wärmedämmmaßnahmen kompensieren. Das ist heute auch gängige Praxis, denn die Energieeinsparverordnung (EnEV) orientiert sich am Wärmeenergiebedarf pro m². Es gilt: Je schlechter das Verhältnis von Nutzfläche zu Außenwandfläche, desto mehr Wärmedämmung ist notwendig. Der aktuell vorgeschriebene Wärmeenergiebedarf liegt ungefähr bei 50 kWh/m²a für Neubauten.

Bei der CO_2-Bilanz zeigt sich, dass die Holzbauweise anderen Bauweisen deutlich überlegen ist.

Der Gebäudebestand weist meist einen vielfach höheren Wärmeenergiebedarf auf, denn bis Ende der 1970er-Jahre gab es noch gar keine Wärmedämmvorschriften – und die beiden Jahrzehnte danach nur sehr zögerliche. Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben. Momentan beträgt ihr Tempo allerdings weniger als 1 % pro Jahr. Eine Vervielfachung des Tempos ist dringend geboten. Ziel sowohl bei Sanierungen als auch bei Neubauten sollte der sog. „Passivhausstandard" sein: 15 kWh/m²a.

Passivhausstandard macht Heizen überflüssig

15 kWh/m²a – diesen Wert legte in den 1990er-Jahren der Bauphysiker Wolfgang Feist, ein Pionier energieeffizienten Bauens, als Standard fest. Die Bezeichnung „passiv" rührt daher, dass im Winter so gut wie kein „aktives" Beheizen mehr notwendig ist – außer an extrem kalten Tagen. Das gelingt vor allem mit einer sehr guten Wärmedämmung: 30 cm und mehr sind notwendig. Außerdem: bessere Fenster, eine höhere Luftdichtheit, eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung sowie eine kompetente Planung und eine sorgfältige handwerkliche Ausführung.

Zum besseren Verständnis: Wärmedämmung und Wärmeverlust sind reziprok proportional, d.h. jede Verdopplung der Wärmedämmung halbiert den Wärmeverlust. Irgendwann ist dann ein Punkt erreicht, wo der energetische Aufwand für die Herstellung zusätzlicher Wärmedämmung in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zur damit eingesparten Heizenergie steht. Mehr Wärmedämmung wie zum Erreichen des Passivhausstandards bringt sowieso nichts, weil bei 15 kWh/m²a gilt: Wenn das Gebäude anfängt, die Sonne aktiv zu nutzen, gewinnt es normalerweise mehr Energie, als es verbraucht. Es wird zum „Plus-Energie-Haus".

Ökobilanzen betrachten gesamten Lebenszyklus

Ist ein „Plus-Energie-Haus" schon automatisch nachhaltig? Nein, denn damit wird nur etwas über die Energiebilanz während der Nutzungsphase ausgesagt. Alle anderen Aspekte bleiben ausgeblendet. Es könnte z.B. sein, dass zur Erstellung des Gebäudes so viel Energie verbraucht wird, dass die anschließende Energieeinsparung kaum mehr ins Gewicht fällt. Oder es könnte sein, dass die Bauqualität so schlecht ist, dass das Gebäude schon nach kurzer Zeit wieder abgerissen werden muss.

Hier setzen Ökobilanzen an. Sie überwinden die engstirnige Fokussierung auf die Energieeffizienz durch einen ganzheitlicheren Ansatz. Sie untersuchen die Energie- und Stoffströme während des gesamten Bauprozesses und der gesamten Lebensdauer eines Gebäudes – vom Herstellen seiner Baumaterialien und Bauprodukte bis zu deren Entsorgung oder Wiederverwertung nach dem Abriss.

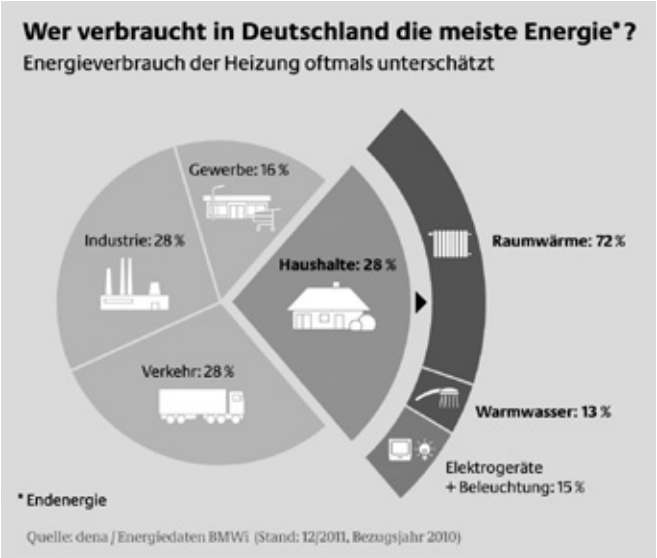
Bei der Betrachtung der CO_2-Bilanz zeigt sich, dass die Holzbauweise anderen Bauweisen deutlich überlegen ist. Denn Holz kommt als natürliches Baumaterial fast fertig aus dem Wald, während Ziegel, Beton und Stahl mit großem Energieaufwand künstlich hergestellt werden. Zudem sind im Holz große Mengen CO_2 gespeichert, die es während seines Wachstums der Atmosphäre entzogen hat – und die es wieder komplett an sie abgeben würde, wenn man es verrottet ließe oder verbrennt. So werden heute schon 8 % der deutschen CO_2-Emissionen kompensiert. Wenn wir es schaffen würden, die CO_2-Emissionen zu halbieren und den Anteil der Holzbauweise im Neubau- und Sanierungsbereich von momentan 15 % auf annährend 100 % zu erhöhen, dann wären die CO_2-Emissionen fast vollständig kompensiert – nachhaltige Forstwirtschaft vorausgesetzt, aber die ist in Deutschland gegeben.

Noch einen Schritt weiter als die Ökobilanzen ging die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB). Sie hat in jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit ein Zertifizierungssystem entwickelt, dessen ganzheitlicher Ansatz momentan weltweit führend ist. Er betrachtet neben der ökologischen Qualität auch die ökonomische, die sozio-kulturelle und die technische. Jedes Themenfeld beinhaltet eine lange Liste von Kriterien, die mit unterschiedlicher Gewichtung in die Gesamtbewertung eingehen.

Nachhaltigkeit beginnt bei der Bauleitplanung

Ist denn nun mit einer DGNB-Zertifizierung das Ziel Nachhaltigkeit erreicht? Nein, denn auch dieses Zertifizierungssystem hat

blinde Flecken! Es ist ganz auf die Gebäudequalität fokussiert und blendet die Standortqualität bisher völlig aus: die fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen, von Kindergärten, von Schulen und von Haltestellen des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV). Und den Beitrag des Gebäudes als städtebaulicher Baustein zu einer sinnvollen Bebauungsdichte und Siedlungsstruktur.



Der Verkehr ist in Deutschland für 28 % des Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich. Ein Drittel davon – 10 % des Gesamtenergieverbrauchs – entfällt dabei auf die täglichen Fahrten zum Arbeitsplatz. Viele ließen sich vermeiden, wenn die räumlichen Strukturen anders wären. Das Zauberwort lautet: Nähe. Die verlor mit zunehmender Automobilisierung immer mehr an Bedeutung. Der ländliche Raum wurde zersiedelt, weil die Grundstücke und Immobilien dort billiger sind. Ein moderater Benzinpreis und die Pendlerpauschale machten es finanziell lukrativ.

Statt sich auf vorhandene Siedlungsschwerpunkte zu konzentrieren und diese mit Verstand weiterzuentwickeln, geht die Entwicklung in die Breite. So verschwinden allein in Bayern täglich 21 ha Landschaft, jährlich ein Gebiet in der Größe des Chiemsees. Gebaut werden dabei vor allem die flächenfressendsten Gebäudetypen – Einfamilienhäuser, eingeschossige Gewerbehallen und eingeschossige Einkaufszentren – sowie neue Straßen für deren Erschließung.

Oft sind Menschen sogar der Meinung, dünn besiedelte Gebiete seien „ökologischer" als die „Betonwüsten" der Stadt. Fakt ist: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Verkehrsfläche ist in ländlichen Gemeinden um ein Vielfaches höher als in Städten, ebenso der Aufwand für die Versorgung mit Abwasserkanälen, Trinkwasserrohren, Strom- und anderen Leitungen. Hohe Bebauungsdichten bedeuten einen geringeren Verbrauch an Bodenfläche und Ressourcen. Je dichter die Menschen zusammenrücken, desto mehr unbebaute Landschaft bleibt übrig, desto weniger Straßen braucht es, desto weniger Autoverkehr entsteht.

Zum besseren Verständnis ein Beispiel: In einer 100 m langen Straße haben auf jeder ihrer Seiten entweder vier Einfamilienhäuser Platz – oder bei einer durchgehend viergeschossigen Randbebauung 32 Wohnungen. Das ist das Achtfache. Umgekehrt bedeutet das: Jede dieser Geschosswohnungen benötigt zu ihrer Erschließung nur ein Achtel so viel Straßenfläche wie ein Einfamilienhaus. Geschosswohnungen sind also ein Ausdruck von Bescheidenheit und Sparsamkeit.

Der Slogan „Global denken, lokal handeln" wird oft missverstanden und dahingehend interpretiert, dass das unmittelbare Umfeld vor der eigenen Haustür möglichst „ökologisch" und „naturnah" sein sollte. Diese Betrachtungsweise übersieht Problemzusammenhänge. Zum globalen und lokalen Maßstab muss unbedingt der regionale Maßstab hinzugedacht werden, sonst gerät man in konzeptionelle Sackgassen.

Worum geht es beim Thema Siedlungsstrukturen? Es geht immer darum, dass in einer bestimmten Region eine bestimmte Zahl von Menschen wohnen und arbeiten muss – und auch noch weitere Bedürfnisse hat. Und die Frage lautet: Wie organisiert man das räumlich?

Es gibt zwei Möglichkeiten: (1) Den Landschaftsverbrauch maximieren, indem man Wohnen, Arbeiten und Versorgung gießkannenartig verteilt, was zudem den Autoverkehr maximiert und einen attraktiven ÖPNV verhindert. (2) Den Landschaftsverbrauch und Autoverkehr minimieren, indem man Wohnen, Arbeiten und Versorgung auf dicht bebaute Siedlungsgebiete konzentriert. Das bedeutet: am besten Geschosswohnungen, zumindest Reihenhäuser; fußläufig erreichbare Versorgungseinrichtungen, Kindergärten und Schulen; ein ÖPNV mit dichtem Netz und Takt.

Unser Energiebedarf lässt sich halbieren

Die 35 % des deutschen Gesamtenergieverbrauchs, die momentan zur Erzeugung von Heizwärme und Warmwasser dienen, lassen sich so weit senken, dass der Rest vollständig mit regenerativen Energien gedeckt werden kann. Da rund 75 % unserer Gebäude vor der ersten Wärmeschutzverordnung entstanden sind, ist die energetische Sanierung eine dringende Aufgabe. Steigende Energiepreise sollten Hausbesitzer dazu motivieren. Staatliche Förderungen über zinsgünstige Baukredite stellen einen zusätzlichen Anreiz dar und ermöglichen auch Hausbesitzern mit geringen Ersparnissen diese Investitionen.

Für den ökologischen Fußabdruck eines Gebäudes ist der gesamte Lebenszyklus zu betrachten: von der Herstellung seiner Baustoffe bis zu deren Entsorgung oder Wiederverwertung nach dem Abriss. Ökobilanzen zeigen, dass der natürliche Baustoff Holz anderen Baustoffen überlegen ist. Zudem bindet Holz große Mengen CO_2, was künftig über entsprechende Förderungen oder positive Anrechnung auf ein CO_2-Budget honoriert werden sollte.

Die baulichen Strukturen sind zudem verantwortlich für die Erzeugung oder die Verhinderung von Autoverkehr. Wichtig sind deshalb hohe Bebauungsdichten und eine sinnvolle Siedlungsstruktur: ein fein abgestuftes Zentrensystem der kurzen Wege, in dem sich die meisten der täglichen Ziele zu Fuß und der Rest bequem mit dem ÖPNV erreichen lassen. Dazu müssen Stadtplanung und ÖPNV eng aufeinander abgestimmt sein.

Auf diesen drei Ebenen – (1) Wärmeenergiebedarf, (2) Ökobilanz, (3) Siedlungsstruktur und Verkehr – lässt sich die Hälfte unseres momentanen Gesamtenergiebedarfs einsparen bzw. lokal über regenerative Energien decken. Das Wissen und die Technik dazu sind schon seit Langem vorhanden. Es fehlt nur an der konsequenten Umsetzung. ■

Kommunen könnten Holzbau fördern

Der Arbeitskreis „Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit" des „Netzwerks Holzbau München" entwickelte ein Excel-Tool, mit dem sich bei Holzbauprojekten die damit gebundene CO_2-Menge errechnen lässt – und auf der Basis eines Fördersatzes (vorgeschlagen: 0,30 Euro/kg) ein Förderbetrag. Ziel ist, dass möglichst viele Kommunen die CO_2-Speicherung als Beitrag für den Klimaschutz finanziell unterstützen. Als Grundlage für entsprechende Anträge in Stadt- und Gemeinderäten können Interessierte das „Formblatt Förderhöhe CO_2-Bonus" kostenfrei downloaden:

http://muenchner-fachforen.de → Downloads → Newsletter Netzwerk Holzbau München

Der Nutzen der Holzbauweise für den Klimaschutz ist in der 24-seitigen Broschüre „Bauen mit Holz = aktiver Klimaschutz" der TU München gut verständlich dargestellt:

www.cluster-forstholzbayern.de → Holzverwendung → Argumente

Über äußere und innere Energien

Essay gegen das Ausbrennen

Um aus der energetischen Sackgasse herauszufinden, muss zweierlei bewusst werden. Erstens: Der bisherige Umgang mit Energie geht mit einer gigantischen Täuschungsmaschinerie einher. Zweitens: Wir müssen die Bedeutung der Erneuerbarkeit von Energie auch auf die inneren Energien des Menschen beziehen.

von Dr. Fritz Reheis

Die Bereitschaft, immer größere Risiken bei der Energieversorgung in Kauf zu nehmen, geht einher mit hemmungsloser Täuschung. Für die 435 Atomkraftwerke, die derzeit weltweit existieren, sind grundlegende Sicherheitsfragen ungeklärt. Energiekonzerne, Regierungen und abhängige Wissenschaftler konstruieren sich ihre Risikoszenarien so, dass die Produktion beherrschbar und die Kosten konkurrenzfähig scheinen. Das Gleiche gilt für den Umgang mit fossilen Energiequellen. Warum nehmen wir all die Risiken in Kauf? Weil unser grenzenloser Hunger nach Energie der Realisierung eines Wohlstands- und Wachstumsmodells dient, das für ein Fünftel der Menschheit im Laufe der letzten 100 Jahre selbstverständlich geworden ist und nun von vier Fünfteln der Menschheit ebenso beansprucht wird. Nach allem, was wir heute wissen, wird dies der Globus nicht verkraften können.

Täuschung und Erschöpfung

Die reichen Gesellschaften, die sich zudem „aufgeklärt" wähnen, halten dennoch an diesem Modell fest und verkünden, dass es alternativlos sei. Auch hier ist eine gigantische Täuschung am Werk. Die moderne Glücksforschung hat nämlich gezeigt, dass der ständig unterstellte Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und Wirtschaftwachstum einerseits sowie Wohlbefinden und Zufriedenheit andererseits nur sehr begrenzt existiert. Sind die Grundbedürfnisse befriedigt, steigt mit zunehmender materieller Güterausstattung das Wohlbefinden kaum mehr, nimmt manchmal sogar ab.

Das hat drei Gründe, die sich mittlerweile herumgesprochen haben und tagtäglich am eigenen Leib erfahren werden können: Erstens gewöhnen wir uns an Luxusgüter ziemlich schnell, sodass sie ihren subjektiven Wert für uns bald einbüßen. Zweitens vergleichen wir uns in unserem Konsumverhalten oft unbemerkt mit unserem Nachbarn. Wenn der dasselbe Statussymbol erworben hat, ist der Vorsprung wieder dahin. Und drittens neigen wir dazu, die Kosten der Steigerung des materiellen Wohlstands zu unterschätzen – individuelle Kosten wie Überstunden oder Stress am Arbeitsplatz, gesellschaftliche Kosten wie Umweltzerstörung, Verschuldung. Oder auch Sicherheitsmaßnahmen, die erforderlich werden, um jene abzuwehren, die von diesem materialistischen Lebens- und Wohlstandsmodell ausgeschlossen sind.

Je mehr die inneren Energien abnehmen, desto mehr fixieren wir uns auf die äußeren.

Prototyp dieses Modells ist jener sprichwörtliche Zeitgenosse, der Sachen kauft, die er nicht braucht, um Leute zu beeindrucken, die er nicht mag, mit Geld, das er nicht hat – oder das er durch eine Arbeit verdienen muss, die ihn krank macht. Auf die sich daraus ergebenden Frustrationsgefühle folgt eine Erhöhung der Anstrengungen, anstatt zu fragen, wohin es eigentlich gehen soll. Das Bild vom Hamsterrad trifft den Nagel auf den Kopf. Nur: Die Hamster sind klüger. Sie trippeln gleichmäßig vor sich hin und steigen aus, wenn sie keine Lust mehr haben.

Wir haben es also mit einem doppelten Täuschungssystem zu tun, einem inneren und einem äußeren: Wir stecken unsere inneren Energien in Projekte, die uns auf Dauer nicht zufrieden machen. Und wir setzen dabei äußere Energien in Bewegung, über deren Risiken wir uns nicht ehrlich Rechenschaft ablegen. Nicht nur die äußeren, auch die inneren Kraftquellen brennen mit rasch zunehmendem Tempo aus. Die innere Erschöpfung zeigt sich in der Burnout-Störung, in der „erschöpften Gesellschaft" (Alain Ehrenberg), aber auch in der sozialen Fantasielosigkeit im Umgang mit den eigenen psychischen Energien, die äußere Erschöpfung in ausgebrannten Kernkraftwerken und Ölförderanlagen, in leeren fossilen Energietanks, im Klimawandel. Vermutlich stehen materielle und psychische Energie sogar in einem fatalen Wechselverhältnis zueinander: Je mehr die äußeren Energien schwinden, desto mehr sind wir auf die inneren angewiesen. Und je mehr die inneren abnehmen, desto mehr fixieren wir uns auf die äußeren.

Je mehr die äußeren Energien schwinden, desto mehr sind wir auf die inneren angewiesen.

Ausweg aus der Sackgasse?

Wir sind ganz offensichtlich mit unserem „fortschrittlichen" Umgang mit Energie in einer Sackgasse gelandet. Also heißt es, sich einen Überblick zu verschaffen. Was eigentlich ist Energie? Die einfachste Definition lautet: das Vermögen, Arbeit zu leisten. Arbeit in einem anthropologischen Sinn ist die fundamentale Voraussetzung für das menschliche Leben, sie verbindet den „organischen" mit dem „unorganischen Leib" des Menschen (Karl Marx). Beim Arbeiten wirken die Energien des Menschen und die der Natur zusammen.

Der erste Schritt des Weges aus der Sackgasse besteht also darin, zusammenzudenken, was zusammengehört: äußere und innere Energien, Natur und Mensch. Das war auch das Anliegen der UNO auf der vor 20 Jahren einberufenen Konferenz von Rio: die Interessen des Nordens und des Südens der Welt gleichermaßen ernst nehmen und deshalb die Themen „Umwelt" und „Entwicklung" als einheitlichen Themenkomplex behandeln. Diese Konferenz hat das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung" weltweit bekannt gemacht. Völlig unklar blieb allerdings, wie beides tatsächlich kompatibel gemacht werden kann.

Die Unklarheit rührt daher, dass mit dem Begriff Nachhaltigkeit zwar die Zeitdimension ins Zentrum rückt, aber die Verfechter dieses Leitbilds bisher kein konsistentes Konzept vorweisen können, wie Umwelt und Entwicklung zu synchronisieren wären. Wenn wir das Ausbrennen der Energien abwenden und Energie sowohl im „unorganischen" wie im „organischen" Leib auf Dauer nutzen wollen, müssen wir den Umgang mit ihr auf beiden Seiten so organisieren, dass sich verbrauchte Kräfte immer wieder erneuern können: Unser Umgang mit Energie muss der Form des Kreislaufes folgen.

Äußere Energien und Syntropie

Beginnen wir bei den äußeren Energien: Seit dreieinhalb Milliarden Jahren gibt es Leben auf der Erde, getaktet durch die Kreisbewegungen der Himmelskörper. Sommer und Winter, Vollmond und Neumond, Tag

und Nacht haben in Pflanzen und Tieren ihre Spuren hinterlassen. Es ist die Wiederkehr des Ähnlichen, die dem Leben seine Stabilität verleiht, auf deren Grundlage erst Neues entstehen kann. Was in der Forstwirtschaft seit Jahrhunderten anerkannt ist, müsste auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden.

In Bezug auf die energetische Seite von Kreisläufen existiert jedoch eine Besonderheit: Die Thermodynamik lehrt uns, dass in geschlossenen Systemen die Menge der Energie immer gleich groß bleibt und jede Veränderung das energetische Potenzial schrumpfen lässt. Dies wird „Entropie" genannt – das „Grundgesetz vom Abstieg" (Christian Schütze), das umfassendste Gesetz der physischen Welt. Um die Energieversorgung auf eine nachhaltige Basis zu stellen, ist die Umorientierung auf eine andere Eigenschaft der Natur nötig: auf die durch die Evolution bewiesene Fähigkeit der Materie, sich selbst zu organisieren und lebendige Strukturen aufzubauen. Nur Lebewesen können gegen den Strom der Entropie schwimmen und „Syntropie" schaffen. Syntropie ist das „Grundgesetz des Aufstiegs" (Peter Kafka).

Eine nachhaltige Wirtschaft muss also so „biologisch" wie nur möglich sein. Nur im Bereich des Lebendigen kann die Syntropie nämlich als Kraft des Aufstiegs gegen die Entropie als Kraft des Abstiegs wirksam werden. Eine nachhaltige Wirtschaft wird ihre Energieversorgung statt an Bestandsgrößen zu 100 % an Flussgrößen ausrichten, die auf die Sonne zurückgehen: die Wärmestrahlung, die Bewegung von Luft und Wasser, die Photosynthese und die Photovoltaik.

Innere Energien und Reflexion

Und die inneren Energien, die Energien des Menschen? Auch der Mensch ist ein zyklisches Wesen. Es ist der Kreislauf von Einatmen und Ausatmen, Ernährung und Ausscheidung, Anspannung und Entspannung, Wachsein und Schlafen, Aktivität und Ruhe, Tun und Lassen, Arbeit und Muße, der ihn am Leben erhält. Bei der Suche nach Maßen für den klugen Umgang mit inneren Energien geht es aber um mehr als um Burnout-Prophylaxe. Was den Menschen zur „Krone der Schöpfung" macht, ist eine besondere Fähigkeit: Er kann mit seinem Bewusstsein „reflektieren". Er kann immer wieder prüfen, was er gemacht hat, und das gegebenenfalls korrigieren. Während Pflanzen, Tiere und der menschliche Körper nur den Kreislauf von Anstrengung und Ruhe kennen, ist es der Wechsel oder besser Kreislauf zwischen Eingreifen und Begreifen, der den Menschen auszeichnet. Wo der Mensch zu faul ist zum Nachdenken oder gewaltsam am Reflektieren gehindert wird, brennen seine geistigen Energien genauso aus wie seine körperlichen, wenn er sich keine Ruhephasen gönnt oder daran gehindert wird, sich zu erholen. Reflexion und Syntropie gehorchen mithin demselben evolutionären Muster. Wir sind also gut beraten, diese Fähigkeit des Zurückbeugens unseres Geistes zu hegen und zu pflegen.

Wo der Mensch zu faul ist zum Nachdenken oder gewaltsam am Reflektieren gehindert wird, brennen seine geistigen Energien aus.

Das erfordert eine innere und eine äußere Voraussetzung.

Menschen brauchen erstens die Fähigkeit, von innen heraus zu bestimmen, worauf sie ihre Energien lenken, wie sie eigentlich leben wollen: die Freiheit des Willens. Wie der Mensch seinen Willen befreien kann, hat Peter Bieri in seinem Buch „Handwerk der Freiheit" erklärt. Solange der Mensch nur das will, was von ihm gefordert wird oder allgemein als erstrebenswert gilt, ist sein Wille unfrei. Soll der Wille aus seinem Inneren entspringen, muss er nicht nur wissen, wer er ist, sondern zudem ein enges Verhältnis zwischen seinem Identitätsbewusstsein und seinem Willen herstellen. Wiederum also ein zyklisches Muster: Ausgehend von meinem spontan existierenden Willen prüfe ich, ob ich selbst es bin, der das Gewollte will. Der Kreis ist erst geschlossen, wenn der spontane Wille und das kritische Urteil zur Deckung gebracht sind. Das muss gelernt und geübt werden.

Auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Entwicklung käme es deshalb zweitens darauf an, in allen Lebensabschnitten und Gesellschaftsbereichen ausreichend Räume und Zeiten für das Lernen des Innehaltens, des Nach- und Vorausdenkens über die Frage einzurichten, wie wir leben, d. h. lernen, arbeiten, wohnen und lieben wollen. Solche Räume und Zeiten könnten dem Nonstop-Betrieb des Kapitalismus mit seinen allgegenwärtigen Leistungs- und Flexibilisierungszwängen einen echten Widerstand entgegensetzen und jene Energie entfachen, die in uns selbst steckt: die produktive Kraft der Suffizienz.

Fazit: Wir haben nicht nur die Wahl zwischen atomarer Verstrahlung und fossilem Treibhaus. Es gibt eine dritte Strategie gegen das Ausbrennen: Wir können unsere eigenen Energien entdecken und entwickeln, die seelisch-geistigen Quellen anzapfen und den Weg, auf dem wir bisher nach dem guten Leben gesucht haben, noch einmal überprüfen.

Endlich mit ehrlicher Arbeit beginnen

Schon die alten griechischen Philosophen haben darauf hingewiesen, dass es immer zwei Wege gibt, die Diskrepanz zwischen materiellen Wünschen und materiellen Möglichkeiten zu überwinden: den der Erweiterung der Möglichkeiten und den der Begrenzung der Wünsche. Statt durch immer mehr Anstrengungen für die Erweiterung unserer materiellen Möglichkeiten innerlich auszubrennen, könnten wir durch Reflexion und Korrektur unseres Wollens unsere menschlichen Potenziale entfachen. Wir könnten erkennen und erleben, dass soziale Beziehungen und kreatives Tun für das Wohlbefinden ungleich entscheidender sind als das meiste von dem, worauf wir unsere Energien täglich verschwenden. Wir könnten Fortschritt neu definieren, uns vom Irrweg der Maximierung des Güterwohlstands verabschieden und eine andere Form des Wohlstands erschließen: den Zeitwohlstand. Gut leben, statt viel haben – das wäre das Motto.

Wer ständig mehr Geld ausgibt, als er hat, sich nur noch durch einen Bankraub zu helfen weiß, kann kaum mit der Sympathie seiner Mitwelt rechnen. Und wenn ein wachsender Teil der Menschheit ständig mehr Energie verbraucht, als die Natur zur Verfügung stellt, und sich deshalb gezwungen sieht, zu immer riskanteren Formen der Energieversorgung zu greifen, sodass am Ende nur mehr die Wahl zwischen dem atomaren oder fossilen Ausbrennen besteht?

Wir sollten also nicht mehr wie Bankräuber in immer bessere Schweißbrenner für den Einbruch in die Tresore der Welt investieren, sondern endlich mit ehrlicher Arbeit beginnen (Hans-Peter Dürr). Dann könnten wir die Früchte des Zusammenwirkens von Natur und Menschen guten Gewissens genießen. ■

BUCHTIPPS

Fritz Reheis
Wo Marx Recht hat
Primus, 2012
208 Seiten
19.90 Euro
978-3-86312-327-7

Fritz Reheis
Bildung contra Turboschule
Ein Plädoyer
Herder, 2007/2010
224 Seiten
8.95 Euro
978-3-451-06274-2

PD Dr. Fritz Reheis,

Jahrgang 1949, ist Hochschullehrer am Lehrstuhl für Politische Theorie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie Autor der Bücher „Wo Marx Recht hat" (2011), „Bildung contra Turboschule" (2007), „Nachhaltigkeit, Bildung und Zeit" (2005) und „Die Kreativität der Langsamkeit" (1996). Kontakt: www.fritz-reheis.de

Interview mit Samuel Drempetic

„Das BIP ist nur ein Indikator, eine Kunstgröße“

Klimawandel und die Finanzkrisen stellen das Leitbild „wachsendes Bruttoinlandsprodukt (BIP)“ zunehmend in Frage. Sollte zur Lösung dieser Probleme das BIP schrumpfen? Oder doch wachsen? Oder ist das irrelevant. Günther Hartmann befragte Samuel Drempetic, den Leiter des „Centrums für Globales Lernen“.

ÖkologiePolitik: Herr Drempetic, warum wird jedes Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgerechnet?

Samuel Drempetic: Das BIP und andere Indikatoren dienen der Orientierung. In Deutschland interessiert dabei weniger die absolute Höhe, sondern mehr die Veränderung: das sog. „Wirtschaftswachstum“. Viele machen den Fehler, das BIP mit dem Wohlergehen einer Gesellschaft gleichzusetzen. Dabei gibt das BIP nicht einmal das wirtschaftliche Wohlergehen einer Volkswirtschaft wieder. Neben vielen internationalen politischen Institutionen machte dies auch schon der Deutsche Bank Research vom Oktober 2006 deutlich.

Wie beeinflusst das BIP die Wirtschaftspolitik?

Die Relevanz des BIPs lässt sich gut an den Jahresgutachten des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ – umgangssprachlich „Wirtschaftsweisen“ genannt – aufzeigen. Schon im Punkt 2 des Executive Summary für 2011/2012, dem ersten inhaltlichen Absatz, beruht die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung allein auf der Darstellung des BIPs und dessen Veränderung. Fast jedes Wirtschaftsinstitut informiert uns mit solch einer Wachstumsprognose. In der Politik gibt es zwei grundlegende Argumente, die anscheinend fast jegliches Handeln rechtfertigen: die Arbeitslosenquote und das wirtschaftliche Wohlergehen. Letzteres wird fälschlicherweise oft mit dem BIP gleichgesetzt. Natürlich ist dies im Grunde nichts anderes als eine didaktische Reduktion komplexer Sachverhalte, um öffentliche Erklärungen einfach halten zu können. Das darf aber nicht dazu führen, dass auch Entscheidungen auf dieser Reduktion aufbauen. Diese sollten vielmehr die differenzierten gesellschaftlichen Ziele berücksichtigen.

Was wäre, wenn man Glück als Wohlstandsindex messen würde? Wie würde sich da die Wirtschaftspolitik ändern?

Ich bin natürlich der festen Überzeugung, dass sich dann die Wirtschaftspolitik ändern würde – sonst wäre meine Zeitinvestition für einen anderen Wohlstandsindex ziemlich grotesk. Ich finde aber Ihre Frage interessant. Sie suggeriert, dass man die Indikatoren aussucht und dann überlegt, was passiert, wenn man diese misst. Es mangelt uns schließlich nicht an erhobenem Zahlenmaterial, Messgrößen und Indikatoren. Im Unternehmenscontrolling wird glücklicherweise anders vorgegangen: Erst überlegt man, was man erreichen möchte, und dann, wie sich das am besten abbilden lässt. Natürlich ist das Mikrosystem des Unternehmens nicht eins zu eins vergleichbar mit einer Gesellschaft, doch partielle Analogien halte ich für gerechtfertigt: Viele Unternehmen haben sich davon verabschiedet, eine einzige Kennzahl zu beobachten, da diese in den seltensten Fällen eine ausreichende Steuerungsargumentation liefert. Auch lassen viele Unternehmen ihre Mitarbeiter befragen, wie zufrieden diese mit den unterschiedlichen Bedingungen im Unternehmen sind. Die Ergebnisse sind nicht unerheblich für die Führungsriege, auch wenn natürlich eine leistungsorientierte Bezahlung meist an finanzielle Kennzahlen gekoppelt ist. Es gibt auch Städte, die ihre Bewohner befragen, wie zufrieden oder glücklich sie sind – z. B. die „Glücksgemeinde“ Schömberg. Das „Centrum für Globales Lernen“ hat der Stadt Nürnberg vorgeschlagen, dass die Metropolregion das Glücksjahr 2013 ausruft, sich regional mit dem Thema intensiv auseinandersetzt und die Bürger nach ihrer Zufriedenheit befragt – bisher leider noch ohne Reaktion.

Könnte es sein, dass bei schrumpfendem BIP auch das Glück sinkt? Was dann?

Ich halte es jederzeit für möglich, dass das BIP schrumpft und auch subjektive Glücksindikatoren sinken. Wieso auch nicht? Nach den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist eben keine direkte Kopplung zwischen BIP-Wachstum und den geläufigen Glücksindikatoren feststellbar, was folglich eine Berücksichtigung von subjektiven Indikatoren rechtfertigt. Den Erfolg einer Gesellschaft würde ich nicht nur an diesen beiden Indikatoren messen, weswegen erst einmal eine Analyse der Gründe folgen müsste. Beide Indikatoren zeigen nur etwas an, sagen aber natürlich nicht, wie man darauf reagieren soll.

Was wäre, wenn man weder das BIP noch einen anderen Wohlstandsindex misst?

Im Grunde steckt in der ganzen Frage nach Wohlstandsin-

Samuel Drempetic, *Jahrgang 1983, studierte Volkswirtschaftslehre und Pädagogik in Würzburg und Zaragoza. Seit Anfang 2011 leitet er das „Centrum für Globales Lernen“ in Nürnberg. Dort konzipiert er Seminare, Workshops und andere Veranstaltungen. Die Ergebnisse der Fachtagung „Jetzt aber richtig! Lehren aus den Weltkrisen“ veröffentlichte er zusammen mit Pater Dr. Jörg Alt SJ im dem Buch „Wohlstand anders denken“.*

Kontakt: drempetic@cfgl.de

„Das BIP ist im Grunde eine didaktische Reduktion komplexer Sachverhalte, um öffentliche Erklärungen einfach halten zu können.“

dikatoren nicht mehr und nicht weniger als die Frage nach einem gelungenen Leben. Einem gelungenen Leben einer Stadt, Region, Nation oder Weltgesellschaft. Es stellt sich die Frage des Messens konsequenterweise erst dann, wenn die Frage des Ziels eindeutig ist. Wenn es rein hypothetisch keinen Wohlstandsindikator gäbe, würde sich die Menschheit über kurz oder lang einen ausdenken. Höchstens die Menschen hören irgendwann auf, sich gegenseitig nach dem Befinden zu erkundigen. Schon im persönlichen Nahumfeld haben die Menschen Indikatoren, an denen sie ihr Wohlbefinden festmachen. Für den einen mag es die Schmerzstärke in der Hüfte sein, für die anderen die Sonnentage. Man versucht automatisch, seinen Begriff von Wohlergehen an etwas festzumachen, was vielleicht auch für den einen oder anderen nachvollziehbar ist. Ich halte es für vernünftig, das eigene Handeln und den Weg, den man geht, zu überdenken und zu reflektieren. Indikatoren sind hierfür eine Hilfestellung und ein Versuch, das Ganze ein bisschen zu objektivieren. Nicht mehr und nicht weniger. Sie sind nicht das Ziel, sondern unterstützen uns, die selbst gesteckten Ziele zu überprüfen. Da es schwieriger ist, qualitative Indikatoren zu bewerten, ist man versucht, sich an quantitative zu halten und auch Glück zu quantifizieren. Man sollte Indikatoren nicht überbewerten, aber eine Verteuflung halte ich nicht für sinnvoll.

Wenn das BIP sinkt, wie können dann Staat, Unternehmen und Bürger ihre Schulden verzinst zurückzahlen?

Das BIP ist nur ein Indikator. Eine Kunstgröße. Es ist in erster Linie ein Produktionsindikator, der für einen gewissen Zeitraum den Marktwert der hergestellten Dienstleistungen und Güter anzeigt. Das BIP sagt noch lange nicht aus, wie viel Geld in den Kassen bleibt. Für den Staat sind z.B. die Steuereinnahmen entscheidend, für Unternehmen der Gewinn. Auch bei einem Unternehmen bringt steigender Umsatz bei kleinerem Gewinn reichlich wenig, um die Kredite zu tilgen. Natürlich steht in den meisten Fällen den Marktteilnehmern bei einem steigenden BIP mehr Geld zur Verfügung. Interessanterweise sind das BIP und die öffentlichen Schulden auf vielfacher Weise verbunden. So würden sich bei steigendem BIP und gleichbleibenden Schulden unsere relativen Schulden reduzieren. So würde sich ein Zurückzahlen der Schulden negativ auf das BIP auswirken, da dadurch Privathaushalte weniger Geld für den Konsum und Unternehmen weniger Geld für Investitionen zur Verfügung hätten. Es handelt sich hier um eine Kausalitätsfrage, die in der Wissenschaft noch nicht abschließend geklärt ist: Ist das BIP-Wachstum niedrig oder sinkend, weil die Schulden hoch sind? Oder sind die Schulden hoch, weil das BIP-Wachstum niedrig oder sinkend ist? Aber eins ist klar: Wenn wir uns für ein Gesellschaftssystem entscheiden möchten, welches nicht das wirtschaftliche Wachstum in den Vordergrund stellt, werden grundlegende Veränderungen in den Subsystemen – Alterssicherung, Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt etc. – benötigt. Aber Wohlstand anders zu denken, bedeutet nicht automatisch, dass das BIP sinken muss. Es gibt hier sehr viele unterschiedliche Meinungen. Ansätze, die durchaus ein zeitweise sinkendes BIP für sinnvoll erachten wie z. B. die Postwachstumsökonomie, verlangen grundlegende Veränderungen – auch in unserem Konsumverhalten. Es wäre meiner Meinung fatal, von heute auf morgen das System vollkommen neu umzubauen. Den „Mindestbremsweg"' einer Gesellschaftsreformierung müssen wir schon berücksichtigen. Wenn man jedoch auf die ökologischen und sozialen Ressourcen schaut, dann sollte man sich keinen Illusionen über ein ständiges Wachstum hingeben. Wichtig erscheint mir deswegen schon jetzt eine neue Ausrichtung unserer gesellschaftlichen Ziele und folglich eine Anpassung der Wohlstandsindikatoren. Ich erwarte hier einige wichtige Impulse von der Enquete-Kommission sowie den politischen Parteien.

„Im Grunde steckt in der ganzen Frage nach Wohlstandsindikatoren nicht mehr und nicht weniger als die Frage nach einem gelungenen Leben."

Da in einer Marktwirtschaft die Arbeitsmenge ganz allein von der Nachfrage abhängt, bringen Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich keine neuen Arbeitsplätze. Wie ließe sich bei einem sinkenden BIP Massenarbeitslosigkeit verhindern?

Die Frage mag wohl in dieser Form in diesem Wirtschaftssystem interessant sein. Aber ist diese Frage in einem neuen notwendigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ohne finanzielles Wachstum noch richtig gestellt? Das Komplizierte an der Sache ist, dass wir uns schwer tun, außerhalb der aktuellen Systemstrukturen zu denken. Zuerst muss man festhalten, dass auch ein Wirtschaftswachstum per se nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahl führt. Laut Studien wird erst eine bestimmte Wachstumsrate benötigt, um keine Erhöhung der Arbeitslosenquote zu bewirken. Meistens führte aber eine gleichzeitige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu keinen nennenswerten Verbesserungen. Wie wir aber an gehäuften gesundheitlichen Problemen und immer öfter beklagten Stresssituationen durch Arbeitsbelastung erkennen, wird die Arbeitsproduktivität in einer Dienstleistungsgesellschaft auch nicht ins Unendliche „wachsen" können. Historisch ist interessant, was das Wuppertal Institut aufzeigt: Das Arbeitsvolumen, also die Nachfrage nach Arbeit, ist in den Wirtschaftswunderzeiten absolut zurückgegangen, trotz starkem Wachstum. Die Vollbeschäftigung, die es damals gab, lässt sich durch die Arbeitszeitreduzierung von 49 auf 40 Stunden erklären. Die Idee der kürzeren Arbeitszeiten ist nichts Neues und wir werden nicht darum herumkommen, auch das „Arbeiten anders zu denken". Zurzeit können sich viele nicht vorstellen, welche anderen Möglichkeiten es gäbe, da wir durch unser Gesellschafts- und Arbeitssystem in unserem Denken und Vorstellen stark vorgeprägt, ja, sozialisiert sind.

Herr Drempetic, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

BUCHTIPP

Jörg Alt,
Samuel Drempetic (Hrsg.)
Wohlstand anders denken
Lehren aus den aktuellen Weltkrisen
Echter Verlag, April 2012
154 Seiten, 14.80 Euro
978-3-429-03473-3

Centrum für Globales Lernen

Das „Centrum für Globales Lernen" ist eine Kooperation der Akademie CPH (Caritas-Pirckheimer Haus) und der deutschen Jesuitenmission in Nürnberg. Es bündelt vielfältige Erfahrungen, um die Inhalte und Kompetenzen von Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verbreiten und auszubauen. Dabei unterstützt es – sowohl allein als auch in Kooperationen – Kampagnen und Projekte, die einen Beitrag zur weltweiten Gerechtigkeit leisten, inhaltlich, konzeptionell und organisatorisch.

Die deutsche Kampagne „Steuer gegen Armut" wurde vom „Centrum für Globales Lernen" im Oktober 2009 initiiert. Sie kämpft für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Inzwischen wird sie von 93 Organisationen mitgetragen, darunter die ÖDP als eine von vier politischen Parteien.

Aktueller Stand: Die europäischen Finanzminister stellten am 29. Juni 2012 offiziell fest, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der ganzen EU nicht möglich sei. Seither verhandeln zehn Staaten – darunter Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien –, ob sich eine Finanztransaktionssteuer in ihrem Bereich einführen lässt.

→ *www.cfgl.de | www.steuer-gegen-armut.org*

Wirtschaftsinteressen contra Weltfrieden

Die Vereinten Nationen, Deutschland und die UNO-Charta

Wie ist es erklärbar, dass Völker, die sich zu den Vereinten Nationen zusammengeschlossen haben, sich nicht mehr an die UNO-Charta halten? Haben sie sich doch deshalb zusammengeschlossen, um die Menschen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, und sich in diesem völkerrechtlichen Vertrag verpflichtet, für dieses Ziel zusammenzuarbeiten.

von Hermann Striedl

Häufig wird der Fehler gemacht, die Vereinen Nationen mit der UNO-Charta gleichzusetzen. Tatsächlich wurde die UNO-Charta von den Völkern, die sich in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen haben, als gemeinsame Verfassung, als verbindliche Grundlage vereinbart. Von jeher standen aber die Bemühungen, Frieden zur Grundlage des menschlichen Zusammenlebens zu machen, in Widerstreit zu nationalen Machtinteressen.

Das großartige Ergebnis, dass Völker sich einigten, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, war die Jahrhunderte lange Sehnsucht von Menschen, die unter Kriegen, unter Gewalt leiden mussten. Diese Erkenntnis war politisch nur durchsetzbar, da durch die unmittelbare Erfahrung der Unsinnigkeit von Kriegen, der durch sie verursachten Gräuel, der Politik bewusst war, dass Kriege dem Volk nicht mehr zu vermitteln waren.

Es ist nicht verwunderlich, dass wirtschaftlich und militärisch mächtige Staaten aus nationalen egoistischen Interessen versuchen, die völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen der UNO-Charta zu ignorieren. Erneut ist dies eine Auseinandersetzung brutaler Machtinteressen mit völkerrechtlichen Vereinbarungen. Erschütternd ist, dass diese Auseinandersetzung ohne Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt. Teilweise wird die Öffentlichkeit mit Schlagworten beruhigt, teilweise die Erforderlichkeit der Anwendung von Gewalt gegen andere Völker als alternativlos dargestellt.

Wie soll die Sicherung von Ressourcen berechtigen, Gewalt gegen Staaten anzuwenden?

Vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung

Bald nach Abschluss der UNO-Charta im Jahr 1945 zerfielen die UNO-Staaten in einen Westblock (NATO) und einen Ostblock (Warschauer Pakt). Diese Bündnisse sicherten den Weltfrieden dadurch, dass sie über derart gleichwertige Vernichtungsmittel verfügten, dass ein Patt hergestellt war. Keine Weltmacht konnte die andere und deren „Schutzbefohlene" angreifen, ohne sich der Selbstvernichtung auszusetzen.

Dies änderte sich mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts. Die USA sind als einzige Weltmacht übrig geblieben. Die USA fordern die alleinige Führung in der Weltpolitik und versuchen dies mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Gleichberechtigung, die Gleichwertigkeit aller Völker (Art. 1 Abs. 2 UNO-Charta) soll nicht mehr zählen. Zugleich versuchen die Mächtigen mit allen ihnen zur Verfugung stehenden Mitteln (Geld, Bündnisse, Drohungen), politischen Einfluss auf die Organe der Vereinten Nationen (Sicherheitsrat, Generalsekretär, Generalversammlung) zu nehmen. Und dies ist ihnen weitgehend gelungen.

Die Vereinten Nationen haben ihre verbindlichen Grundsätze in der UNO-Charta formuliert. Um diese durchzusetzen, schufen sie handlungsfähige Organe. Und hier liegt ein Hauptproblem: Die Organe der Vereinten Nationen sind politische Institutionen. Sie unterliegen bei ihrer Auswahl und bei ihrer Tätigkeit dem Einfluss mächtiger Nationen. Es ist ein Manko, dass es kein unabhängiges Kontrollorgan gibt, das überprüft, ob das Handeln der durch mächtige Staaten beeinflussten Organe der Vereinten Nationen mit der UNO-Charta vereinbar ist. Aus nationalen Machtinteressen wehren sich mächtige Mitglieder der Vereinten Nationen, unabhängige Gerichte zu installieren, dabei wäre dies nach Art. 108 UNO-Charta jederzeit möglich.

Infolge einer im Interesse der Mächtigen ausgerufenen „Neuen Weltordnung", die nie von einer Weltgemeinschaft beschlossen wurde und weder philosophisch noch weltpolitisch gerechtfertigt ist, werden der UNO-Charta widersprechende Gründe zur Rechtfertigung von Gewalt gegen andere Staaten behauptet. Dabei werden die Grundlagen, der Sinn, derentwegen die Vereinten Nationen gegründet wurden, völlig missachtet.

Wirtschaftsinteressen rechtfertigen keine Gewalt

Wie soll die Wahrung nationaler wirtschaftlicher Interessen oder der Sicherung von Ressourcen berechtigen, Gewalt gegen Staaten anzuwenden? Wie soll die Behauptung der Bündnistreue es rechtfertigen, dass gegen Völkerrecht verstoßen wird? Wie soll eine selbst angemaßte Schutzverantwortung von Staaten oder Bündnissen es rechtfertigen, dass in die Souveränität von Staaten eingegriffen wird? Haben sich doch die UNO-Staaten verpflichtet, Gewalt oder Androhung von Gewalt gegen andere Staaten zu unterlassen!

Dies gilt für die UNO-Staaten auch, soweit sie sich bei unzähligen bewaffneten Auseinandersetzungen völlig unberechtigt auf das Recht der Selbstverteidigung berufen. Art. 51 UNO-Charta hat genau definiert, dass ein Selbstverteidigungsrecht nur gegen einen bewaffneten Angriff eines Staates gilt, der gegenwärtig ist oder der unmittelbar droht. Völkerrechtlich unbestritten ist, dass das Recht auf Selbstverteidigung nicht in Anspruch genommen werden kann, wenn ein Land behauptet, ein potenzieller Angreifer bereite wahrscheinlich einen Angriff vor oder er rüste auf, um in der Lage zu sein, vielleicht Angriffskriege führen zu können.

Die Missachtung der UNO-Charta zeigt sich auch dort, wo UNO-Staaten Bündnisse eingehen und sich dabei verpflichten, Streitkräfte zu stellen, um die Bündnisinteressen zu verteidigen. Der Anschluss an Bündnisse

Foto: Rainer Sturm – pixelio.de

ist sicherlich nicht zu beanstanden, solange diese sich im Rahmen der Vorgaben der UNO-Charta halten. Dies gilt für echte Verteidigungsbündnisse wie ursprünglich der NATO-Vertrag.

Wenn aber ein Bündnis wie die Europäische Union die Vereinbarung beinhaltet, dass militärische Einsätze zulässig sein

Foto: O. Fischer – pixelio.de

sollen, um freie Märkte oder sonstige wirtschaftliche oder andere politische Interessen der Gemeinschaft zu sichern, so ist dies ein klarer Bruch des Völkerrechts, bzw. völkerrechtlicher Verpflichtungen. Dies gilt erst recht für die neue NATO-Strategie. Es ist unbestritten, dass die NATO als reines Verteidigungsbündnis geschaffen wurde, was heute noch nach Art. 5 und 6 des NATO-Vertrags festgelegt ist. Wenn aber in der neuen NATO-Strategie aus dem Jahr 1999 Begriffe wie Verteidigung oder internationale Sicherheit ersetzt werden durch Konfliktprävention oder Krisenmanagement, so ist dies eine Negierung der UNO-Charta.

Die Aufgabe, die sich die NATO zurzeit stellt, nämlich als Weltordnungsmacht wie eine internationale Polizei mit Gewalt in die Souveränität von Staaten einzugreifen, verstößt gegen alle Grundsätze der UNO-Charta. Die NATO nimmt für sich ein sicherheitspolitisches Konzept in Anspruch, das Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Entwicklungsinteressen umfasst.

Für die Friedenswahrung ist nur die UNO zuständig

Kurz ist auf die Problematik der Schutzverantwortung einzugehen: Dieser Begriff, der seit dem Jahre 2000 in der Weltpolitik auftaucht und der wohl völkerrechtlicher Überzeugung entspricht, betrifft zunächst die einzelnen Staaten. Sie umschreibt die Pflicht eines Staates für seine Bürger zu sorgen. Wie dies geschieht, ist allein der einzelstaatlichen Souveränität überlassen. Nur wenn Grundelemente der Menschlichkeit verletzt werden, darf die internationale Staatengemeinschaft UNO zum Schutze der Bürger mit den in der UNO-Charta vorgesehenen Mitteln eingreifen. Derartige Menschenrechtsverletzungen liegen nach völkerrechtlicher Übereinstimmung nur bei Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder bei schwerstwiegenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor.

Kein Eingriff in die Souveränität eines anderen Staates ist jedoch erlaubt bei Vorstellungen von Einzelstaaten über Moral, über Staatsformen, über Wirtschaftssysteme oder religiöse Auffassungen. Da die Souveränität von Staaten die für das Zusammenleben der Völker wichtigste Voraussetzung des Völkerrechts ist, sind Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines Staates nur im Extremfall denkbar. Die Voraussetzungen hierfür sind von der Völkergemeinschaft unter Beachtung der UNO-Charta zu überprüfen, einzelstaatliche Vorstellungen haben außer Betracht zu bleiben.

Eine wesentliche Grundlage der Vereinten Nationen ist, dass ihnen die Aufgabe der Friedenswahrung der Völkergemeinschaft übertragen ist. Nicht Einzelstaaten, nicht Bündnisse von Staaten sind zuständig. Um die Aufgaben der Friedenswahrung erfüllen zu können, haben sich die UNO-Staaten verpflichtet, den Vereinten Nationen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen (Art. 43 UNO-Charta), die unter Führung der Vereinten Nationen unter Einhaltung der UNO-Charta zur Friedenswahrung eingesetzt werden. Es ist ein Bruch der Verpflichtungen aus der UNO-Charta, wenn die UNO-Staaten den Vereinten Nationen keine Streitkräfte zur Verfügung stellen oder wenn einzelne Staaten oder Staatenbündnisse mandatiert werden, im Sinne der Vereinten Nationen tätig zu werden.

Trotz der berechtigten Kritik, dass die Organe der Vereinten Nationen dem Einfluss mächtiger Staaten ausgesetzt sind und dass einige Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrats oder Äußerungen von UNO-Generalsekretären mit der UNO-Charta nicht vereinbar sind, gibt es zu den Vereinten Nationen und deren Verpflichtungen nach der UNO-Charta keine Alternative. Nur die Vereinten Nationen sind in der Lage, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu gewährleisten.

Zur UNO gibt es keine Alternative

Verständlich ist, dass die Menschen von den Vereinten Nationen enttäuscht sind und mit ihnen im Zusammenhang mit Frieden nichts mehr zu tun haben wollen. Trotzdem ist es der falsche Weg. Von den Nationen, die sich in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen haben, ist zu fordern, dass sie sich an die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der UNO-Charta halten. Wie erwähnt, waren es die Menschen, die Frieden wollten.

Von Anfang an war es eine Auseinandersetzung von Menschenrecht und Machtinteressen. Nach den zwei fürchterlichen Weltkriegen konnten sich die Mächtigen nicht mehr gegen die Sehnsucht der gequälten Menschen nach Frieden durchsetzen. Es war „politisch nicht machbar". Erneut sind es die Menschen, die Bürger, die gefordert sind, das, was sie sich mit vielen Opfern mit der UNO-Charta erobert haben, gegen mächtige nationale oder wirtschaftliche Interessen zu verteidigen.

Nur wenn es gelingt, dass die Menschen mit ihrem Friedenswunsch eine unumgehbare Macht werden, kann es gelingen, aus der Organisation Vereinte Nationen das zu machen, was in der UNO-Charta beschlossen wurde:

Krieg darf nicht sein. Gewalt gegen andere Staaten ist verboten. Die Aufgabe der Friedenswahrung. der Vermeidung von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern, der Wahrung von Menschenrechten, ist den Vereinten Nationen übertragen. Die Organe der Vereinten Nationen sind verpflichtet, ohne Einfluss von politischen Interessen der Einzelstaaten nach den Grundsätzen der UNO-Charta zu entscheiden.

Nur der Wille des Volkes, nur sein gemeinsames Handeln, nur sein friedlicher Widerstand kann die Mächtigen und die Regierungen zwingen, sich an das Völkerrecht und an die UNO-Charta zu halten und so ein friedliches Miteinander der Völker zu gewährleisten. ■

Wie soll eine selbst angemaßte Schutzverantwortung rechtfertigen, in die Souveränität von Staaten einzugreifen?

Wie soll die Behauptung der Bündnistreue rechtfertigen, gegen Völkerrecht zu verstoßen?

Hermann Striedl

Jahrgang 1938, Jurist, war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg. 2003 trat er der ÖDP bei, war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender, von 2010 bis 2012 Mitglied ihrer Bundesprogrammkommission und bis 2012 Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Demokratie, Außen- und Europapolitik. Zudem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

Kontakt: h.striedl@gmx.de

5 Fragen zur ÖDP

Motivation, Ereignisse, Chancen, Gefahren, Visionen

Die ÖDP konnte am 6. März 2012 ihr 30-jähriges Jubiläum feiern. Grund, um einmal zurück und nach vorn zu blicken. Was motiviert Mitglieder, in ihr aktiv zu sein? Welche Ereignisse waren die wichtigsten? Was sind die größten Chancen und Gefahren? Was könnte die Partei erreichen?

Markus Hollemann

1 ***Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?***

Zur Europawahl 1989 habe ich mir alle verfügbaren Programme der antretenden Parteien schicken lassen. Schon beim Lesen hat mich das ÖDP-Grundsatzprogramm und Herbert Gruhls Rede vom Gründungsparteitag sehr beeindruckt. Seit meinem Parteieintritt 1989 waren und sind mein Leben und das meiner Frau durch politisches Engagement geprägt. Als Bürgermeister kann ich nun Positionen der ÖDP in die Gesellschaft tragen und umsetzen. Gleichzeitig bringe ich meine Erfahrung aus dem Amt gerne in die Partei ein. Werteorientierte Politik gegen den Mainstream ist zeitlos wichtig. Gäbe es die ÖDP nicht, müsste man sie gründen.

2 ***Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?***

Noch bevor ich meine Frau Wilma kennenlernte, war sie bereits ÖDP-Mitglied. Neben ihr habe ich viele Weggefährten und gute Freunde in unserer Partei gefunden. Wichtig war und ist es – trotz der von uns allen erhofften positiveren Wahlergebnisse –, weiter für unsere Programme und Ziele einzutreten.

3 ***Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?***

Viele Menschen sind auf der Suche nach glaubhaften Politikern jenseits der rotrotgrünschwarzgelben Einheitspartei und des braunen Sumpfes. Diese Menschen müssen wir abholen. Von richtungslosen Seeräubern oder „Programm"-freien Wählern erwarte ich auf Dauer keine ernsthafte Landes- und Bundespolitik. Keine Angst: Politisch Tätige anderer Parteien kochen auch nur mit Wasser. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass selbst Bundestagsabgeordnete oft weitaus weniger „auf dem Kasten" haben als ein „einfaches" ÖDP-Mitglied. Darum liebe Mitglieder und Interessenten, nehmt euch dies zu Herzen: Sprecht über die ÖDP-Ziele und kandidiert zahlreich bei den nächsten Wahlen!

4 ***Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?***

Die Masse ist und bleibt träge. Gleichgültigkeit der Wähler und das Harmoniebedürfnis der allermeisten ÖDP-Politiker machen uns weiterhin das Leben schwer. Wir suchen leider zu wenig die polarisierende und laute Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb.

5 ***Welche Vision haben Sie für die ÖDP?***

ÖDP-Inhalte und -Ziele sind – leider oder zum Glück – über die Jahre beständig geblieben. Ich freue mich darauf, dass ein Mix aus beständigen Wertvorstellungen und aktuellen Erkenntnissen in unserem neuen Grundsatzprogramm aufgehen wird. Die ÖDP kann ich mir sehr gut in Landesparlamenten vorstellen.

Tanja Pfister

1 ***Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?***

Auf die ÖDP wurde ich Ende 2007 aufmerksam, da Thomas Büchner (KV Coburg, Oberfranken) noch Kandidaten für die Stadtrats- und Kreistagsliste suchte. Da ich ihn schon länger kannte, habe ich zunächst parteilos kandidiert. Nach der Wahl und einem überraschenden Ergebnis habe ich mir alles über die ÖDP durchgelesen (Grundsatzprogramm, Flyer) und festgestellt, dass sehr vieles mit meinen Vorstellungen und Werten übereinstimmt. Daher bin ich dann im März 2008 eingetreten und es war eine sehr gute Entscheidung. Aktiv bin ich aus einem einfachen Grund: Man kann nicht immer nur meckern, sondern man sollte selbst den ersten Schritt wagen und versuchen, in dieser Welt etwas zu verändern. Ich kann nicht von anderen Menschen etwas erwarten, was ich selbst nicht tue.

2 ***Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?***

Die wichtigsten Ereignisse sind die erfolgreichen Volksbegehren, besonders das letzte. Durch dieses Nichtraucherschutz-Volksbegehren und Sebastian Frankenberger als Bundesvorsitzenden werden wir erstmals in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Dass es nicht von Null auf 100 immer funktioniert und auch nicht immer alles ganz glücklich formuliert ist, ist verständlich, aber es hat uns ein ganzes Stück nach vorne gebracht. Wir leben die direkte Demokratie und das finde ich wichtig und richtig.

3 ***Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?***

Die größten Chancen der ÖDP liegen für mich in Volksbegehren, den kommenden Wahlen und der direkten Einmischung in die Dinge. Wichtig ist es hier, sich auf die kommenden Jahre vorzubereiten und sich nicht all zu sehr von anderen Dingen ablenken zu lassen.

4 ***Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?***

Die größte Gefahr für die ÖDP ist eigentlich, sich nur mit sich selbst und innerparteilichen Unstimmigkeiten zu beschäftigen. Hier kann man sich nur verzetteln. Die Eier legende Wollmilchsau wird es nie geben und daher muss man auch mal hinnehmen, dass die Partei in einigen wenigen Dingen anderer Meinung ist als man selbst. Die Toleranz, die wir von anderen fordern, wünsche ich mir manchmal mehr auch innerhalb der Partei.

5 ***Welche Vision haben Sie für die ÖDP?***

Ganz einfach: Holen wir uns die ersten großen Mandate – Zeit wird's!

Weitere Antworten auf die 5 Fragen in der ÖkologiePolitik 157.

„Ampelkoalition entscheidet im stillen Kämmerlein“

ÖDP Parteichef Moseler fordert von der Stadt mehr Transparenz und Live-Übertragungen der Ratssitzungen im Internet / Bei Kommunalwahl ohne Freie Wähler

Von
Michael Erfurth

MAINZ. Die Stadtratsfraktion ÖDP/Freie Wähler ist nur mit drei Sitzen im 60 Köpfe umfassenden Stadtrat vertreten. Dennoch hat es die Gruppe um den rührigen Vorsitzenden Dr. Claudius Moseler in den vergangenen Jahren geschafft, die Ökologisch-Demokratische Partei in der Kommunalpolitik zu etablieren. Die AZ sprach mit Moseler über Perspektiven der ÖDP.

» Derzeit werden die Bürger meist erst dann einbezogen, wenn wichtige Vorentscheidungen gefallen sind. «

DR. CLAUDIUS MOSELER, ÖDP-Vorsitzender

Zur Kommunalwahl 2014 wird die Partei eigenständig ohne die Freien Wähler antreten. Dabei blickt Moseler optimistisch in die Zukunft: „Wenn wir bei der Stadtratswahl vier bis sechs Mandate erzielen könnten, wäre das ein schönes Ergebnis“, sagt der ÖDP-Chef. „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen“, betont er mit Blick auf mögliche neue Mehrheiten im Stadtrat nach der Wahl. Er würde gerne wieder als Spitzenkandidat für die ÖDP in den Kommunalwahlkampf ziehen, „wenn die Parteimitglieder dies möchten“. Nach dem Streit um die Bezeichnung „Freie Wähler“ zwischen der Freien Wählergemeinschaft Mainz (FWG) von FDP-Stadtrat Herbert Egner und der FW-Mainz von Gerhard Wenderoth, der mit der ÖDP kooperiert, sei es den Bürgern nicht mehr zu vermitteln, für wen und was die Freien Wähler stehen. Die ÖDP, die in mehreren Stadtteilen fest verankert ist, hat daher beschlossen, diesmal ohne Partner zur Kommunalwahl anzutreten. Dabei setzt Moseler, der hauptberuflich als Generalsekretär der ÖDP Deutschlands tätig ist, auf Teamarbeit und lobt die Zusammenarbeit mit den beiden Ratskollegen Prof. Felix Leinen und Walter Konrad.

Skepsis bei ECE

Vier Themen nennt Moseler, die die ÖDP derzeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt: das geplante Einkaufszentrum an der Ludwigsstraße, den Ausbau des Autobahnrings, das Thema Transparenz in der Verwaltung und die Finanzkrise der Stadt. Beim Thema ECE unterstützt die ÖDP die vorliegenden Leitlinien der Verwaltung. Auch Moseler fordert ein „kleinteiliges Quartier statt eines Klotzes“, blickt aber auch mit etwas Skepsis in die Zukunft: „Interessant wird es, wenn nach dem Beschluss des Stadtrates Ende Oktober zu den Leitlinien die Verhandlungen zwischen Stadt und ECE beginnen, und wenn der Investor sein städtebauliches Konzept vorlegt.“

Dr. Claudius Moseler will bei der nächsten Kommunalwahl wieder als Spitzenkandidat der ÖDP antreten. Archivfoto: hbz/Stefan Sammer

Beim Mainzer Ring spricht sich die ÖDP für eine „4 plus 2“-Lösung mit entsprechendem Lärmschutz für die durch das Naturschutzgebiet Mainzer Sand führende A 643 statt eines Ausbaus auf sechs Spuren plus zwei Standstreifen aus. Ob diese Variante auch für den Ausbau der A 60 zwischen Marienborn und Finthen richtig sei, müsse untersucht werden. Bei Marienborn, wo unter anderem das Wohngebiet Am Sonnigen Hang direkt an der Autobahn liegt, stehe jedenfalls der Lärmschutz an erster Stelle.

„Wir haben den Eindruck, dass viele Sachen in der Ampelkoalition im stillen Kämmerlein beschlossen werden, ohne andere Parteien oder die Bürger zu informieren“ moniert Moseler und nennt als Beispiel die Entscheidung der Stadt im Frühjahr, viele Brunnen nicht mehr sprudeln zu lassen. Diese mangelnde Transparenz sei ein Grund für den Verdruss vieler Bürger der Politik gegenüber und für sinkende Wahlbeteiligungen. Einen konkreten Vorschlag unterbreitet der ÖDP-Chef: In jedem Stadtteil sollten etwa alle ein bis zwei Jahre Bürgerversammlungen stattfinden, in denen anstehende Projekte wie die Ausweisung neuer Baugebiete frühzeitig vorgestellt und diskutiert werden. „Derzeit werden die Bürger meist erst dann einbezogen, wenn wichtige Vorentscheidungen gefallen sind.“ Eine solche Veranstaltung könne beim Thema Sporthalle Finthen angeboten werden. Außerdem erinnert Moseler an den ÖDP-Vorschlag, die Stadtratssitzungen live im Internet zu übertragen.

Stadt soll schneller zahlen

Zur Sanierung des Haushalts sollte die Stadt schneller ihre Rechnungen zahlen, um so in den Genuss von Skonti zu kommen, nennt Moseler ein Beispiel. Auch der ÖDP-Politiker räumt ein, dass einer der Hauptgründe für die hohe Verschuldung der Stadt aus den Belastungen resultieren, die Bundes- und Landesgesetze den Kommunen aufbürden. „Was ich aber vermisse, ist, dass Oberbürgermeister Ebling dies bei seinen Parteifreunden in der Landesregierung anmahnt.“

Mainzer Zeitung, 13.09.2012

Vater klagt gegen Elterngeldgesetz – Großfamilien massiv im Nachteil?

Sozialgericht Da Mütter mit vielen Kindern oft jahrelang nicht arbeiten können, bekommen sie nur den Mindestsatz – Partei ÖDP: Verfassungsgericht soll entscheiden

Von unserem Mitarbeiter
Heiko Becker

■ **Mainz/Dorsheim.** Ist das Elterngeldgesetz verfassungswidrig? Ja, findet eine Familie aus Dorsheim bei Bad Kreuznach und klagt deshalb seit Jahren – allerdings erfolglos – gegen die 2007 eingeführte Regelung. Trotz einer weiteren Niederlage im ersten Tagen vor dem Sozialgericht Mainz wollen sich die Kläger noch nicht ganz geschlagen geben.

Zwar habe er für Verfahren wegen der Zeit noch Geld, sagte der parteilose Familienvater. Doch anstrengend finanziert. Doch das sei

dest in unanfechtbaren Dingen hilft ihr die Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP). Die hat laut Jochen Reich, Vorsitzender des Familienarbeitskreises der Partei, unweit einer Familie aus Dorsheim seit weiterem Streit provoziert. Vor weiteren Schritten soll die schriftliche Begründung abgewartet werden. Letztendlich müsse das Verfassungsgericht entscheiden, so Reich.

Richter: Ungleichheit hinnehmbar

Das Sozialgericht gab dem Kläger in Teilen zwar recht. So erklärte es, dass manche von dem Gesetz nicht gleichheitsrechtswidrig

hinnehmbar, urteilte Richter Georg Hoepe. „Das Gesetz soll nicht zu einem sozialen Ausgleich führen. Das kann es auch gar nicht.“

„Ich habe es erwartet“, bekannte der 45-jährige Vater von sechs Kindern nach der Urteilsverkündung. Darum wolle er aber nicht sagen, dass er die Entscheidung der Sozialgerichte zeite. Der Programmierer kritisiert vor allem, dass das Elterngeldgesetz nicht nur keinen Beitrag zum sozialen Ausgleich leistet, sondern im Gegenteil Ungleichheiten noch verstärke.

Das liege vor allem daran, dass sich die Höhe des Elterngeldes nach dem Einkommen der Eltern im Jahr vor der Geburt richtet. Seine Partnerin, mit ihren im eigenen und gemeinsamen Pflegekind, bekam in der Vergangenheit kein Geld verdienen können. Deshalb schrumpfte das Elterngeld auf den Mindestsatz von 300 Euro. Darauf weist auch das Ehepaar gleich nach, indem sich ergibt das Maximum von 1800 Euro.

„Kinder aus Großfamilien werden gegenüber Einzelkindern benachteiligt“, sagt der Mann, der seine Frau – die eigentliche Klägerin – wegen der Erkrankung eines Kindes vor Gericht vertritt. Ein gegenüber Familienmutter beispielsweise

könne es sich selbstgebacken nicht leisten. Und über den Umweg des Berufes, dass das Gesetz positive Nebeneffekte habe, da vermehrt Väter eine berufliche Auszeit nehmen, kann er nur mäßig lachen. Während der Mutter weniger das Gehalt reduziert, und es habe für seine Familie unkalkulierbare Folgen.

Kläger: Kein Geld für Urlaub

„Wir können uns genauso wenig einen Urlaub im Österreich, bedeutet der 45-Jährige, der laut eigener Aussage ein durchschnittliches Einkommen bezieht. Das reiche aber nicht

mehr nur eine Großfamilie ordentlich durchzubringen.

Der Vorwurf, dass es an überhaupt Gleichberechtigten fehlen, will der 45-Jährige ebenfalls nicht gelten lassen. Als er gebraucht hatte, hätten seine Frau und Kinder in die Elternzeit Wegen dieser Kinder ist sie schon lange nicht mehr berufstätig gewesen. Ihre Aussichten auf einen Arbeitsmarkt wären sehr gering, sie könnte nicht Geld verdienen. Verschuldet sind sie nicht, sagt der 45-Jährige, der seine Frau dann wäre er zu Hause bleiben

Rhein Zeitung, 28.06.2012

Diener zweier Herren

Die ÖDP klagt in Karlsruhe gegen verdeckte Parteienfinanzierung – Fraktionsmitarbeiter würden falsch eingesetzt

Von Wolfgang Janisch

Karlsruhe – Bei der Parteienfinanzierung gehört Misstrauen gleichsam zum Prüfungsprogramm des Bundesverfassungsgerichts. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Parteien sitzen nun einmal im Bundestag, wo das Geld verteilt wird – der Versuchung einer Selbstbedienung zu widerstehen, erfordert entweder einen starken Charakter oder peinlich genaue Kontrolle. Daher hat Karlsruhe schon in den sechziger Jahren grundlegende Urteile gefällt und 1992 eindeutige Obergrenzen festgelegt.

An diesem Montag will die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) das Thema Parteienfinanzierung mit einer Organklage erneut auf die Karlsruher Agenda setzen. Die These der vom unermüdlichen Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim verfassten Klageschrift, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, lautet: Weil die klassische Parteienfinanzierung gedeckelt ist, nutzen die Parteien in immer größerem Umfang Ressourcen, die den Fraktionen, den Abgeordneten und den sechs parteinahen Stiftungen zustehen. 151 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen würden im laufenden Jahr an die Parteien fließen; fast ebenso viel stehe den Bundestagsabgeordneten für ihre persönlichen Mitarbeiter zur Verfügung. Hinzu kämen Zuschusse von 81 Millionen an die Fraktionen und fast 100 Millionen für die Inlandsarbeit der Stiftungen.

Nun wird man allein aus der exorbitanten Steigerung der Summen, die von Arnim nachweist, noch nicht auf eine verdeckte Parteienfinanzierung schließen können. Die Anforderungen an die Abgeordneten steigen ständig. Sie sollen als parlamentarisches Gegengewicht zu den großen Apparaten der Ministerien fungieren – ohne Mitarbeiter geht das nicht.

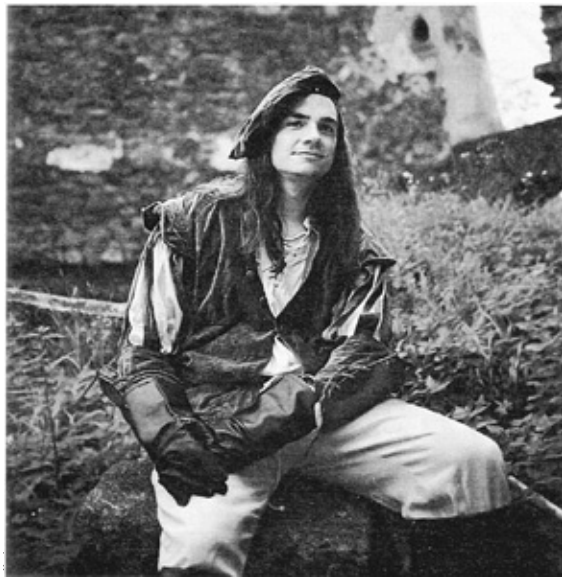
Bemerkenswert ist freilich weniger die Vervielfältigung des Mitarbeiterstabes allein, sondern eher dessen multifunktionaler Einsatz. Die Klageschrift listet eine eindrucksvolle Reihe von Fraktionsmitarbeitern auf, die als Diener zweier Herren zugleich der Partei dienen – etwa als Geschäftsführer oder Vorsitzender eines Kreisverbands. Das gilt beinahe parteiübergreifend; nur bei den Grünen hat von Arnim keinen Doppelfunktionär gefunden. Wie sich Zeitaufwand und Bezahlung zwischen Fraktion und Partei aufteilen, lässt sich nach von Arnims Recherchen nicht nachvollziehen.

Zwar heißt es im Abgeordnetengesetz: „Die Fraktionen haben über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die ihnen (…) zugeflossen sind, öffentlich Rechenschaft zu geben.“ Für die Mitarbeiter der Abgeordneten soll das aber nicht gelten: Die Verwendung dieser Mittel sei durch die verfassungsrechtliche Freiheit der Abgeordneten geschützt und falle allein in den politischen Verantwortungsbereich des Bundestags, beschied das Parlament bereits vor 20 Jahren den Bundesrechnungshof. Dabei sei es geblieben: Der Rechnungshof gab von Arnim die Auskunft, dem Ältestenrat des Bundestages obliege die „alleinige Verantwortung für die bestimmungsgemäße Verwendung dieser Mittel“. Anders ausgedrückt: Die zu Kontrollierenden kontrollieren sich selbst.

Süddeutsche Zeitung, 08.06.2012

Was macht eigentlich Sebastian Frankenberger?

Bei dem von ihm angeschobenen Volksentscheid stimmten 61 Prozent der Bayern für ein RAUCHVERBOT in Gaststätten und Bierzelten



In voller Montur: Sebastian Frankenberger führt durch die Burgruine Schaunberg in Österreich

Hat sich Ihre leicht hysterische Abneigung gegen die Raucher inzwischen etwas gelegt?
Nachdem jetzt fast alle Raucher ihrer mittlerweile uncool gewordenen Sucht viel weniger nachgehen ... Ein klares Ja!

Wann sind Sie zuletzt angepöbelt worden?
Etwa vor zwei Wochen. Ich bin ganz froh, dass ich wieder unterwegs sein kann, ohne dass mir Zigarettenkippen nachgeworfen werden. In München hängen zwar immer noch Steckbriefe in ein paar Kneipen, Polizeischutz brauche ich aber nicht mehr. Die Morddrohungen sind bis auf ein paar wenige vom Tisch.

Ihre private Telefonnummer steht auf Ihrer Homepage. Suchen Sie eigentlich Ärger?
Nein. Aber ich bin Politiker, und ich finde, Politiker sollten für ihre Wähler erreichbar sein. Außerdem bin ich nicht feige.

Sie bezeichnen sich als „christlicher Politrebell". Was bitte ist das?
Das ist einer, der aus den Gleichnissen Jesu seine Kraft zieht für die Gestaltung und Veränderung der Welt. Einer, der Politik zum Wohle der Menschheit machen will, der sagt: Macht nicht mit bei der Unterdrückung der Gesellschaft durch Wirtschaftslobbyisten, steht auf!

Sie haben Ihre politische Vision in einem Buch verarbeitet. Die „FAZ" fand es „unerhört geschwätzig" und „selbstgefällig spätpubertär".
Denen war das alles einfach ein bisschen zu geistreich und visionär, und sie wollten die spirituellen Töne zwischen den Zeilen nicht verstehen.

Unter anderem beschreiben Sie, warum Sie „Genussduscher" sind ...
Ich habe das Buch während einiger Tage als Turmeremit im Linzer Dom geschrieben. Da gab es keine Dusche. Mir geht es darum, sich einfach darauf zu besinnen, was der Mensch wirklich braucht.

Als Vorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei fordern Sie vor allem Verzicht. Wer soll das wählen?
Leute, die verstanden haben, dass es viel besser ist, freiwillig auf einige Dinge zu verzichten, als irgendwann verzichten zu müssen. Fragen Sie mal die Griechen.

Sammeln sich in solchen Parteien nicht alle Irren dieser Erde?
Idealisten und Vordenker sind wie die Propheten oft nicht verstanden und daher von jeher gerne als Irre bezeichnet worden.

In Ihrer Antrittsrede als Parteichef haben Sie sich gewünscht, von den Mitgliedern künftig wie Winnetou mit „Hugh!" begrüßt zu werden ...
Ja, weil es mir sehr gut gefällt, dass Indianerhäuptlinge für ihren Stamm immer sieben Generationen vorausgedacht haben.

Mal eine profane Frage: Was sind Sie eigentlich von Beruf?
Mein Beruf ist es, meinem Weg treu zu bleiben. Geld verdiene ich hauptsächlich mit Kostümtheater-Stadtführungen in Österreich.

Außerdem sind Sie Laienschauspieler, Kommunikationstrainer, Notfallseelsorger, Lichtkünstler und Autor eines Jesus-Musicals ...
Und ich habe gerade einen Busführerschein gemacht. In zehn Jahren bin ich vielleicht Almbauer in den Alpen oder Entwicklungshelfer in Afrika. Vorher würde ich aber sehr gerne 2014, da die Fünfprozenthürde weggefallen ist, als Abgeordneter ins Europaparlament gehen. Es gibt viel zu tun!

Interview: Christoph Wirtz

Stern, 29/2012

ÖDP wirbt in Bottrop für Volksentscheid

Beim Stammtisch wird die Aktion vorgestellt

Die Aktion „Volksentscheid-Sonst klagen wir!" nimmt auch in Bottrop an Fahrt auf. Die Aktion wird von der ÖDP betrieben. Daher riefen ihre Mitglieder an einem Infostand am Pferdemarkt Bürger auf, bei einer für sie kostenlosen Verfassungsklage mitmachen. Bisher wollen sich 10 845 Bürger beteiligen.

Die Kläger werden von der früheren Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin vertreten. Für Menschen, die sich intensiver damit auseinandersetzen möchten, ist der ÖDP-Stammtisch am Donnerstag, 14. Juni um 19.30 Uhr in der Gaststätte Passmann, Kirchhellener Straße, von Interesse. Dort wird über die Aktion diskutiert.

Nach Ansicht des örtlichen ÖDP-Vorsitzenden Johannes Bombeck besteht die Gefahr, „dass der Bundestag mit den Beschlüssen zum Euro-Rettungsschirm und dem Fiskalpakt entmachtet wird". Bei der Bewältigung der Krise dürfe die Demokratie nicht auf der Strecke bleiben. „Wir sind keine Gegner der europäischen Einigung, aber es ist die Pflicht der Politik, dem Bürger die Entscheidungen und deren Tragweite zu vermitteln", sagte Bombeck. „Fast niemand versteht, worum es geht. Und bei einer so grundsätzlichen Frage der Ausrichtung unseres Landes und der EU sollte am Ende die Bevölkerung entscheiden", forderte der Ratsherr.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Lokalteil Bottrop, 11.06.2012

ÖDP-Stadtrat geht gegen Fiskalpakt vor

Der Nürnberger ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger *(Foto)* hat Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Europäische Stabilitäts-Abkommen ESM und den Fiskalpakt eingereicht. Insgesamt sind über 20000 Beschwerden an Karlsruhe überreicht worden. „Es ist unsere Pflicht, gegen die Aushöhlung der Demokratie die obersten Verfassungshüter anzurufen", begründet Schrollinger sein Engagement. Verbunden mit der Beschwerde ist ein Eilantrag, der die Ratifizierung der Verträge durch die Bundesrepublik Deutschland vorerst stoppen soll. Das Gericht berät heute darüber. „Wenn die Verträge in Kraft treten, werden wichtige Souveränitätsrechte Deutschlands auf die europäische Ebene verlagert." Dies dürfe nur mit Zustimmung der Bürger geschehen. „Wir fordern eine Volksabstimmung über die Verträge." *an*

Nürnberger Nachrichten, 10.07.2012

Liebe Ödp-lerinnen und Ödp-ler!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten sind Originalausschnitte (speziell wenn Bilder enthalten sind).
2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand. Artikel, die wir nicht zuordnen können, werden nicht berücksichtigt.
4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht mitten durch den Text.
5. Keine Artikel faxen, sie sind nicht reprofähig.

Sie ersparen uns viel Arbeit, wenn Sie die Hinweise beachten.

Vielen Dank!

Zum Leserbrief von Stefan Grabrucker in der ÖP 155

Was ist der Markenkern der ÖDP?

Den Ausführungen von Herrn Grabrucker stimme ich voll zu. Seit vielen Jahren bin ich Sympathisant der ÖDP und mittlerweile Mitglied, leider aufgrund beruflicher und privater Verpflichtungen beschränkt auf die passive Mitgliedschaft. Dennoch stelle ich mir zum 30-jährigen Jubiläum der ÖDP die Frage, wie die Zukunft der Partei eigentlich aussehen soll. Gerade bei begrenzten Mitteln müssen die sich bietenden Möglichkeiten sinnvoll und effektiv ausgeschöpft werden.

Ich bewundere den Einsatz und die Energie eines jeden aktiv engagierten Parteimitglieds. Aber wäre es bei den überschaubaren Ressourcen, die der ÖDP zur Verfügung stehen, manchmal nicht wichtiger, die Kräfte zu bündeln, statt sich punktuell aufzureiben und nach 30 Jahren bei Wahlergebnissen von 0,1 %+x zu stagnieren? Das kann's doch nicht sein. Meiner Meinung nach muss es bei aller ehrenwerten und teilweise erfolgreichen außerparlamentarischen Opposition das Ziel einer jeden demokratischen Partei sein, über kurz oder lang auch einmal in ein Landesparlament einzuziehen. Nun gut, vielleicht klappt es ja aufgrund geänderter Bedingungen mit einem Einzug ins Europaparlament, in dem dann voraussichtlich aber auch Vertreter von NPD, Republikanern, DIE PARTEI und sonstigen Splittergruppen sitzen werden.

Bei den richtig wichtigen Veranstaltungen stehen meiner Ansicht nach Felder im Vordergrund, die als Wahlkampfthemen viel zu abstrakt für potenzielle Wähler sind, etwa die Klage gegen den Vertrag von Lissabon oder die Direktwahl eines Ministerpräsidenten. Das mag alles wichtig sein und sollte zu gegebener Zeit thematisiert werden. Wahlen gewinnt die ÖDP damit aber nicht. Zudem können die genannten Punkte auch von anderen Gruppierungen aus dem kompletten Parteienspektrum von links bis rechts aufgegriffen werden.

Das Volksbegehren zum Nichtraucherschutz in Bayern war gesundheitspolitisch äußerst wertvoll und hatte praktische Konsequenzen für die Lebensqualität. Aber deswegen allein überzeugt mich keine Partei, ihr bei einer überregionalen Wahl meine Stimme zu geben. Ich bezweifle, dass ein Volksbegehren zur Direktwahl des bayerischen Ministerpräsidenten von den Menschen als wirklich brennendes Thema wahrgenommen wird. Diese Forderung könnte nun wirklich von fast jeder anderen Partei stammen, um damit zumindest etwas Aufsehen zu erregen.

Was ist also der Markenkern der ÖDP? Gibt es bei aller Diskussion um das Grundsatzprogramm eine Wahl-Strategie, ausgelegt auf die kommenden vier, fünf Jahre? Ich persönlich frage mich, wieso neben dem unverändert wichtigen Kernthema Umwelt inklusive Energie und Gesundheit nicht die Unterstützung von Familien als zweites großes Thema mehr in den Vordergrund gerückt wird. Immerhin hat sich die ÖDP jahrelang den Zusatz „Bündnis für Familien" zugeschrieben. Keine der etablierten Parteien unterstützt wirklich klassische Familienstrukturen. Junge Familien mit Klein- und schulpflichtigen Kindern stehen vor enormen Verpflichtungen, oftmals zeitlich über alle Maßen ausgelastet durch Kindererziehung und Pflege der Großelterngeneration, begleitet von finanziellen Unwägbarkeiten und der Forderung nach zunehmender Mobilität. Zugegebenermaßen werden Punkte wie etwa ein Erziehungsgehalt und grundsätzlich das Zusammenleben der Generationen regelmäßig in der ÖDP diskutiert. Aber als zentrales Wahlkampfthema taucht die Familie nicht auf. Warum? Vor allem gegenüber den Grünen könnte sich die ÖDP mit einer stärkeren Profilierung und Akzentuierung auf das Thema Familie besser positionieren.

Es wäre schade, wenn die ÖDP in den nächsten 30 Jahren den Weg der Überalterung und des Mitgliederschwunds beschreiten muss und irgendwann in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Das hat die Partei nicht verdient.

Wege, um dies zu verhindern und Themen, um stärker am politischen Leben teilzunehmen, gäbe es genug.

Dr. Michael Moritz
92318 Neumarkt

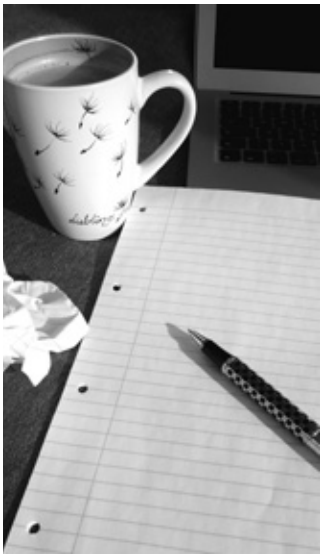


Foto: Heike Brückner

„Weniger ist mehr" sollte an erster Stelle stehen

Stefan Grabrucker schreibt in seinem Leserbrief in Heft 155, dass der ÖDP ein klares Profilthema fehlt, das man konsequent verfolgt.

Ich meine, ein Profilthema haben wir von Anfang an, aber offensichtlich fehlt uns der Mut, dies klar herauszustellen: Bei allen anderen Parteien steht mehr oder weniger der Ruf nach Wirtschaftswachstum an erster Stelle. Wo doch genau dieses unbegrenzte Wachstum das eigentliche Grundübel darstellt.

Auch wenn die Aussage „Weniger ist mehr" oberflächlich betrachtet unbequem erscheint, sollte genau dieser Slogan bei der ÖDP immer an erster Stelle stehen!

Ich denke, es gibt mittlerweile genug Menschen, die dies verstehen werden. Frau Jensen spricht im Interview aus Heft 155 ja auch von einer „Graswurzelbewegung".

Mich jedenfalls hat 1988 ein Flugblatt mit entsprechendem Inhalt stark angesprochen und zum Beitritt zur ÖDP bewogen. In jüngerer Zeit habe ich aber kein Plakat oder Ähnliches mehr gesehen, wo diese Kernaussage so deutlich herausgestellt wurde.

Bernhard Kaiser
79848 Bonndorf

Zum Interview „Menschen, die anders wirtschaften und besser leben" in der ÖP 155

In den nächsten Jahren kaum Wachstum möglich

Frau Jensen macht einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Zukunft, indem sie positive Beispiele für Individuen und Unternehmen vorstellt, die auch unter Postwachstumsbedingungen Erfolg haben bzw. sinnvoll handeln können. Wir müssen als Konsumenten, aber auch als Unternehmer umdenken: Es wird in Zukunft immer weniger um Verbrauch gehen, sondern der Gebrauch von Gütern und Ressourcen wird optimiert werden müssen. Jedes Beispiel hierfür kann Nachahmer finden.

Einen Einwand möchte ich nur zum Aufhänger ihres Buches machen: Dass das BIP und gesellschaftlicher Wohlstand oft zwei Paar Schuhe sind, ist eigentlich hinlänglich bekannt. Diese Kritik ist gut 35 Jahre alt, findet sich inzwischen in jedem Ökonomie-Lehrbuch. Geändert hat sich deshalb überhaupt nichts. Auch seit rund 20 Jahren wurde wissenschaftlicherseits eine Vielzahl alternativer Wohlstands-Indikatoren entwickelt. Keiner davon hat je die unangefochtene Stellung des BIP in Gefahr gebracht. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und werden von der Wachstumskritik bis heute nur unzureichend diskutiert.

Mit Einschränkungen ist es eine Fehleinschätzung, dass beim BIP wirklich die *Wohlstands*messung im Vordergrund steht. Denn kaum ein Normalbürger interessiert sich für den „gesellschaftlichen Wohlstand", gleichgültig ob er am BIP oder am NWI, HPI (oder wie sie alle heißen) gemessen wird. „Wohlstand" ist in den Augen der Menschen ein sehr privater Begriff – er wird gemessen am persönlichen Bankkonto und Freiheitsgraden des persönlichen Lebensstils. Wie es dem Nachbarn dabei geht (geschweige denn der „Gesellschaft"), bringt heute kaum einen Hund auf die Straße. Deshalb gab es auch nur wenig Widerstand gegen die Hartz-Gesetze und sonstigen Sozialabbau.

Entscheidend für die Unverwüstlichkeit des BIP ist etwas anderes: Wir alle – selbst Wachstumsskeptiker – erleiden mediale Magenschmerzen, wenn wieder von „Rezession", „Abschwung" die Rede ist, wenn es „Der Wirtschaft" oder „Der Konjunktur" „schlecht" geht. All dies sind Synonyme für ein BIP, dessen Wachstum sich verlangsamt oder im Extremfall sogar umkehrt. Und da (im bestehenden System) auch der Arbeitsmarkt sowie das Steueraufkommen damit gekoppelt sind, bekommen wir bei schwächelndem BIP-Zuwachs alle miteinander Gewissensbisse, weil wir wissen, das mal wieder die Ärmsten der Armen zuerst darunter zu leiden haben – kaum jemand käme auf die Idee, die abgebremsten oder gar rückläufigen Einkommen proportional auf alle Bürger zu verteilen, nicht mal die LINKE.

Das BIP hat ohne jeden Zweifel etwas mit dem Auslastungsgrad des gesellschaftlichen Produktionspotenzials zu tun. Und da „Umverteilung" ein politisch schwieriger Prozess ist, kümmert sich die Politik vorzugsweise um Erhöhung des statistisch-ausweisbaren finanziellen Verteilungsspielraums, das BIP ...

Vielleicht ist ein anderes Axiom einer besserer Startpunkt künftiger Wachstumskritik: Es gibt einige Gründe, weshalb in den nächsten Jahren schlichtweg kaum noch mit Wachstum zu rechnen ist. Einer der wenigen Publizisten, der dies offensiv vertritt, ist Meinhard Miegel. Gründe für ausbleibendes Wachstum werden sein:

- Je größer die Volkswirtschaft, desto geringer fallen bei „linearem Wachstum" prozentual die jährlichen Zuwächse, genannt Wirtschaftswachstum, aus.
- Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird rückläufig sein; die Bevölkerungszahl ist aber ein meist vernachlässigter Bestimmungsfaktor des Wirtschaftswachstums, man kann daher mit tendenzieller Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Produktion rechnen, bestenfalls kompensiert durch Produktivitätszuwächse.
- Seit knapp 30 Jahren ist in fast allen Industrieländern das Wachstum netto rein schuldenfinanziert; die Schuldenfinanzierung führt, dies ist das Hauptproblem, zu immer weiter auseinanderdriftenden Vermögen zwischen Arm und Reich, sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch international zwischen Volkswirtschaften; dies führt zu immer dramatischer werdenden Instabilitäten.
- Die „Ankurbelung" der Wirtschaft erschöpft zunehmend den Einzelnen, das Sozialgefüge und die globale Ressourcenbasis – eine weitere Ausweitung der Produktion wird aufgrund begrenzter Ressourcen immer schwieriger und teurer.

Es gibt jedenfalls gute Gründe, davon auszugehen, dass es – selbst bei kontinuierlicher Entwicklung – in den nächsten Jahren kaum noch ein Wachstum geben wird. D. h. auch die realisierbare Verzinsung von Kapital wird sinken. Wir müssen uns alle daran gewöhnen, dass wir in eine Phase der Stagnation (positiv: Stabilität) eintreten. Wir brauchen aber für eine solche Gesellschaft Konzepte, die ohne Wirtschaftswachstum funktionieren. Angelika Zahrnt/Irmi Seidl haben diese Debatte mit ihrem Buch „Postwachstumsgesellschaft" eröffnet.

Wenn wir obige Gründe ernst nehmen, so besteht die Chance einer politischen Gruppierung wie der ÖDP darin, sich als die „neuen Realisten" zu definieren, die dem Ausbleiben von Wachstum mit Optimismus und Konzepten begegnen. Wer dann noch von Wirtschaftswachstum faselt, sollte in einem solchen Diskurs als „Träumer" und „Utopist" betrachtet werden – also eine genau umgekehrte Rollenverteilung wie in den vergangenen 40 Jahren.

Patrick Brehm
42105 Wuppertal

Unser soziales Steuersystem

Deutschland hat kein Sozialsystem, außer der Sozialhilfe und der Beamten- und Abgeordnetenbesoldung. Die sog. Sozialversicherungen betreffen immer nur Teile der Gesellschaft. Sie stehen damit im Widerspruch zu GG Art. 20(1), wonach alles „soziale" eine gesamtstaatliche Aufgabe ist.

Wirklich sozial ist nur unser Steuersystem in Bezug auf natürliche Personen. Es gilt für alle Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Beruf, Erwerbsverhältnis und Religionszugehörigkeit und geht immer von der Leistungsfähigkeit des Einzelnen aus. Bei der Einkommensteuer ist durch den Grundfreibetrag und die Progression sogar ein gesteigerter sozialer Ausgleichsgesichtspunkt berücksichtigt, der bei Zinseinkünften leider fehlt.

Sehr sozial, obwohl nicht progressiv gestaltet, sind Mehrwertsteuer und alle Verbrauchssteuern. Hiermit wird jeder nach dem Umfang seiner Leistungsfähigkeit (Konsum und Komfort) belastet. Es sollten alle Waren und Dienstleistungen mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegt werden, zusätzlich auch Mieten und Gesundheitskosten. Bei letzteren erfolgt heute eine Subvention durch Mehrwertsteuerverzicht.

Weil die Mehrwertsteuer absolut sozial ist, sollte sie entgegen der unsozialen ÖDP-Forderung unbedingt erhöht werden, was konsumdämpfend wirken würde. Die hierdurch entstehende Teuerung muss natürlich einmalig in die Sozialhilfesätze und die steuerlichen Freibeträge einfließen.

Die ÖDP sollte unbedingt, gerade wegen der Ölpreissteigerungen, eine Erhöhung von Mineralöl- und Stromsteuer fordern, im klaren Gegensatz zu Senkungsüberlegungen in den Volksparteien. Diese Steuern müssen von allen erhoben werden, auch Landwirtschaft, Industrie und Verkehr.

Dr. Klaus Klumpers
96450 Coburg

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften!

Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften ***bis zum 01.12.2012*** *an:*

Ökologie*Politik*
Erich-Weinert-Str. 134
10409 Berlin
Fax (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Liebe ÖDP-Mitglieder,

eine unserer Aufgaben im Bundesvorstand ist die Vernetzung mit Verbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Ende August waren wir deshalb zu Gast bei Prälat Dr. Karl Jüsten im katholischen Büro in Berlin. Das katholische Büro möchte die Brücke schlagen zwischen der Kirche und den politischen Vertretern. Bisher empfing das Büro nur Parteien, die im Bundestag vertreten sind. Dass wir eingeladen waren, verdanken wir dem Interesse von Prälat Jüsten an der ÖDP.

Mitglieder des Bundesvorstands und eine hauptamtliche Mitarbeiterin diskutierten mit Prälat Jüsten und zwei seiner Referenten über diverse Themen: Zum einen ging es darum, Gemeinsamkeiten wie z. B. in der Flüchtlingspolitik und Rüstungspolitik festzustellen. Zum anderen wollten wir aber auch die Meinung der Kirche zu heiklen Themen wie Beschneidung und Bioethik wissen. Dabei gaben uns die Vertreter des katholischen Büros hilfreiche Tipps zu Positionspapieren und Ansprechpartnern in nahestehenden Organisationen. Aber die Gastgeber waren auch interessiert an unseren Meinungen zu aktuellen politischen Themen. Das Gespräch war geprägt von beidseitigem Interesse und einer herzlichen Atmosphäre. Wir vereinbarten, weiter in Kontakt zu bleiben. Gerade im Zuge der Neugestaltung unseres Grundsatzprogramms ist der Austausch mit anderen Organisationen von großer Bedeutung für uns. Nur im Gespräch mit anderen können Ideen wachsen und können wir uns inspirieren lassen von den Erfahrungen und der Kreativität unserer Gesprächspartner. Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind mittlerweile so groß geworden, dass nur ein ganzheitlicher Lösungsansatz gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen Erfolg bei der Lösung der anstehenden Probleme verspricht. Wenn auch Sie einen Vorschlag haben, mit welchem Verband oder welcher Nicht-Regierungs-Organisation wir uns einmal zusammensetzen sollten, lassen Sie uns Ihre Idee zukommen. Auch der Bundesvorstand ist auf Ihre Zuarbeit angewiesen.

Konstruktive Gespräche im katholischen Büro der Deutschen Bischofskonferenz (von li. nach re.): Susann Mai, Prälat Dr. Karl Jüsten, Sebastian Frankenberger, Werner Roleff, Florence von Bodisco.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Frankenberger

Neues aus dem Bundesverband

Dr. Claudius Moseler,
ÖDP-Generalsekretär

Kontakt:
Tel. (06131) 6798-20,
Fax (06131) 6798-15,

Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27 – 29,
55118 Mainz,
claudius.moseler@oedp.de,
www.oedp.de

Wahlvorbereitungen: Klausurtagung

Was für die CSU Wildbad Kreuth ist, ist für die ÖDP Kloster St. Josef in Neumarkt in der Oberpfalz: Am 8./9. September 2012 trafen sich der ÖDP-Bundesvorstand und der bayerische ÖDP-Landesvorstand zu einer Klausurtagung, um die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten. Im Herbst 2013 werden der bayerische Landtag und der Bundestag neu gewählt. Im März 2014 finden in Bayern Kommunalwahlen statt, dort haben wir die meisten kommunalen Mandate und Bürgermeister, und im Juni 2014 finden die Europawahl und weitere für die ÖDP wichtige Kommunalwahlen statt (z. B. NRW, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt). Auf der Tagung wurde eine noch engere Zusammenarbeit vereinbart, um gemeinsame Synergieeffekte sicherzustellen und die einberufene Wahlkampfkommission effizient arbeiten zu lassen.

Grundsatzprogramm

Im August 2012 wurden für den neuen Entwurf des Grundsatzprogramms zahlreiche Arbeitssitzungen und Telefonkonferenzen der Bundesvorstands-Arbeitsgruppe durchgeführt, um im November 2012 dem Bundesparteitag in Erding einen diskussionsfähigen Entwurf vorzulegen. Wir möchten mit diesem neuen Entwurf des Grundsatzprogramms eine umfassende Diskussion über unsere Grundsätze anregen. Dies dient der Profilschärfung und der inhaltlichen Weiterentwicklung, damit wir die Wahlen 2013 und 2014 erfolgreich bestehen können. Dabei haben sich in der Basisrunde zwangsläufig einige Spannungspunkte in einzelnen Sachfragen ergeben, wo die politische Richtung in der ÖDP noch sehr unklar ist bzw. Details ungeklärt sind.

Sollte sich auf dem Bundesparteitag in Erding ergeben, dass für das neue Grundsatzprogramm grundlegendere Dinge zu besprechen sind und/oder die Diskussionszeit auf dem Parteitag nicht ausreichen sollte, dann ist der Bundesvorstand selbstverständlich bereit, den Entwicklungsprozess für das neue Grundsatzprogramm weiterzuführen und dann auf dem nächsten Bundesparteitag im Mai 2013 wieder aufzurufen. Danach entscheiden dann alle Mitglieder im Rahmen einer Urabstimmung, denn das Grundsatzprogramm sollte von möglichst vielen Mitgliedern mit beschlossen werden.

Die komplette Neufassung auf Wiki: http://wiki.oedp.de/wiki/Grundsatzprogramm

ÖDP-Internetsystem

Die Erneuerung des Internetauftrittes ist einen guten Schritt vorangekommen. Mittlerweile gibt es über 90 Verbände, die im Typo3-System angelegt wurden, noch nicht alle sind mit regionalen Inhalten befüllt. Dies muss nun vor den Wahljahren 2013/14 zügig vorangetrieben werden. Dazu werden die Unterverbände auch noch gezielt vom Bundesverband angesprochen. Der ÖDP-Bundesverband verwaltet und betreut alle Webseiten zentral über das Redaktionssystem Typo3 und auf Servern der Firma Hetzner. Technischer Ansprechpartner ist Christian Tischler (webmaster@oedp.de).

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Vor fast genau zwei Jahren wählten die Delegierten in Regensburg den aktuellen Bundesvorstand. In dieser Amtszeit haben wir vor allem organisatorische und strukturelle Maßnahmen ergriffen, um die Partei langfristig und nachhaltig aufzustellen. In dieser Ausgabe der ÖP finden Sie im Innenteil unseren Rechenschaftsbericht über die letzten beiden Jahre. Dieser Rechenschaftsbericht ist gleichzeitig auch die Bewerbung für die nächste Amtsperiode, denn fast der komplette Bundesvorstand möchte wieder kandidieren. Zum einen wollen wir die Strukturmaßnahmen fortsetzen – denn leider haben wir noch nicht alles geschafft, sodass noch einiges zu machen ist –, zum anderen wollen wir vor allem den Weg weitergehen, den wir auch inhaltlich, philosophisch und imagemäßig eingeschlagen haben.

Die Superwahljahre 2013 und 2014 mit der Landtagswahl in Bayern, der Bundestagswahl, den Kommunalwahlen in allen wichtigen ÖDP-Landesverbänden und der Europawahl, sind wirklich überlebenswichtig für die Partei. Zunächst brauchen wir ein gutes Wahlergebnis bei der Landtagswahl in Bayern, um die Motivation für die anderen Wahlen aufrechtzuerhalten. Wir haben zum ersten Mal wirklich eine sehr große Chance, bei der Europawahl nach dem Wegfall der 5-Prozent-Hürde mit einem Mandat oder vielleicht sogar zwei Mandaten ins Europaparlament einzuziehen.

Wahlkämpfe sind grundsätzlich wichtig für eine Partei. Denn: Wer etwas verändern möchte, muss an die Macht gelangen, muss in Parlamente einziehen, um den Gesetzgebungsprozess zu gestalten. Doch wie gelingt uns das? Ich glaube, wir dürfen einen Fehler nicht begehen: zu versuchen, in Wahlkämpfen den großen etablierten Parteien nachzueifern. Wir haben nicht deren Gelder für groß angelegte Werbekampagnen, aber wir haben viele engagierte Helferinnen und Helfer. Und diese sind für uns doppelt wertvoll! Wie eine Studie von Professor Kranenpohl aus dem Jahr 2008 gezeigt hat, bringen unsere Mitglieder eine viel höhere Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement mit als die Parteimitglieder der anderen Parteien.

Doch damit allein werden wir nicht die mediale Aufmerksamkeit bekommen. Der Machtkampf zwischen den anderen Parteien, in Bayern zwischen Seehofer und Ude, den Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt, wird in den Medien dazu führen, dass wir untergehen. Deswegen ist das bayerische Volksbegehren – neben dem inhaltlichen Faktor – ein wichtiges marketingtechnisches Instrument. Aber wir müssen aufpassen, auf welches Image wir im Wahlkampf setzen. Nur die bessere CDU/CSU/Grünen-Mischung zu sein, das wird nicht ausreichen. Denn wie oft hören wir am Infostand: Ihr seid doch auch nicht anders als die anderen Parteien! Das, obwohl wir unsere Argumente von der Unabhängigkeit anbringen. Ich glaube, viel wichtiger ist, dass wir unser eigenständiges Image, unser Alleinstellungsmerkmal, stärker herausarbeiten.

Natürlich müssen wir uns auch die Frage stellen, was eigentlich unser Image ausmacht. Gerade wenn ich bei Vorträgen in Kreisverbänden bin, merke ich es immer wieder: Wir sind die Macher, die nicht nur reden. Wir sind diejenigen, die den Finger in Wunden legen, die glaubwürdig und authentisch auftreten, weil wir die eigenen Grundsätze leben. Darum haben wir im Bundesvorstand in den letzten beiden Jahren ganz stark den Schwerpunkt auf die gelebte Philosophie gesetzt, mit der fairen, familiengerechten Bezahlung der Mitarbeiter, mit den vegetarischen Parteitagen, mit der CO_2-Verbrauch-Berechnung und -Kompensierung von Parteitagen, mit dem Ehrenkodex für Mandatsträger, mit dem Verbot von Parteiensponsoring. Ich glaube, das ist es auch, was die Gesellschaft von einem neuen Politikertyp erwartet und sie setzt auch ihre Hoffnung auf ihn. Eine Hoffnung, die z. B. die Piraten nicht erfüllen können. Eben nicht so zu sein, wie die etablierten Parteien, sondern mit einem anderen geistigen Hintergrund, gleichzeitig aber mit einem guten Wertefundament.

Darum haben wir uns auch daran gemacht, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten und zu aktualisieren, es vor allem in ein neues pädagogisches Rahmenkonzept einzubinden. Der Leser wird zunächst in der Einleitung gedanklich und inhaltlich auf das Grundsatzprogramm eingestimmt. Der weitere Text nimmt dann die Leser anhand eines Baumsymbols mit. So wird Politik verständlich und greifbar, wobei die ausführlichen Details auch nach wie vor enthalten sind. Das Grundsatzprogramm entlässt schließlich in einem Abschlusskapitel den Leser mit einer Vision, wie wir uns das Zusammenleben vorstellen. Es ist kein Bruch zur bisherigen Linie, sondern es ist die Erweiterung der guten philosophischen Gedanken der ÖDP-Vordenker um die emotionale Seite.

Unser Image, unser Anderssein zeigt sich auch dadurch, dass dieser Bundesvorstand sehr langfristig denkt, sich nicht nur an Wahlkämpfe wie an einen Strohhalm klammert. Wir versuchen, durch die Umstrukturierungsmaßnahmen den Kreisverbänden mehr Service zu bieten, und wir kümmern uns vermehrt um die Mitgliederbetreuung, nämlich Mitglieder zu halten, und vor allem Nachwuchs für Vorstandsämter zu gewinnen. Da zeigt sich wieder einmal diese gelebte Philosophie, dass es uns eben nicht nur um kurzfristige Machterlangung geht, sondern darum, wirklich etwas verändern zu können, auch außerhalb der Parlamente, wie es die FAZ so schön schreibt. Wir wollen als Multiplikator – vernetzt mit Initiativen und sachbezogen auch mit anderen Parteien – unsere Welt mitgestalten, bewahren und zum Positiven verändern.

Das ist ein anderer Ansatz als ihn alle anderen Parteien haben. Aber ich glaube, dieser Ansatz, nach dem sich viele Menschen sehnen, kann unsere große Chance sein. Wir dürfen von ihm – vielleicht aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen – nicht abrücken. Es ist auch ein mutiger Versuch, nicht das zu tun, was seit 30 Jahren ohnehin nicht wirklich unser Ziel war und eher nur geringen Erfolg einbrachte, nämlich wie die anderen Parteien zu sein, nur mit einem inhaltlich anderen Wertekonzept. Es ist ein Weg, wirklich anders aufzutreten: philosophisch, prophetisch, visionär, die Werte über die Wahlen stellend.

Ich hoffe, dass Sie gemeinsam diesen Weg mit uns gehen und uns auf diesem Weg bestärken!

Ihr
Sebastian Frankenberger

Baden-Württemberg

Bundestagswahl im Blick

Von li. nach re.: Claude Kohnen, Michael Schlegel, Anneliese Rogoll, Mario Christen, Thomas Welsch, Larissa Dloczik, Klaus Buchner, Henner Gnotke

In Baden-Württemberg sind in den vergangenen Monaten die ersten Infostände zu den ganz aktuellen Themen „ständiges Wirtschaftswachstum" und „Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) durchgeführt worden. Bei den Passanten herrscht vielfach große Unkenntnis und das Interesse ist deswegen sehr unterschiedlich. In manchen Städten (z. B. Biberach) waren die Passanten durchaus aufgeschlossen, in anderen Städten (z. B. Tuttlingen) hatte man angesichts der verbreiteten Gleichgültigkeit das Gefühl, die Passanten hätten den Ernst der Lage noch gar nicht erkannt. In jedem Fall ist es für die ÖDP wichtig, auf der Straße Präsenz zu zeigen. So kommt die ÖDP den Menschen wieder ins Bewusstsein und es ergeben sich fruchtbringende Gespräche. Wir informieren gleichzeitig, dass wir auf unserer Homepage (www.oedp-bw.de) unter dem Menü „Aktionen" umfangreiche Informationen zu diesen beiden Themen veröffentlicht haben. Die Gespräche am Infostand lotsen die Menschen auf unseren Internetauftritt und stellen die ÖDP als wirtschaftspolitisch kompetente Partei dar. Ihre Rückmeldungen dazu sind jederzeit erwünscht. Die Infostände samt Turmbau aus Bauklötzen (vielleicht in Zukunft auch mit größeren Klötzen) sollen auch weiterhin durchgeführt werden. Dabei sind alle Mitglieder und Sympathisanten eingeladen, bei der Standbetreuung mitzuhelfen. Es geht darum, Passanten anzusprechen, zu informieren und über das Bauen zum Gespräch zu animieren. Insgesamt ergeben sich immer wieder richtig spaßige Reaktionen. Bitte melden Sie sich bei dem Regionalbeauftragten Matthias Dietrich oder bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein (Kontaktadressen siehe rechts), damit möglichst viele Infostände durchgeführt werden.

Zur Interessenten- und Mitgliedergewinnung kann zurzeit auch eine Postkarte verteilt werden, die die Bürger auf die Risiken des ESM aufmerksam macht. Sie dient dazu, die ablehnende Haltung der ÖDP und ihre Unterstützung der Klage von Mehr Demokratie e. V. „Volksentscheid – sonst klagen wir!" bekannt zu machen. Es sind bereits einige interessante Rücksendungen von Interessenten eingegangen.

Der Landesverband will solche schriftlichen Informationen wie Informationsblatt oder Postkarte durch möglichst einprägsame Kurzfilme („Spots") ergänzen. Dieses Medium stößt im Internet auf reges Interesse und leistet bei der Verbreitung politischer Inhalte auch unter lesemüden potenziellen Wählern wertvolle Dienste. Möchten Sie an der Erstellung eines ersten Kurzfilms mitmachen? Wir freuen uns über Interesse und Anregungen. Melden Sie sich bitte bei Matthias Dietrich oder Uli Stein. Wenn Sie Filme besitzen, die man eventuell ausschnittweise einbauen kann, bitten wir Sie dringend um Rücksprache. Sehr willkommen sind z. B. gefilmte Unwetter (kräftiger Regen, kräftiges Gewitter, Überschwemmungen, Dürre). Bundesweite Vernetzung und Zusammenarbeit ist erwünscht.

Die Vorbereitungen der Bundestagswahl 2013 sind angelaufen. In den ersten Wahlkreisen wurden die Kandidaten aufgestellt, und zwar in Ludwigsburg (WK 265), Neckar-Zabern (WK 266), Odenwald-Tauber (WK 276), Freiburg (WK 281), Waldshut (WK 288) und Rottweil-Tuttlingen (WK 285). Weitere Aufstellungen standen bei Redaktionsschluss unmittelbar bevor oder sind in Planung. Der Antritt von möglichst vielen Direktkandidaten ist wichtig, weil die ÖDP nur in besetzten Wahlkreisen ein Gesicht bekommt und sie ihre Positionen effizienter vertreten kann. Kandidaturen führen außerdem automatisch zu besseren Wahlergebnissen. Wenn auch Sie sich eine Kandidatur vorstellen können, melden Sie sich bitte bei uns. Ihre Mithilfe ist auch bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften notwendig. Die Formulare können auf www.oedp-bw.de unter „Bundestagswahl 2013" herunter geladen werden. Bitte denken Sie daran, gleichzeitig für die Landesliste und für den jeweiligen Direktkandidaten zu unterschreiben bzw. unterschreiben zu lassen. Das hilft uns doppelt. Wenn Sie nicht wissen, welchem Wahlkreis ein bestimmter Ort angehört, können Sie dies anhand der Gemeindelisten – ebenfalls unter „Bundestagswahl 2013" eingestellt – nachschauen. Sämtliche vollständig ausgefüllten Unterschriftenformulare (bitte Geburtsdatum nicht vergessen!) senden Sie bitte an die ÖDP Baden-Württemberg, Bismarckplatz 4, 70197 Stuttgart. Optimal wäre es, wenn Sie die Formulare vor der Einsendung bei der jeweiligen Gemeindeverwaltung bestätigen ließen. Das erspart uns viel Arbeit und Kosten. Bitten Sie vor allem Kollegen, Bekannte, Freunde und Verwandte in ihrem jeweiligen Wahlkreis vor Ort diese Unterstützungsunterschrift für die ÖDP-Kandidaten zu leisten. Das gilt für Baden-Württemberg und die gesamte Bundesrepublik.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel. (07 11) 6 36 46 44,
info@oedp-bw.de

Regionalbeauftragter
Matthias Dietrich
Tel. (0 71 21) 88 01 04,
dietrichmat@web.de

Berlin

Buchner als Landesvorsitzender bestätigt

Die Mitglieder des Landesverbandes Berlin bestätigten Prof. Dr. Klaus Buchner im Amt des Landesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertreterinnen wählten die Anwesenden Anneliese Rogoll und Dr. Larissa Dloczik. Schatzmeister wurde Thomas Welsch. Für folgende Beisitzer votierten die Delegierten: Claude Kohnen, Michael Schlegel, Andreas Hoffmann und Mario Christen.

Kontakt:
info@oedp-berlin.de

Nordrhein-Westfalen

Gerd Kersting führt Landesliste an

Die Mitglieder und Delegierten der ÖDP in Nordrhein-Westfalen haben auf ihrem Landesparteitag am 30.06.2012

den Beschluss gefasst, mit einer eigenen Landesliste zur kommenden Bundestagswahl anzutreten. Zum wiederholten Male führt Landeschef Gerd Kersting (Münster) die Liste an. Zusammen mit Monika Potzesny (Platz 2) – ebenfalls aus Münster – und dem Bochumer Benjamin Jäger (Platz 3) bilden sie die Spitze der Landesliste. Insgesamt haben sich 21 Kandidaten auf die Liste wählen lassen.

Die ÖDP ist damit die erste Partei in NRW, die zur kommenden Bundestagswahl den Wahlantritt organisiert. „Nach dem kurzfristigen Wahlkampf zur Landtagswahl wollen wir jetzt den Wahlkampf in Ruhe vorbereiten", erklärt Kersting den frühzeitigen Start. Schon wenige Tage nach dem Parteitag wolle die ÖDP in NRW auch anfangen, die ersten Direktkandidaten aufzustellen.

Neben der Behandlung verschiedener Anträge wählten die Delegierten des Parteitages tags darauf ihre Landesspitze turnusmäßig neu. Dabei wurde die Besetzung des Vorstandes fast komplett ausgetauscht. Lediglich der Vorsitzende Gerd Kersting und der Schatzmeister Istvan Bella traten zur Wiederwahl an und wurden in ihren Ämtern mit großer Mehrheit bestätigt. Auf sieben weitere Posten im neunköpfigen Vorstand wurden gewählt:

Johannes Dörr (Stellvertr. Vorsitzender, Köln), Benjamin Jäger (Stellvertr. Vorsitzender, Bochum), Horst Peltz (Geschäftsführer; Bochum), Dominique Flemming-Schmidt (Beisitzerin, Bad Driburg), Helmut Gellermann (Beisitzer, Wadersloh), Dr. Bernhard Gremmler (Beisitzer, Bottrop), Robert Maris (Beisitzer, Kreuzau).

Kersting resümierte den Parteitag als ein erfolgreiches Ereignis, welches deutlich mache, wie wichtig es sei, Gesellschaft und Politik wieder zusammenzubringen. Der Vortrag des Referenten Prälat Martin Hülskamp habe zudem „für ein gutes Gefühl, auf dem richtigen Weg zu sein" beigetragen. Die „ÖDP ist die richtige Partei für den Dialog zwischen Kirche, Bürgerschaft und Politik", waren sich Kersting und Hülskamp einig.

„Die neuen Mitglieder der Parteispitze arbeiten alle ehrenamtlich bereits mit viel Engagement in ihren Kreisverbänden und bringen daher viel Erfahrung mit. In diesem Kontext freue ich mich, mit dem neu gewählten Vorstand zusammenzuarbeiten", zieht Kersting sein Fazit aus dem Parteitag.

Kontakt:
Benjamin Jäger
(Stellv. Landesvorsitzender)
info@oedp-nrw.de

Von li. nach re.: Robbert Maris, Horst Peltz, Dominique Flemming-Schmidt, Johannes Dörr, Gerd Kersting, Helmut Gellermann, Benjamin Jäger (nicht auf dem Foto: Istvan Bella und Dr. Bernhard Gremmler)

Landesmitgliederversammlung der ÖDP Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt

Jens Rehmann will in den Bundestag

Die Landesmitgliederversammlung der ÖDP in Sachsen-Anhalt wählte Jens Rehmann auf Platz 1 der Landesliste für die Bundestagswahl. Die nächsten Listenplätze gingen an: Beate Selder, Maren Kaste, Mario Schneider und Antje Sabe.

Der 45-jährige Halberstadter Rehmann wurde auch im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt.

Kontakt:
info@oedp-sachsen-anhalt.de

Rheinland-Pfalz

Rainer Hilgert als Vorsitzender

Auf dem Landesparteitag in Koblenz hat die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) einen neuen Landesvorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende, der Unternehmer und Stadtrat Rainer Hilgert (Münstermaifeld), wurde einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter wurde der Verbandsgemeinderat und Winzer Johannes Schneider (Maring-Noviand) und als Schatzmeister der Stadtrat und Mathematiker Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz-Hechtsheim) von den Delegierten gewählt. Schriftführer wurde der Stadtrat und Dipl.-Geograf Dr. Claudius Moseler (Mainz-Marienborn).

Zu Beisitzern wurden Christina Jung (Koblenz), Ulf Kowal (Oberwesel) und Stephan Krell (Alzey) gewählt. In seinem Rechenschaftsbericht betonte Rainer Hilgert, dass die ÖDP mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung fordere, um wieder mehr Vertrauen in die Politik zu schaffen. Darüber hinaus bräuchten wir eine klare Trennung zwischen Wirtschaft und Politik, damit unabhängige Entscheidungen getroffen werden. Die ÖDP lehne Firmenspenden an Parteien ab und spräche sich entschieden gegen Parteisponsoring aus. Die ÖDP habe in Rheinland-Pfalz rund 40 kommunale Mandate, u.a. in der Landeshauptstadt Mainz. Hilgert hob die guten Chancen der ÖDP nicht nur bei der Kommunalwahl hervor, sondern auch die gleichzeitig stattfindende Europawahl im Juni 2014, wo es nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes keine 5%-Hürde mehr gibt. „Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, die ÖDP vor Ort bei den Kommunalwahlen zu unterstützen."

Kontakt: ÖDP-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27 – 29
55118 Mainz
Tel. (0 61 31) 67 98 20
Fax. (0 61 31) 67 98 15
buero@oedp-rlp.de

Ist das Kölner Urteil zur Beschneidung von Jungen gerechtfertigt?

Seit Mai streiten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland darüber, ob die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen erlaubt sein müsse. Bei uns diskutieren Dennis Riehle und Werner Roleff.

Ja, das Urteil vom 7. Mai 2012 ist gerechtfertigt. Wenn den Richtern nun ein „antireligiöses" Verhalten vorgeworfen wird, so ist dieses Totschlagargument geeignet, jeden verfassungsrechtlich gebotenen Trennungsweg zwischen Staat und Kirche zu unterdrücken. Unser Land hat den Weg der Aufklärung beschritten. Auch diese war es, die Grund- und Menschenrechte verankerte und sie über all das stellte, was religiöse Kultur und Tradition in den Hintergrund gedrängt hatten.

Den Befürwortern der Beschneidung sollte klar sein, dass bei fortdauernder Straflosigkeit der Beschneidung zunehmend eine Paralleljustiz etabliert würde. Auf Basis der soliden Begründung des Kölner Gerichts anhand der Bedeutungshoheit von körperlicher Unversehrtheit gegenüber dem Recht auf freie Religionsausübung und der Erziehung (in Verbindung mit der UN-Kinderrechtskonvention von 1990, die religiöse und kulturelle Traditionen, die Kindern unnötigen Schaden zufügen, verboten hat) kann es nur zu einem rechtlichen Untersagen der Beschneidung kommen.

Jegliche Freiheit endet dort, wo sie einem Menschen schadet oder ihn in den eigenen Freiräumen einengt. Nichts anderes tut aber die Beschneidung. Die Sinnhaftigkeit des testamentarischen Kults ist umstritten, weil er durch die Gegenüberstellung mit einem Rechtsstaat an öffentlicher Legitimation verloren hat. So gilt der hinter der Beschneidung im jüdischen Glauben stehende „abrahamitische Bund" lediglich als Zeugnis des Mannseins und als Verbindung zu Gott, ohne dabei jedoch tatsächliche Bewandtnis oder gesundheitliche Vorzüge zu besitzen. Selbst unter Juden bleibt die Beschneidung kontrovers beäugt. Ähnliches im Islam. Identität wird nicht dort geschaffen, wo Jungen mit Schmerz und Brandmarkung dauerhaft gezeichnet werden – religiöses Bekenntnis schafft sich durch eine innerliche Überzeugung, die ohne Zwang der Tradition auskommt.

Da jeder dritte Mann weltweit (mehrheitlich aus gesundheitlichen Gründen) beschnitten sei, könne eine Beschneidung nicht verfassungswidrig sein, lautet eine vielfache Schlussfolgerung. Und ob hygienisch oder aus religiösem Ritus – das sei nicht entscheidend. Falsch! Einerseits muss die Wirksamkeit des hygienischen Effekts der Beschneidung kritisch und reflektiert hinterfragt werden, andererseits ist es ein wahrlicher Unterschied, ob aus Tradition oder medizinischer Notwendigkeit gehandelt wird.

Und letztlich: Bei religiösen Beschneidungen geht es nicht nur um ein „kleines Stück Hautfetzen", um eine Wunde, die wieder verheilt. Schon in frühestem Alter wird einem Kind in die tiefste Persönlichkeit, in die Intimität eingegriffen. Statt Liebe und Fürsorgen erfährt es Gewalt. Analytisch gesehen wird ihm dadurch Freiheit genommen, die später an Selbstvertrauen fehlen wird. Psychoanalytiker und Kinderärzte sind sich einig: Vor der Möglichkeit der persönlichen Einwilligung darf nicht beschnitten werden.

Dennis Riehle lebt in Konstanz. Er ist psychologischer, sozialpädagogischer Berater und Coach, unter anderem mit den Schwerpunkten Seelsorge und sexualethische Fragestellungen und arbeitet zudem als Laienprediger. Webseite: www.dennis-riehle-blog.de

Nein, das Urteil ist nicht gerechtfertigt. „Kurzer Prozess"? Geht nicht! Denn um den Menschen gerecht zu werden, ist eine differenziertere, fachliche, solide Auseinandersetzung notwendig.

1. Beschneidung

Die 2.500-jährige (Glaubens-) Praxis der Beschneidung wurde „millionenfach ohne Komplikationen oder Traumatisierung durchgeführt" (Die Welt).

- Geschätzt bis zu 6 Mio. beschnittene Jungen/Männer in Deutschland.
- 56 % der männlichen US-Babys 2005 beschnitten.
- Wieso sprechen manche plötzlich von massenhafter Körperverletzung oder – obwohl kaum erforscht – von „Traumatisierung"?
- Hinterzimmer-Ritual oder „Beschneidungs-Tourismus" ist zu verhindern.

2. Internationales Ansehen

Verbieten würde der Integration hierzulande und dem „internationalen Ansehen" (A. Merkel, G. Westerwelle) schaden, Deutschland wäre „das erste/einzige Land" (V. Beck) mit Verbot. Selbst der Strafrechtler R. Merkel (Beschneidung als „rechtswidrige Körperverletzung") bejaht eine „weltweit singuläre Pflicht gegenüber allen jüdischen Belangen und zu besonderer Sensibilität" (FAZ/taz); er befürwortet eine schonende Beschneidungspraxis.

3. „Grundrechte-Dilemma"

Körperliche Unversehrtheit, Kindeswohl, Religionsfreiheit, elterliches Erziehungsrecht ist nicht (wie im Urteil) einseitig aufzulösen, Abwägung ist gefragt.

- Grundgesetz Art. 2(2): „Unversehrtheit" mit Ausnahmen.
- Kindeswohl: Umfassend (nicht allein körperlich).
- Frühe Beschneidung: Religiös konstitutiv (Gericht: nur „traditionell").
- Elterliches Erziehungsrecht und Religionsfreiheit: von Geburt an.

4. Neutraler Staat

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann" (E.-W. Böckenförde, 1976). J. Rau: Deutschland ist ein „weltanschaulich neutraler Staat …, kein religionsfeindlicher und auch kein religionsfreier Staat. Im Gegenteil: Unser Staat schützt die Religionsfreiheit aller ... Unsere Gesellschaft ist kein religionsfreier Raum, und Religion ist nicht bloße Privatsache ... Kirchen und Glaubensgemeinschaften können und sollen öffentlich wirken, und ihre Einmischung in öffentliche Angelegenheiten ist ausdrücklich erwünscht". D.h.: Weder skandinavische Staatskirche noch französische Laicité (Laizismus), sondern „aufgeklärte Säkularität" bzw. „positiv-fördernde Neutralität" als Modell, in dem Staat und Religionsgemeinschaften getrennt sind, aber „grundgesetzlich" zusammenwirken (GG Art. 140). Eine Spannung auf beiden Seiten ...

Fazit:

Nach Abwägung aller Faktoren ist die religiöse Beschneidung – unter Auflagen – zu erlauben.

Lese-Tipps:

- Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Freiheit ist ansteckend", taz 23.09.09; Frankfurter Rundschau 01.11.10
- Andreas Jacobs, Argumente der Beschneidungsdebatte (www.kas.de), Berlin, August 2012
- Johannes Rau, Religionsfreiheit heute – zum Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland, Rede zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing, 22.01.04
- Zeitungsartikel zum Ethikrat: taz, 23.08.12; FAZ, 24.08.12, S. 4+10; Welt Kompakt, 24.08.12, S. 4; SZ, 24.08.12, S. 11

(Ausführlicher: www.oedp.de)

Werner Roleff ist Mitglied im Bundesvorstand der ÖDP und Kreisvorsitzender der ÖDP KölnBonn. Er ist Theologe und arbeitet als Krankenhausseelsorger.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Februar 2013

Ethik in Politik und Wirtschaft

Politik dient laut Aristoteles dem geordneten Zusammenleben der Menschen. Was jedoch die richtige Ordnung ist, darüber gehen die Meinungen seit jeher auseinander. Es läuft letztlich immer auf philosophische Fragen hinaus: Was ist der Mensch? Was darf er? Was soll er? Und warum? Die stellt aber heute kaum jemand. Geistlose Slogans wie „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ dominieren die politische Landschaft. Doch hinter den Kulissen geht es meist um etwas ganz anderes: um die wirtschaftlichen Interessen mächtiger Branchen, Konzerne und Personen.

Bei Unzustellbarkeit, Mängel in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

Karikatur: Christiane Pfohlmann

IN KÜRZE

... von Ulrich Brehme

Subventionen fördern Stromverschwendung

Firmen lassen Stromanlagen nutzlos laufen und verschwenden vorsätzlich Strom, um im Jahr 7.000 Benutzungsstunden zu erreichen und damit vom Netzentgelt von 4 – 5 Cent/kWh befreit zu werden – oder um 1 Mio. kWh zu erreichen und damit von der EEG-Umlage von 3,5 Cent/kWh befreit zu werden. Diese Anteile werden dann auf die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die privaten Verbraucher umgelegt. Für die verteuert sich dadurch der Strom um 1 – 2 Cent/kWh.

Quelle: E&M, 01.09.2012

Gülle verschmutzt Gewässer

Umweltminister Stefan Birkner (FDP) gab zu, dass Niedersachsen die EU-Gewässerrichtlinien aufgrund der hohen Gülleausbringung nicht einhalten kann. Agrarminister Gert Lindemann (CDU) ergänzte, dass „im Nordwesten mehr Tiere gehalten“ würden, „als für eine Verbringung der Gülle möglich“ sei. Trotzdem werden noch große Mengen Gülle importiert. Hinzu kommt der Trend zur Mais-Monokultur. Mais ist nitrat-unsensibel und verdeckt somit eine übermäßige Ausbringung von Salpeter. Der Forderung nach einem Gülle-Kataster hatte Lindemann eine Absage erteilt, weil sie „ein bürokratisches Monstrum“ sei. Während Grünen-Agrarpolitiker Christian Meyer eine „Anpassung der Tierzahlen“ anregte, forderte Landvolk-Vize Heinz Korte die Erhöhung der Subventionen.

Quelle: taz.de, 08.06.2012

Bundeswehreinsätze im Inneren

Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Bundeswehr bei Naturkatastrophen und „schweren Unglücksfällen“ Kriegswaffen auch innerhalb der Bundesrepublik gebrauchen darf. Der Verfassungsrichter Reinhard Gaier erklärte, diesen Beschluss nicht mitzutragen. Nach seiner Auffassung werden hiermit „fundamentale Grundsätze aufgegeben“ und in letzter Konsequenz sei das „die Wirkung einer Verfassungsänderung“.

Quelle: Bundesverfassungsgericht, 03.07.2012

Biosprit verteuert Nahrungsmittel

Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch sieht den Biosprit E10 als gefährlichen Irrweg und fordert ein Aus für sämtliche Bioenergie-Subventionen. In Deutschland kommt verschärfend der massive Maisanbau für die mehr als 7.000 Biogasanlagen als Problem hinzu. Die USA verwenden bereits 40 % ihrer Maisernte für die Ethanolproduktion. Die Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau treibt weltweit die Nahrungsmittelpreise nach oben. In armen Ländern müssen bis zu 70 % des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben werden.

Quelle: dpa, 19.08.2012

Wahlrecht ist verfassungswidrig

Deutliche Korrekturen am deutschen Wahlrecht fordert das Bundesverfassungsgericht: Die bisherige Fassung erlaubt zu viele Überhangmandate. Die 2011 beschlossene Wahlrechtsreform ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und die vom Grundgesetz garantierte Chancengleichheit der Parteien. Nun muss das Parlament noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2013 eine Neuregelung finden. Sollte sich die Politik nicht einigen, könnte das Gericht zur Not selbst ein Übergangswahlrecht formulieren.

Quelle: Spiegel.de, 25.07.2012

BITTE PROTESTIEREN

Video-Überwachung in Schlachthöfen

In Schlachthöfen müssen die Tiere häufig unnötig leiden. Die Fehlerquote beim Schlachten von Rindern liegt laut regierungsamtlicher Mitteilung teilweise bei 9 %, beim Schlachten von Schweinen sogar bei 12,5 %. Grund ist die Akkordarbeit. Zur Durchsetzung des geltenden Tierschutz- und auch Arbeitsschutzgesetzes ist deshalb eine durchgängige Kontrolle sowie Dokumentation mittels Video-Überwachung unabdingbar. Eine Statistik über festgestellte Verstöße gegen die Schlachtverordnung ist verpflichtend einzuführen. Die Videos sowie die Statistik müssen von den Amtsveterinären kontrolliert und ausgewertet werden. Die Verantwortlichkeit ist von der Kreisebene auf die Länderebene zu heben. Produkte von videoüberwachten Schlachthöfen sind entsprechend zu kennzeichnen, damit die Konsumenten ein Auswahlkriterium haben. Diese Video-Überwachung sollen alle EU-Staaten einführen!

Schreiben Sie an den zuständigen EU-Kommissar John Dalli: cab-dalli-webpage@ec.europa.eu